Teilhabe und Verschiedenheit

Sandro Cattacin,
Dagmar Domenig
und Urs Schäfer (Hrsg.)

Selbstbestimmt mitgestalten!

Behinderung im Fokus
individueller und
gesellschaftlicher
Emanzipation

Sandro Cattacin, Dagmar Domenig
und Urs Schäfer (Hrsg.)

Selbstbestimmt mitgestalten!

**Behinderung im Fokus individueller und
gesellschaftlicher Emanzipation**

Reihe Teilhabe und Verschiedenheit – Participation et Différences

Die Suche nach Eigenheit und Verschiedenheit, die unsere Gesellschaften seit der Renaissance charakterisiert, kombiniert mit der vereinfachten und erhöhten Mobilität, führt zu einem Anwachsen von pluralen und komplexen Identitäten, Netzwerken und damit verbundenen sozialen Schnittstellen. Immer mehr Menschen lassen sich nicht mehr fest einer Gruppe zuordnen, sondern wechseln und bearbeiten – je nach Situation und Kontext – kontinuierlich ihre identitären Zugehörigkeiten und setzen sich ein für mehr Teilhabe und Anerkennung ihrer Verschiedenheit. Diese Reihe möchte der Frage der individuellen, institutionellen und gesellschaftlichen Herausforderungen einer auf Verschiedenheit geeichten Welt nachgehen. Beiträge zu Themen der Intersektionalität, der Arbeit an identitären Grenzen sowie Betrachtungen, die disziplinäre Forschungsbereiche zu Beeinträchtigung, Mobilität und sexueller Orientierung verbinden und überwinden helfen, finden in dieser Reihe ihren Platz. Interdisziplinäre Forschung und Beiträge mit Praxisbezug sind besonders willkommen. Wachsende Verschiedenheit bedeutet wechselnde Machtverhältnisse, Diskriminierungen und Unterdrückung. Deshalb besteht die grösste Herausforderung in der Organisierung der Teilhabe von Verschiedenheit und in der Ermöglichung emanzipativer Prozesse.

Herausgeber

Prof. Sandro Cattacin, Université de Genève, Département de sociologie.

Dr. Dagmar Domenig, Direktorin Stiftung Arkadis, Olten.

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Bill Hughes, Glasgow School for Business and Society, Glasgow Caledonian University

Prof. Dr. Kerstin Rathgeb, Allgemeine Pädagogik, Evangelische Fachhochschule Darmstadt

Judy Gummich, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin

Ines Matéos, Experte für Bildung und Diversität

Prof. tit. Dr. Barbara Jeltsch-Schudel, Universität Freiburg, Heilpädagogisches Institut,

Abteilungsleiterin Klinische Heilpädagogik und Sozialpädagogik

Prof. Koviljka Barisnikov, Université de Genève, Unité de psychologie clinique et de neuropsychologie de l'enfant

Sandro Cattacin, Dagmar Domenig
und Urs Schäfer (Hrsg.)

Selbstbestimmt mitgestalten!

**Behinderung im
Fokus individueller
und gesellschaftlicher
Emanzipation**

Seismo
verlag

Diese Publikation wurde durch die Stiftung
Arkadis in Olten (www.arkadis.ch) ermöglicht.

arkadis
begleiten beraten bewegen

Publiziert von

Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen AG, Zürich und Genf
www.seismoverlag.ch | buch@seismoverlag.ch

Der Seismo Verlag wird vom Bundesamt für Kultur für die Jahre 2021–2024 unterstützt.

Text © Die AutorInnen 2021

ISBN 978-3-03777-197-6 (Print, 2019)

ISBN 978-3-03777-775-3 (PDF)

DOI 10.33058/seismo.30775

Umschlag: Hannah Traber, St.Gallen

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namens-
nennung – nicht kommerziell – keine Bearbeitung 4.0 international
Lizenz

Inhalt

Statt eines Vorworts: «Statt für uns, mit uns!» <i>Interview mit Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern von «Wir für uns», Pro Infirmis, St. Gallen-Appenzell</i>	7
Einleitung <i>Dagmar Domenig und Urs Schäfer</i>	15
Die Kunst im Zentrum, die Behinderung am Rand – Bemerkungen zu den Bildern im Buch <i>Gion Capeder</i>	23
Die Macht der Rechte <i>Sandro Cattacin</i>	31
Anderssein oder Minderheit? Demokratische Politik der Verschiedenheit <i>Eric Fassin</i>	43
Teilhabe und Vielfalt im Kontext der UN-Behindertenrechtskonvention: Politische Rechte im Fokus <i>Ingeborg Hedderich</i>	57
Tätiges Leben und Teilhabe – Beteiligungschancen am Erwerbsleben <i>Elisabeth Wacker</i>	91
Es ist die Wirtschaft, die sich integrieren muss! Partizipation und Selbstbestimmung beim Zugang zur Arbeit: Utopia ist nicht weit entfernt <i>Interview mit Dominique Rast</i>	109
Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung ihrer Lebenssituation <i>Monika Seifert</i>	121
Proqualis – Evaluationen im Bereich der Behindertenhilfe durch Peer-Befragende <i>Christiane Maurer und Birgit Peböck</i>	143
Autorinnen und Autoren	169

Statt eines Vorworts: «Statt für uns, mit uns!»¹

Das folgende Gespräch führten die Selbstvertreterinnen Esther Büchel, Claudia Kühne, Natascha Oberholzer und Karin Zingg sowie der Selbstvertreter Peter Ladner. Die Fragen stellte Elfi Schläpfer Schmücker, Leiterin der Fachstelle zur Förderung von Selbstvertretung der Pro Infirmis.

Warum habt ihr euch damals für den Lehrgang in Selbstvertretung angemeldet? Was wolltet ihr lernen?

Zingg: Dass man stärker werden kann. Und ich wollte lernen, mich besser zu verstehen.

Oberholzer: Ich wollte lernen, mehr ich selber zu sein. Und auch, dass ich mich besser ausdrücken kann bei verschiedenen Themen.

Büchel: Wie wir uns wehren können, darum ging es mir.

Ladner: Ich wollte lernen, wie ich anderen helfen und sie unterstützen kann. Dass ich weiss, wo sie Hilfe bekommen. Es geht mir auch jetzt immer noch darum: Ich möchte Leute dazu befähigen, dass sie zum Beispiel auch Betreuenden gegenüber sagen können, dass sie mit etwas nicht einverstanden sind.

Zingg: Aber genau das habe ich versucht und es ist mir noch nicht gelungen. Ich weiss nicht genau, woran das liegt, aber vielleicht bin ich einfach noch nicht so stark, wie ich gerne sein möchte.

Büchel: Auch ich wollte lernen, wie man anderen helfen kann, aber natürlich auch, wie ich mir selber helfen kann. Ausserdem wollte ich lernen, vor Publikum zu sprechen. Das geht jetzt. Ich habe noch Lampenfieber, aber das ist okay.

1 Die nationale Arkadis-Fachtagung hatte 2017 den Titel «Selbstbestimmt mitgestalten! Behinderung im Fokus individueller und gesellschaftlicher Emanzipation» und richtete sich mit ihrem Angebot explizit an Fachpersonen. Absolventinnen und Absolventen des Lehrgangs «Selbstvertretung» von Pro Infirmis (siehe <https://www.proinfirmis.ch/angebot/beratungsstellen/standort/fachstelle-zur-foerderungvon-selbstvertretungpro-infirmis-stgallen-appenzell.html>) störten sich an diesem Titel, da sie der Meinung sind, nur Betroffene könnten über Selbstbestimmung debattieren. Sie gaben der Leiterin der Fachstelle zur Förderung von Selbstvertretung von Pro Infirmis den Auftrag, stellvertretend für sie deren Meinung an der Tagung einzubringen. Die Direktorin der Stiftung Arkadis bot daraufhin spontan an, einen Beitrag zum Thema Selbstbestimmung der Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter im vorliegenden Tagungsband zu veröffentlichen, um so wenigstens auf diesem Weg deren Anliegen als direkt von Selbstbestimmung Betroffene Gehör zu verschaffen.

Kühne: Ich wollte mein Selbstbewusstsein stärken und lernen, mich selbst zu vertreten.

Oberholzer: Ich wollte Politiker auf unsere Themen aufmerksam machen.

Ladner: Eigentlich ging es uns doch allen darum, uns besser kennenzulernen – zu wissen, wie wir ticken.

Oberholzer: Ja, und es war auch gut zu hören, was die anderen für Themen haben, und dass wir lernen konnten, zusammenzuarbeiten.

Kühne: Ich wollte lernen, meine Meinung gegenüber Autoritätspersonen zu sagen. Das kann ich jetzt viel besser, mein Hausarzt hat gesagt, ich sei viel stabiler.

Oberholzer: Ich bin viel stärker geworden und kann die Sachen jetzt auf den Tisch bringen.

Büchel: Das geht mir auch so, aber bei der Arbeit stosse ich da manchmal auf Granit. Aber ich hatte gerade einen Erfolg: Ich habe immer wieder neue Argumente gebracht und jetzt prüft mein Chef, ob wir die Morgensitzung in einem anderen Raum und nicht zwischen dem Werkzeug und den Maschinen machen können. Aber es hat sehr viele gute Argumente gebraucht.

Was wünscht ihr euch von Fachleuten?

Büchel: Ich wünsche mir von Fachpersonen, dass sie mehr auf uns zugehen. Dass sie uns fragen und mit uns diskutieren.

Ladner: Meinst Du damit, dass sie hören, was wir brauchen und nicht denken, das brauchst du?

Büchel: Ja genau.

Ladner: Dass sie uns fragen, wo brauchst du Hilfe? Weil bei dem, was wir schon können, da brauchen wir keine Hilfe. Dass sie auch sagen, was das Ziel ist. Wie wir dahin kommen, sollen wir selber entscheiden können.

Büchel: Und dass wir auch scheitern dürfen. Unsere Fachleute müssen lernen, uns ins Boot zu holen, aber da haben sie immer noch eine grosse Hemmschwelle.

Zingg: Das habe ich auch schon erfahren. Jetzt kommen wir als Betroffene und wollen mitreden, und das ist für die Fachpersonen schwierig. Sie müssen umdenken. Wir haben ja schon vieles in uns drin, und damit wollen wir ernst genommen werden.

Ladner: Wir wollen, dass sie statt für uns, mit uns denken.

Oberholzer: Das machen sie aber zum Teil schon! Wir haben bei der Arbeit eine Kompetenzgruppe. Das sind Mitarbeitende mit Beeinträchtigung und wenn wir nicht mehr weiterwissen, fragen wir zuerst jemanden aus dieser Gruppe. Wir unterstützen uns gegenseitig. Und das finden die Fachpersonen gut.

Zingg: Fachleute müssen auch eine Vertrauensbasis schaffen können. Ich merke, dass mir die Fachleute wohl zuhören, aber sie gehen nicht darauf ein. Das geschieht vor allem bei meiner Arbeitsstelle.

Büchel: Bei mir sind die Chefs sehr verschieden. Einer wiegelt einfach immer ab, auch wenn er schon diverse Schulungen gemacht hat. Bei dem habe ich das Gefühl, der hat gar keine Lust, mit uns zu arbeiten. Die anderen beiden Chefs sind gut, die können mich irgendwie abholen.

Zingg: Ich habe das Gefühl, dass manche Betreuende eine Grundausbildung haben, aber eigentlich wollen sie möglichst wenig mit uns zu tun haben. Die Betreuenden tauschen sich nicht viel mit uns aus.

Kühne: Ich arbeite im Pflegeheim und habe keine Betreuenden. Ich werde von allen geschätzt: im Team, aber auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Heims.

Oberholzer: Ich wohne selbständig und habe Unterstützung. Da bin ich froh, dass noch jemand im Hintergrund ist. Und doch fühle ich mich selbständig und stark.

Zingg: Ich werde beim selbständigen Wohnen begleitet. Die Unterstützung ist eigentlich gut, aber zwischenmenschlich stimmt es manchmal nicht. Ich suche jetzt nach einer neuen Lösung, aber das ist nicht ganz einfach.

Ladner: Die Fachpersonen bei meiner Arbeit sind super! Ich kann mich einbringen und wir schauen gemeinsam, was das Ziel ist. Ich kann dann selber entscheiden, wie ich dahin komme. Ich bin auch kein Lehrling mehr, ich arbeite seit zwanzig Jahren in diesem Beruf.

Oberholzer: Bei mir ist es so, dass ich das Standortgespräch selber vorbereiten und dann leiten kann. Das ist eine Herausforderung für mich, aber dieses Vertrauen schätze ich sehr. Es gibt mir so viel Kraft.

Zingg: Die Fachleute müssen umdenken lernen, sie müssen uns ernst nehmen, auf Augenhöhe! Sie müssen uns genau zuhören. Das ist bei vielen Fachleuten noch nicht so da.

Oberholzer: Also bei mir an der Arbeit ist das nicht so. Ich kann mit meiner Bezugsperson wirklich auf Augenhöhe sprechen.

Büchel: Die einen wollen halt und die anderen nicht. Und wenn sie nicht wollen, dann kann ich mit tausend guten Argumenten kommen, das nützt dann nichts.

Ladner: Die Fachleute lernen ihren Beruf ja, weil sie uns helfen wollen. Aber sie haben noch ein Bild von früher. Sie denken, sie wissen was gut für uns ist, statt uns zuzuhören. Sie helfen uns damit nicht, sie bemuttern uns. Grundsätzlich wollen sie aber nur das Gute. Es ist darum auch wichtig, dass wir lernen, uns selbst zu vertreten und zu sagen, was wir wollen. Man kann dann auch sagen: «Hey, ich brauche das nicht, was du denkst, dass es für

mich gut sei! Schau, hier habe ich Schwierigkeiten, hier brauche ich Unterstützung!»

Büchel: Wir haben bei uns in der Institution einen Betreuer, der lässt sich umschulen und ich habe das Gefühl, es geht ihm einfach darum, uns herumkommandieren zu können, und das kommt bei uns gar nicht gut an. Dann frage ich mich manchmal schon, was die in diesen Schulen lernen.

Zingg: Eigentlich müssten die Fachleute von uns lernen. Wir müssten viel mehr in die Ausbildungen von Fachleuten einbezogen werden.

Ladner: Manchmal sind es aber auch die Heimleiter, die einen sturen Kurs fahren und dann können die unten nichts machen. Es geht auch darum, dass Institutionsleitungen mehr über die UN-Behindertenrechtskonvention wissen und sie auch in ihren Institutionen anwenden.

Was haltet ihr davon, wenn Fachleute an Tagungen über Leute mit Lernschwierigkeiten sprechen?

Oberholzer: Gar nicht gut!

Ladner: Schlecht!

Büchel: Da fühlen wir uns übergangen!

Kühne: Ich frage mich dann, was die geredet haben.

Zingg: Fachleute brauchen aber sicher Fachtagungen, wo sie sich austauschen können. Das ist wichtig! Es muss aber auch Tagungen geben, wo wir mit dabei sind.

Ladner: Die Fachleute bekommen ja ein Tagungsprogramm. Da könnten sie uns doch vorher fragen, was wir von den Themen halten, und dann können sie unsere Sicht auch bei der Tagung einbringen. Die Tagung der Stiftung Arkadis hat «Selbstbestimmt mitgestalten» geheissen. Das war einfach ein falscher Titel, wenn wir nicht dabei sein können. Bei einem anderen Titel wäre es kein Problem.

Kühne: Die Fachleute können schon unter sich eine Tagung machen und in schwieriger Sprache sprechen. Sie müssen ja auch etwas lernen können.

Büchel: Ich finde das in Ordnung, wenn Fachleute ihre Tagungen haben, aber grundsätzlich sind sie schon viel unter sich.

Zingg: Unser Chef hat gesagt, er will das ändern, er will, dass wir mit den Fachleuten mehr Austausch haben, aber passiert ist bis jetzt nichts. Vielleicht liegt es an den Hemmungen, die sie uns gegenüber haben. Und manchmal verstehen die Fachleute auch einfach nicht, worum es geht.

Büchel: Die Fachleute haben das jetzt jahrelang so gemacht, dieses Über-uns-Reden. Das ist einfacher, als wenn sie mit uns diskutieren müssen.

Zingg: Und genau darum bin ich nicht begeistert von Institutionen! Man weiss genau, wenn sie die Bürotür schliessen, dann sprechen sie über uns. Sie machen die Tür zu, wenn es brenzlig und schwierig wird.

Oberholzer: Aber manchmal brauchen sie einfach Ruhe oder müssen etwas besprechen, was die Arbeit angeht.

Ladner: Manchmal meinen sie es auch gut und wollen uns kritische Dinge nicht sagen, aber das ist blöd. Wir können nur etwas verändern, wenn wir auch wissen, was wir falsch gemacht haben.

Was heisst für euch «Selbstbestimmt mitgestalten»?

Zingg: Dass wir dazugehören!

Ladner: Dass Inklusion ist, dass alle Menschen zur Gesellschaft gehören und alle verschieden sein dürfen. Jeder darf dann sein Leben selber gestalten.

Kühne: Ich kann in meinem Leben schon vieles selber bestimmen. In der Wohnung, beim Kochen... Ich muss da nicht fragen: «Was gibt es zu essen?» Ich koche ja selber.

Ladner: Ich kann nicht immer alles selber bestimmen, weil ich eine Partnerin habe.

Büchel: Ich glaube, wir können alle unser Leben ziemlich selber gestalten.

Ladner: Ja, zum Beispiel, wenn meine Beiständin sagt: «Du musst das selber entscheiden, ich entscheide das nicht!»

Wir sind am Schluss des Gesprächs angelangt. Was ist euch noch wichtig zu sagen?

Büchel: Ich möchte grundsätzlich sagen, dass es besser wäre, wenn Leute mit Unterstützungsbedarf und Leute ohne Unterstützungsbedarf mehr miteinander reden würden. Es fehlt am Kommunizieren, auf allen Ebenen. Wir reden alle zu wenig miteinander!

Géraldine Piller

Géraldine Piller wurde 1974 geboren. Sie lebt in Freiburg und besucht das Atelier CREAHM seit 2003 einen Tag pro Woche.

Mit Tusche und Pinsel erschafft sie kontraststarke Bilder. Acrylfarbe auf Leinwand und Gravuren erlauben ihr, endlos um Themen zu kreisen, in denen die Pflanzenwelt einen grossen Platz einnimmt. Stets sehr besorgt um die Personen, die sie umgeben, setzt sie diese regelmässig in Szene, zum Beispiel in einer schönen, mit Kohle realisierten Porträtserie.

Für die Ausstellung 2015 im Café Le Tunnel in Freiburg hat sie in poppiger Art und mit farbiger Tusche ihre Kollegen der Gemeinschaft, in der sie lebt, malerisch dekliniert.

Einleitung

Dagmar Domenig und Urs Schäfer

Selbstbestimmung ist Mitgestaltung und Teilhabe, was wiederum Wertschätzung, Anerkennung und Selbstbewusstsein vermittelt. Fremdbestimmung ist Ausschluss und fühlt sich als Entwertung an. Andrea Halder, die an der Ausstellung «Touchdown. Die Geschichte des Down-Syndroms» mitgewirkt hat, erklärt, sie merke, dass sie das Down-Syndrom habe, wenn sie *ungerecht behandelt* werde, wenn man sie *blöd anschau*e oder sie mit *Sprüchen verletze* (BPB, 2016, 36). Erst die ungerechte Behandlung lässt Halder ihr Anderssein wahrnehmen. Dabei fühle sie sich *kerngesund*, denn ihr Herz schlage *ganz laut* in ihr. Und sie betont dabei, dass *ihr Herz ihr gehöre und niemand anders auf der ganzen Welt* (BPB, 2016, 252). Selbstbestimmung ist die Voraussetzung dafür, dass wir uns selbst gehören und uns dennoch als Teil der Welt fühlen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umschreibt Selbstbestimmung in ihren Allgemeinen Grundsätzen in Artikel 3 unter anderem wie folgt:

- a. die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschliesslich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit; b. die Nichtdiskriminierung; c. die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft.
- (UN-BRK, Art. 3, a. bis c.)

Selbstbestimmung muss somit auf verschiedenen Ebenen verortet werden, nämlich sowohl auf der individuellen als auch auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene.

In der sozialpädagogischen Praxis gewinnt Mitbestimmung und insbesondere das Recht, aus verschiedenen Optionen auswählen zu können, in zunehmendem Masse an Bedeutung. Natürlich könnte man davon ausgehen, das Politische habe in der Betreuung von Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung keinen Einfluss und es gehe nur darum, dass Betreuungspersonen aufmerksamer gegenüber selbstbestimmtem Mitgestalten sind und dieses auch zu fördern versuchen. Doch genau diese Unterstützung des selbstbestimmten Mitgestaltens ist insofern auch politischer Natur als zunehmend Sparprogramme der öffentlichen Hand dazu führen, dass genau hier Abstriche gemacht werden müssen. Es ist nämlich kostengünstiger, da zeitsparender und weniger komplex, beispielsweise ein einziges Menü aufzutischen, als Bewohnerinnen

und Bewohner aus mehreren Angeboten auswählen zu lassen. Und es ist auch weniger zeitaufwändig, behinderte Mitarbeitende den Ateliers zuzuteilen als diese in einem sozusagen normalen Rekrutierungs- und Anstellungsprozess auszuwählen und wählen zu lassen.

Selbstbestimmt mitgestalten lässt sich somit nicht nur auf die individuelle Ebene reduzieren, sondern bedeutet ebenso politische Teilhabe. Damit tun wir uns in der Schweiz derzeit jedoch noch schwer. Die Bundesverfassung garantiert zwar die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Artikel 136, schränkt diese aber auch ein, indem sie nicht für Schweizerinnen und Schweizer gelten, die «wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind». Aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes von 2008 und bezugnehmend auf diesen Artikel der Bundesverfassung definiert das Bundesgesetz über die politischen Rechte in Artikel 2 *Entmündigte* neu als Personen, «die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden». Dies trifft mehrheitlich auf Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung zu. Menschen mit einer Demenzerkrankung wird das Stimm- und Wahlrecht meist nicht entzogen, ausser sie wurden ausdrücklich wegen einer dauernden Urteilsunfähigkeit unter eine umfassende Beistandschaft gestellt, was dann dem Zivilstandsamt gemäss Artikel 449c Ziffer 1 des Zivilgesetzbuches auch gemeldet werden muss. Nicht in jedem Fall wird somit bei einer umfassenden Beistandschaft auch die Ausübung der politischen Rechte entzogen.

Der Ausschluss von politischen Rechten aufgrund einer kognitiven Beeinträchtigung widerspricht im Grundsatz der UNO-Behindertenrechtskonvention, die verlangt, allen Menschen mit einer Behinderung die volle politische Teilhabe zu ermöglichen. Die Schweiz hat die Konvention im Mai 2014 ratifiziert. Dieser undifferenzierte Ausschluss einer ganzen Gruppe von Schweizerinnen und Schweizern ist somit problematisch. Denn – wie wir ja alle wissen – können sich auch urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger bei Abstimmungen nicht immer ein klares, rationales Bild machen. Ziel müsste daher statt eines Ausschlusses vielmehr sein, entsprechende Voraussetzungen für eine politische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, wie die Aufklärung über die politischen Rechte oder das zur Verfügung-Stellen von angepasstem Abstimmungs- und Wahlmaterial in leichter Sprache, was wohl nicht nur für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung von Nutzen wäre.

Doch es kommt Bewegung in die Sache: Im Sommer 2017 durften auch behinderte Menschen, die umfassend voll betreut werden, bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (D) zum ersten Mal mit abstimmen. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der auch in den Medien viel Wider-

hall gefunden hat.¹ Dieses Beispiel zeigt, dass Mitbestimmung grundsätzlich politischer Natur ist, was so viel bedeutet wie: Voraussetzung dafür ist nicht nur ein individueller, sondern gleichermassen auch ein kollektiver und letztlich politischer Prozess.

Hier wird sich zeigen müssen, inwiefern die Gesellschaft und letztlich die Politik bereit sind, die Anliegen des selbstbestimmten Mitgestaltens auf allen Ebenen, im lebensweltlichen Alltag, bei der Arbeit, aber auch in der Politik ernst zu nehmen und die notwendigen Mittel dafür auch bereitzustellen. Derzeit stehen die Zeichen allerdings nicht gut, trotz der Ratifizierung der UN-BRK. Umso mehr muss sich der Behindertenbereich der immer stärker werdenden Forderung nach Selbstbestimmung und Mitgestaltung der Nutzerinnen und Nutzer seiner Dienstleistungen stellen. Das vorliegende Buch beleuchtet das Thema von Selbstbestimmung und Emanzipation aus unterschiedlichen Perspektiven. Damit soll es einen Beitrag dazu leisten, die begonnenen Auseinandersetzungen rund um das Thema Autonomie, Selbstbestimmung und Emanzipation zu vertiefen und konkrete Handlungsansätze zu vermitteln.

Im ersten Beitrag führt Sandro Cattacin in das Konzept des vorliegenden Buches ein, indem er erläutert, warum Mitbestimmung im Sinne eines multidimensionalen Zugangs auf alle Bereiche, die zur Inklusion von Verschiedenheit relevant sind, in Bezug zu setzen ist, nämlich: Autonomie und Mitbestimmung an der Gestaltung des eigenen Lebensbereichs, Recht auf Arbeit und politische Rechte. Emanzipation umfasse dabei immer individuelle, kollektive und strukturelle Prozesse, die grundsätzlich politischer Natur seien.

Eric Fassin beleuchtet im zweiten Beitrag das Thema Selbstbestimmung aus soziologischer Perspektive. Dabei richtet er einerseits den Fokus auf die Minderheitenpolitik und andererseits auf den Ansatz, aufgrund von Anderssein erlebte Diskriminierungserfahrungen ins Zentrum zu stellen. Sein zentrales Argument besteht darin, den Kampf um Behindertenrechte mit der generellen Herausforderung des Schutzes und Respekts von benachteiligten Personen in einer Gesellschaft zu stellen. Dabei beschreibt er die Frauenbewegung als Avantgarde im Kampf um eine gerechtere Gesellschaft und sieht in Koalitionen der Benachteiligten einen Schlüssel emanzipativen Fortschritts.

Anschliessend geht Ingeborg Hedderich näher auf die politischen Rechte im Kontext der UN-BRK ein, indem sie einen Überblick über die Entstehungsgeschichte, Kontexte und Systematik der UN-BRK gibt, die Umsetzung in der Schweiz reflektiert und daraus Herausforderungen und Perspektiven ableitet. Dabei stellt sie die zentralen Forderungen der UN-BRK vor und erläutert die

1 Die Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen hat unter anderem auch einen Film in leichter Sprache produzieren lassen, um die erstmalige Beteiligung von Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu fördern (Lebenshilfe, 2018).

menschenrechtliche Perspektive der UN-BRK. Bezüglich der Umsetzung in der Schweiz ziehe der erste Staatenbericht von 2016 grundsätzlich eine positive Bilanz, komme aber auch zu dem Schluss, das Fehlen einer Gesamtstrategie der Behindertenpolitik hemme das Umsetzen des Behindertengleichstellungsgesetzes und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und eine inklusive Schweiz liege noch in weiter Ferne. Hedderich betont, dass das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen sei, und deren Inklusion verstärkt werden müsse, um die menschenrechtlichen und behindertenpolitischen Ansprüche zu erfüllen.

Elisabeth Wacker geht in ihrem Beitrag der selbstbestimmten Mitgestaltung in der Arbeitswelt nach. Sie stellt die Frage nach den grundsätzlichen, generellen und individuellen Teilhabeansprüchen sowie nach der Wechselwirkung dieser Ansprüche auf der einen Seite und des Angewiesen-Seins auf Unterstützung auf der anderen Seite. Wacker weist insbesondere darauf hin, dass die Chancen der Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen widersprüchlich seien. Konventionen und Gesetze forderten, dass Diversität akzeptiert wird, Behinderung an sich werde aber weiterhin als Problem definiert. Um Partizipation und Autonomie von Menschen mit Behinderungen zu fördern, müsse sich die Macht zwischen Assistenzen und Nutzenden neu verteilen und die Gesellschaft insgesamt inklusiver werden.

Dominique Rast gibt uns in Form eines Interviews einen Einblick in die Mission von Orif, einer grossen Institution aus der Romandie, die sich die dauerhafte berufliche Integration zum Ziel gesetzt hat. Rast fordert dabei, in Bezug auf den Zugang zur Arbeit von Menschen mit Behinderungen müsse sich die Wirtschaft integrieren und nicht umgekehrt. Er zeigt auf, wie in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz, parallel zum Anstieg der Sozialkosten die Integrationsbemühungen, insbesondere auch der Wirtschaft zugenommen hätten. In einer Phase des wirtschaftlichen Wohlstands und des Wachstums hätte sich die Wirtschaft kaum für soziale Anliegen interessiert. Zwar seien Mittel für den sozialen Sektor bereitgestellt worden, eine aktive Beteiligung hätte aber nicht stattgefunden. Mit zunehmendem Kostendruck in den Sozialwerken sei die Wirtschaft mit Erfolg verstärkt aufgefordert worden, sich an den Integrationsbemühungen zu beteiligen. Rast glaubt an ein Utopia in der nahen Zukunft, in welchem die Wirtschaft und der soziale Sektor untrennbar miteinander verschmolzen würden.

Anschliessend beleuchtet Monika Seifert das Thema Selbstbestimmung aus der Perspektive der Lebenswelt, indem sie sich der Frage widmet, wie Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ihre Lebenssituation selbstbestimmt gestalten können, insbesondere in Bezug auf den Bereich Wohnen respektive das Leben in der Gemeinde. Viele dieser Menschen hätten es nie gelernt, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Voraussetzung für mehr Beteiligung

sei daher eine Organisationskultur, die die Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer zum Orientierungspunkt ihrer Arbeit erklärt. Seifert zeigt anhand von Studien, Beispielen, Methoden und Gefässen, wie Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen aktiv beteiligt und einbezogen werden können und benennt die Bedingungsfaktoren für eine Stärkung der Beteiligungschancen.

Daran anschliessend stellen Christiane Maurer und Birgit Peböck das Projekt Proqualis des KI-I, dem Kompetenznetzwerk Informationstechnologie zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen, vor. Proqualis führt Peer-Befragungen nach der nueva-Methode durch. Interessant dabei ist, dass diese Befragungen durch ein multiprofessionelles Team unter Einbezug von Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung auf allen Ebenen der Evaluation durchgeführt werden. Gemäss Maurer und Peböck würde diese Art der Befragung einerseits die Wohn- und Arbeitsqualität sichern und verbessern sowie das Rollenbild von Menschen mit Behinderungen verändern. Andererseits würden dadurch Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen im ersten Arbeitsmarkt ermöglicht.

Dieses Buch wird von Bildern von Künstlerinnen und Künstlern des Ateliers CREAHM in Villars-sur-Glâne illustriert, denen an dieser Stelle für die Zurverfügungstellung ihrer Kunstwerke ganz herzlich gedankt sei. Eingangs widmet sich die vorliegende Publikation der Selbstbestimmung aus der Perspektive des Kunstschaffens als einem Bereich zwischen Politik, Lebenswelt und Arbeit, indem uns Gion Capeder einen Einblick in die Kunstwerkstätten beim CREAHM gewährt, das auf den Leitgedanken des belgischen Gründers und Künstlers Luc Boulangé aufgebaut worden ist. Hauptziel von CREAHM sei es, Künstlerinnen und Künstlern mit kognitiven Beeinträchtigungen einen Raum und eine Plattform zu bieten, um die optimalen Voraussetzungen zu schaffen, sich kreativ auszudrücken. Die Besonderheit dabei sei, dass das CREAHM nicht als sonderpädagogische Einrichtung zu betrachten sei, sondern das Kunstschaffen im Zentrum und die Behinderung nur am Rand stehe.

Literatur

- BPB, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2016. *Touchdown. Die Geschichte des Down-Syndroms*. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung vom 29. Oktober 2016 bis 12. März 2017 in der Bundeskunsthalle in Bonn. Bonn: BPB.
- Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen. NRW-Landtagswahl in leichter Sprache. Film, <https://www.lebenshilfe-nrw.de/de/aktuelles/meldungen/NRW-Landtagswahl-in-Leichter-Sprache.php?listLink=1> (Zugriff: 17.09.2018).

Léonard Périès

Léonard Périès wurde 1962 geboren. Er lebt in Freiburg und besucht das Atelier CREAHM seit 2008 an einem Tag pro Woche.

In den Zeichnungen von Léonard Périès sind die dargestellten Lebewesen nie ganz menschlich. Sie lehnen sich an andere an, um in einem undefinierten Raum zu treiben. Der Körper dieser fantastischen Wesen verschachtelt sich in andere zusammengewachsene Körper. Wem gehören diese unzähligen insistierenden Blicke voller Verwirrung? Auch wenn die Hände an grausame Krallen oder an Flügel gemahnen, formen diese Körper eine Art Nest, welches schön abgerundet den Blick auf sich zieht und diesen verückt.

Léonard Périès arbeitet oft mit Kohle und zeichnet seine Umrisse, ohne abzusetzen. Hin und wieder greift er zu Erde oder zu dreidimensionalen Kartons.

Die Kunst im Zentrum, die Behinderung am Rand – Bemerkungen zu den Bildern im Buch

Gion Capeder

Alle Bilder im vorliegenden Buch stammen von Künstlerinnen und Künstlern des Kunstateliers CREAHM¹, das seinen Sitz in Villars-sur-Glâne im Kanton Freiburg hat.

CREAHM wurde Ende der 1970er-Jahre von dem belgischen Künstler Luc Boulangé (vgl. dazu auch Boulangé und Lambert, 1981 [1976]) in Belgien gegründet.² Für Boulangé sollten künstlerische Werke von Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung nicht nur als *Nutzlosigkeiten*, als schöne Dinge aus *kleinen Gehirnen* betrachtet werden. Denn diese könnten im Gegenteil als Ausdruck einer persönlichen Entwicklung eine wichtige Bedeutung sowohl für die Herstellerin oder den Hersteller als auch für die betrachtende Person haben:

Tout être humain est sensible aux conséquences de ses actes. Nous n'insistons jamais assez sur la nécessité de mettre en évidence les réalisations des personnes handicapées mentales. Trop souvent, les productions artistiques de ces handicapés sont considérées comme des futilités, des choses gentilles issues de cerveaux amoindris, et dont l'intérêt ne dépasse guère le milieu de la classe spéciale ou de l'institution. Des taches, des lignes enchevêtrées, un dessin maladroit du personnage humain ou encore un modelage grossier doivent être considérées comme des expressions de la personnalité d'individus qui disposent généralement de moyens de communication très limités. Une peinture prise séparément n'a peut-être aucune valeur au moment de sa réalisation. La même peinture intégrée dans l'évolution d'une personnalité peut cependant revêtir une signification importante, à la fois pour son auteur et pour les spectateurs. (Boulangé und Lambert, 1981 [1976], 124)³

1 CREAHM ist ein Akronym für *CREAtivité et Handicap Mental*, auf Deutsch: Kreativität und geistige Behinderung bzw. kognitive Beeinträchtigung (vgl. a. <https://www.creahm.ch>).

2 Vgl. auch den belgischen Sitz von CREAHM (http://www.creahm.be/fr/programmation-6&actualite_40.html).

3 Jeder Mensch ist sensibel hinsichtlich der Konsequenzen seines Handelns. Wir können nicht genug betonen, dass die Leistungen von Menschen mit Lernschwierigkeiten hervorgehoben werden müssen. Zu oft werden die künstlerischen Werke dieser behinderten Menschen als Nutzlosigkeiten, als schöne Dinge aus kleinen Gehirnen und von geringem Interesse jenseits des unmittelbaren Umfelds oder der Institutionen angesehen. Flecken, geschwungene Linien, ungeschickte Zeichnungen des menschlichen Körpers oder auch grobe Modellierungen sollten als Ausdruck der Persönlichkeit von Personen betrachtet werden, die in der Regel

Das CREAHM im Kanton Freiburg folgt seit 1998 dieser Philosophie seines belgischen Vorbilds, indem es sich zur Aufgabe gemacht hat, Menschen mit Behinderungen, die ein kreatives Talent aufweisen, die Möglichkeit zu geben, beim künstlerischen Arbeiten eine Vorgehensweise zu entwickeln, die letztlich zur Anerkennung für die Qualität der Arbeit und der künstlerischen Ausdruckweise führen kann. Das CREAHM tut dies, indem einerseits ein Raum mit entsprechenden Atelierverantwortlichen zur Begleitung der Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung gestellt wird, andererseits, indem Ausstellungen organisiert und Projekte durchgeführt werden.

Aktuell nutzen achtzehn Künstlerinnen und Künstler im Alter zwischen zweiundzwanzig und sechzig Jahren das CREAHM-Atelier in Villars-sur-Glâne, welches an drei Tagen in der Woche jeweils von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet ist. Die meisten Künstlerinnen und Künstler besuchen das Atelier an einem Tag pro Woche. Sie leben in diversen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, wie zum Beispiel in Wohnheimen, in begleiteten Wohnplätzen oder zu Hause mit ihrer Familie und besuchen das Atelier selbstständig. Sie kommen aus den Regionen Freiburg, Singine, Neuenburg und La Chaux-de-Fonds.

Das Atelier wird nicht durch die Institutionen, die die Künstlerinnen und Künstler beherbergen, getragen, sondern finanziert sich weitestgehend selbst. Das CREAHM organisiert durchschnittlich acht bis zehn Ausstellungen pro Jahr, hauptsächlich in der Schweiz. Die Ausstellungsorte sind sowohl Galerien und Museen wie auch zeitgenössische Kunsträume, Restaurants, Behinderteninstitutionen, Buchhandlungen oder Spitäler. Neben den Ausstellungen werden Projekte organisiert, wie zum Beispiel eine T-Shirt-Kollektion im Jahr 2015, oder gemeinsame Werke, welche mit international renommierten Künstlerinnen und Künstlern realisiert werden. CREAHM-Künstlerinnen und -Künstler führen auch Auftragsarbeiten durch, zum Beispiel Illustrationen für grafische Projekte oder Wandmalereien im öffentlichen Raum.

Die Besonderheit von CREAHM – auch als logische Folge aufgrund der Zielsetzung des Ateliers – besteht darin, dass die Atelierverantwortlichen selbst Künstlerinnen und Künstler sind. Sie sind weder Sozialpädagoginnen noch Kunsttherapeuten, da das CREAHM sich nicht als Tagesstätte oder geschützte Werkstatt versteht. Die dort angewandten Methoden verfolgen auch kein therapeutisches Ziel, sondern fokussieren ausschliesslich auf die Qualität der produzierten Werke. Mit anderen Worten: die Kunst im Zentrum, die Behinderung am Rand.

über sehr begrenzte Kommunikationsmittel verfügen. Ein separat aufgenommenes Gemälde hat zum Zeitpunkt seiner Realisierung vielleicht keinen Wert. Das gleiche Bild, das Ausdruck einer persönlichen Entwicklung ist, kann jedoch sowohl für den Hersteller als auch für die betrachtende Person eine wichtige Bedeutung haben (Übersetzung durch die Hrsg.).

Um die im CREAHM produzierte Kunst zu beschreiben, wird der von Boulangé geschaffene Begriff der *differenzierten Kunst* verwendet, um diese vor allem von anderen Formen der *Aussenseiterkunst* und insbesondere der *Art Brut* zu unterscheiden. Die Produktionsbedingungen der Kunstwerke des CREAHM unterscheiden sich nämlich von denjenigen der *Art Brut* insofern, als es im CREAHM Begleitung, Interaktion, Empfehlungen, Kritik und sozio-kulturelle Einflussnahme gibt. Der Faktor der Einflussnahme grenzt somit die differenzierte Kunst von der *Art Brut* ab, auch wenn sich Künstlerinnen und Künstler des CREAHM relativ unempfindlich für jegliche Einflussnahme zeigen oder einzelne Werke von Künstlerinnen und Künstlern des CREAHM in der *Collection de l'Art Brut* in Lausanne ausgestellt sind.

Die Art der Unterstützung ist dabei sehr unterschiedlich, da sie von der Persönlichkeit und Behinderung der Künstlerin oder des Künstlers abhängt. Nichtsdestotrotz gibt es eine allgemeingültige Zielsetzung, und zwar diejenige, zur Entwicklung des Werks einer Künstlerin oder eines Künstlers beizutragen. Dies bedeutet in erster Linie, den Finger auf das zu legen, was im Werk des Künstlers am originellsten oder am persönlichsten erscheint, mit allem, was dies in Bezug auf die Subjektivität bedeutet. Die Beobachtung eines originellen Details oder der *way of doing things* ist in der Regel der Impuls, eine Richtung, ein Thema oder einen persönlichen Stil zu fördern. Dies ist eine Aufgabe, die behutsam angegangen werden muss und die Monate, manchmal auch Jahre in Anspruch nimmt.

Natürlich findet die Begleitung immer in dem Rahmen statt, der von der Künstlerin oder dem Künstler selbst bestimmt wird, und zwar durch seine Interessen, seine aktuellen Anliegen, seine Fähigkeiten und seine Grenzen. Manchmal kann es für die künstlerische Weiterentwicklung auch angebracht sein, Brüche zu schaffen, indem eine Künstlerin oder ein Künstler dazu angeregt wird, bestimmte Gewohnheiten abzulegen.

Letztlich besteht die Aufgabe der Begleitung darin, das Gleichgewicht zwischen all diesen Einflussfaktoren zu finden. Es ist dieses Gleichgewicht, das die Qualität der im Atelier produzierten Werke gewährleistet und den CREAHM-Künstlerinnen und -Künstlern ermöglicht, zu beweisen, dass die zeitgenössische Kunst mit ihnen rechnen muss.

Im vorliegenden Buch werden die Künstlerinnen und Künstler, die ihre Bilder freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben, auf der jeweils gegenüberliegenden Seite ihres Bildes noch gesondert vorgestellt.

Literatur

Boulangé, Luc und Jean-Luc Lambert (1981 [1976]). *Les autres. Expressions artistiques chez les handicapés mentaux*. Bruxelles: Pierre Mardaga éditeur. CREAHM, Atelier d'art différencié, Villars-sur-Glâne, Suisse. <https://www.creahm.ch> (Zugriff: 11.07.2018).

CREAHM, Région Wallonne ASBL, Liège, Belgique. http://www.creahm.be/fr/programmation-6&actualite_40.html (Zugriff: 11.07.2018).

Margot Gillard

Margot Gillard wurde 1988 geboren. Sie wohnt mit ihrer Familie in Ferpicloz und arbeitet seit 2009 einen Tag pro Woche im Atelier CREAHM.

Gezeichnet mit einem festen, kontinuierlichen Strich ist das Universum von Margot Gillard bevölkert von Kindern, die hüpfen und spielen, während junge Mütter ihre ganz Kleinen an sich drücken. Figuren klettern auf Berge, springen mit dem Fallschirm, tanzen in Gruppen und bevölkern den Wald. Kurz, diese Welt ist beschenkt mit glücklichen Menschen und manchmal wird der Himmel von Engeln überschwemmt.

Dank einer sehr persönlichen Frottier-Technik legt sie Schatten über ihre Silhouetten oder umgibt sie mit lebhaft gefärbten Auren. Ihre Sensibilität wird zusätzlich durch die Tuschzeichnungen und die feine Pinseltechnik in Aquarellen hervorgehoben.

Die Macht der Rechte

Sandro Cattacin

La colère, ça fait vivre;
quand t'es plus en colère, t'es foutu!¹
(Richard Bohringer)

Wer Rechte hat und wer nicht, entscheidet nicht der Gemeinssinn, sondern politische Auseinandersetzungen, bei denen sowohl Verlierer als auch Gewinner vom Platz gehen. Denn Rechte zu vergeben, heisst immer auch, Macht neu zu verteilen. Dies haben die Männer in der Schweiz zu spüren bekommen, nachdem sie in einer historischen Volksabstimmung am 7. Februar 1971 den Frauen die gleichen politischen Rechte zugestanden (Senti, 1994). Es war ein klarer Entscheid mit über 65 % Ja-Stimmen – in Umkehrung des Ergebnisses der ersten Abstimmung zum Frauenstimmrecht vom 1. Februar 1959. Wie kam es dazu? Ganz einfach: Viele Frauen hatten sich zu wehren begonnen, nutzten die 1968er-Bewegungen und ihre Macht im Alltag, um Männer davon zu überzeugen, dass Frauen politische Rechte nicht nur verdienten, sondern ein fehlendes Zugeständnis dieser Rechte auch Folgen auf soziale alltägliche Beziehungen haben würde. Frauen zeigten sich wütend, entsetzten sich ob des männlichen Widerstands und drohten mit Gegenmacht. Das endlich gewährte Stimmrecht für Frauen steht zu Beginn einer Ausweitung ihrer Rechte, die immer auch von Protesten begleitet wurde, wie etwa der Frauenstreik von 1991 (Wicki-Vogt und Brežná, 1991), der die Umsetzung des 1981 in die Verfassung aufgenommenen Gleichstellungsartikels einforderte (Schulz et al., 2014).

Auch wenn viele Frauen weiterhin diskriminiert werden, hat die Ausweitung ihrer Rechte zu deren Positionierung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft geführt. Heute stört es kaum mehr, wenn Frauen politische Ämter bekleiden oder Professorinnen sind. Die Folge davon ist, dass Männer von solchen Posten verdrängt werden, denn Rechte zu erweitern, heisst eben auch Macht zu teilen. Von der Dynamik der Frauenbewegung profitierten viele Minderheiten (siehe dazu auch Eric Fassin in diesem Buch), die heute auch der Macht näher sind: Homosexuelle, Menschen mit pluralen territorialen Zugehörigkeiten, Drogenkonsumierende, Menschen mit Behinderungen – Gruppen, die sich organisierten, um die Machtfrage zu stellen, und kollektive Lernprozesse

1 Wut ist zum Leben da; wenn man nicht mehr wütend ist, ist man am Ende! (Eigene Übersetzung, aus Bohringer 1988.)

in Gang setzten. Doch wie entsteht ein solcher Lernprozess, der Gesellschaften verändern kann?

Individuelle Lernprozesse

Lernen ist schwierig und man lernt auch Dinge, die man am liebsten wieder vergessen würde. Wir erinnern uns am besten, wenn wir emotional berührt werden, wenn wir zum Beispiel ausgeraubt werden oder einem Lehrer zuhören, der gerne witzelt, anstössig ist oder gar weint; es sind diese emotionalen Momente, die in unserem Gedächtnis Spuren hinterlassen. Die mit einer Erfahrung verbundene Emotion ist zweifellos eine wichtige Lernmethode, die die Schule auch rege nutzt, um eine Beziehung zwischen Anerkennung und Engagement der Schülerinnen und Schüler herzustellen.

Und so sind es auch diejenigen Emotionen, die wir empfinden, wenn wir mit guten oder schlechten Erfahrungen konfrontiert werden, die die Grundlage für Lernprozesse darstellen. Negative Emotionen, wie Wut, Scham, Traurigkeit oder Angst aufgrund einer Ungerechtigkeit, des Todes einer nahestehenden Person oder des Verlusts von Geld, scheinen dabei eine weitaus stärkere Wirkung auf uns zu haben als positive Emotionen, wie das Aufeinandertreffen mit einer netten Person oder das Finden von Geld auf der Strasse (Elster, 1985)².

Emotionen reichen jedoch nicht aus, um eine Lerndynamik auszulösen, denn wir erinnern uns zwar an eine bestimmte Situation, die uns aufgebracht hat, aber wir vergessen, warum genau. Wir erinnern uns an den lustigen Lehrer, aber nicht daran, was er lehrte, wir erinnern uns an die guten Noten in Latein, ohne auch nur noch ein Wort Latein zu kennen. Tatsache ist, dass Emotionen nicht ausreichen, um zu lernen. Ohne hier die gesamte Entwicklungstheorie von Jean Piaget (2002 [1923]) darzustellen, soll an dieser Stelle vor allem daran erinnert werden, dass das Lernen von einem *Stimulus* ausgeht, also beispielsweise einer Emotion, die mit dem Neuen oder der Person, die spricht, verbunden ist. Das Lernen nimmt erst durch Wiederholung und Anpassung zwischen dem Inhalt und der Person konkrete Gestalt an, ganz zu schweigen vom Einfluss der Persönlichkeit oder Identität auf den Lernprozess. Piaget spricht in diesem Zusammenhang von Assimilation und Akkommodation, womit er die Wichtigkeit automatisierter Abläufe beim Lernen betont, die erst das routinierte Handeln ohne nachzudenken erlauben.

2 Es gibt eine überzeugende anthropologisch-genetische Erklärung zu diesem Thema: Um das Überleben zu sichern, ist es besser, sich daran zu erinnern, was gefährlich ist, als was einen glücklich macht (Lovibond et al., 2000).

Kollektive Lernprozesse

Die Art und Weise, wie Kollektive lernen, unterscheidet sich nicht gross von individuellen Lernprozessen. Auch in diesem Fall beginnt alles mit Emotionen, fast immer mit negativen Emotionen. Im Deutschland des 19. Jahrhunderts zum Beispiel wird von der Bevölkerung klar wahrgenommen, dass eine etablierte Nation fehlt; und die Vorherrschaft von Frankreich und Russland empört. Zwischen Republikanern und Reaktionären ist der Wunsch nach einer Nation als Antwort auf ihre Angst vor den umliegenden Mächten stark verwurzelt. Diese Nation soll die Regionalismen, die eine mögliche Einheit schwächen, überwinden. Das kollektive Lernen findet in politischen Kreisen statt, in denen man sich über die gleichen Analysen austauscht. Im kollektiven Lernen in diesen Clubs wird das Gefühl der Unzulänglichkeit der politischen Struktur Deutschlands des 19. Jahrhunderts im Konzert der Nationen in politische Pläne umgewandelt. Klaus Eder (1985) sieht in dieser historischen Phase den Beginn und den Ursprung des verzweifelten Nationalismus, der später zu Deutschlands Untergang führen wird. Eders Hypothese ist, dass man in diesen politischen Kreisen kollektiv lernt, die Notwendigkeit einer starken Nation Deutschland zu erklären und zu rechtfertigen. Individuelle Emotionen werden nicht nur gemeinsam geteilt, sondern mit der Zeit auch in konkreten Handlungen strukturiert – das ist kollektives Lernen. Die Argumente für ein starkes Deutschland werden nicht nur ohne politische Konfrontation, sondern auch ausserhalb des öffentlichen Raums und lange auch nur in diesen Clubs formuliert. Ohne Widersprüche zu schaffen (oder zu erlauben), wird in diesen Kreisen argumentiert, dass es die Juden oder bestimmte Nationen seien, die Deutschland mit seinem starken Volk daran hinderten, sich so durchzusetzen, wie es Deutschland verdienen würde. Dieser autonome, abgeschlossene Diskussionsraum führt dazu, dass das Lernen auf bestimmte Kreise beschränkt bleibt, die dann später ihren Glauben dem Rest der Nation aufzwingen werden. Eder bezeichnet dieses Lernen als pathologisch (1985, 32), weil dadurch eine soziale Realität ohne öffentliche Konfrontation geschaffen wird. Dabei ist es auch deshalb pathologisch, weil allen und insbesondere den Minderheiten die Vorherrschaft einer bestimmten Gruppe und Ideologie aufgezwungen wird.

Ein kollektiver, nicht pathologischer Lernprozess muss im Gegensatz dazu vor einer aufgeklärten Öffentlichkeit bestehen, eine kollektive Inklusionskraft entwickeln und zu weniger Diskriminierungen von Verhaltensweisen führen. Insgesamt zeichnen sich kollektive Lernprozesse also gerade dadurch aus, dass die sich dadurch veränderte Gesellschaft den Menschen, die sie bildet, nicht schadet (Honneth, 2004). Das Resultat der Abstimmung zum Minarettverbot in der Schweiz vom 9. November 2009 beispielsweise ist zweifellos ein Beispiel eines demokratischen Entscheids, da das daraus resultiert, was eine Mehrheit

der Bevölkerung will. Da der kollektive Lernprozess aber zu einer Benachteiligung und einem Ausschluss einer Minderheit führt, also exklusiv ist, und diese Minderheit im Vergleich zum Zustand vor der Abstimmung entrechtet und diskriminiert, kann er als pathologisch bezeichnet werden. Beteiligungschancen wurden dadurch eingeschränkt und die demokratische Entwicklung zurückgebunden.

Ein weiterer Fall von kollektivem Lernen, der als demokratisch angesehen werden kann, wird von Marta Roca i Escoda (2010) in einem ganz anderen Kontext beschrieben. Sie zeichnet die Geschichte des Kampfes um den PACS in Genf nach³. Das Gefühl der Ungerechtigkeit, das ein homosexuelles Paar täglich erlebt, treibt es dazu, seine Situation in die Öffentlichkeit zu tragen. Diese wird moralisch herausgefordert, indem durch den Anspruch auf Vereinigung aus Liebe unabhängig von der Geschlechterzugehörigkeit an den Grundfesten der Institution Ehe gerüttelt wird. Als Reaktion darauf formulieren Parteien und gesellschaftliche Gruppierungen, aber auch Einzelpersonen Solidarität und Kritik im öffentlichen Raum. Die öffentliche Debatte führt zur Parlamentsabstimmung und zu einer Mehrheit, die sich für die Ausweitung der Rechte und die Einführung des PACS entscheidet.

Schliesslich kann die Entwicklung der UN-Behindertenrechtskonvention als Beispiel einer solchen kollektiven Dynamik beschrieben werden. Die Behindertenbewegung hat sich in zunehmendem Masse radikalisiert und ihrer Wut unter anderem dadurch Ausdruck verliehen, dass sie das ihr angehängte Stigma politisch zur Stärke erklärt (Shakespeare, 1993), wie zum Beispiel die *Krüppelbewegung* der 1980er-Jahre in Deutschland (Heiden, 2017). Kollektives Leiden, die Kritik an der Medikalisierung der Behinderung und die Reduktion der Menschen auf ihr Anderssein hat nicht nur zu gesellschaftlichem Ausschluss geführt, sondern gleichermassen auch Bewegungen hervorgebracht, die sich für Mitbestimmung und das Anderssein als Normalität einsetzen.

Solche kollektiven Dynamiken im Kampf um die Anerkennung des Andersseins und die universelle Gleichheit in der Verschiedenheit führten zu den unterschiedlichsten Experimenten der Beteiligung und Emanzipation im wirtschaftlichen, politischen, künstlerischen und sozialen Bereich, wovon der vorliegende Band eindrücklich Zeugnis ablegt. Die durch diese kollektiven Experimente der Normalität des Andersseins angestossenen öffentlichen Debatten kulminierten letztlich im Erlass der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahre 2006 (siehe dazu den Beitrag von Ingeborg Hedderich in diesem Band).

3 PACS steht für «pacte civil de solidarité». Der PACS ist ein Rechtsakt, der eine zivilrechtliche Verbindung auch zwischen Personen gleichen Geschlechts ermöglicht.

Gesellschaftliche Lernprozesse

Im Falle der UN-Behindertenrechtskonvention und des PACS handelt es sich um eine Entscheidung, die im demokratischen öffentlichen Raum gereift ist. Sie führt zur Einforderung von Menschenrechten für Menschen mit Behinderungen, zur Akzeptanz einer homosexuellen Lebensweise und zu einer neuen Art der staatlichen Regulierung von Beziehungen. Im Gegensatz zur kollektiven Antwort auf die Minarette, die das Ergebnis eines Mehrheitsentscheids gegen eine sprachlose Minderheit ist – John Rawls würde hier gar von Unterdrückung sprechen (Rawls, 1993) –, ist der Entscheid zur UN-Behindertenrechtskonvention und zum PACS in einem fundamental demokratischen Prozess gereift. Und im Gegensatz zu dem Fall, in dem eine Mehrheit der Minderheit eine einzige Art des Zusammenlebens vorschreibt, erhöhen die UN-Behindertenrechtskonvention und der PACS die Inklusivität der pluralistischen Gesellschaft, ohne jemanden zu schädigen. Der Entscheid erzeugt also kein Leiden – und kann daher auch nicht als pathologischer kollektiver Lernprozess bezeichnet werden.

Um in der Logik des individuellen Lernens zu bleiben, könnte man sagen, dass kollektives Lernen einer Phase der Assimilation entspricht, während der Übergang zu dem für alle geltenden Recht, zu einer Akkommodation aller und ohne Ausschluss führt. Hannah Arendt (1958) beschrieb diese Prozesse der demokratischen Schaffung gemeinsamer Gesetze auf unnachahmliche Weise und betonte, dass kollektives Lernen im öffentlichen Raum, das in einer Art Konsens oder Kompromiss mündet, eine demokratische Macht ist. Diese sei in ihrer Legitimität zwar stark, aber auch fragil, weil sie nicht institutionalisiert sei. Diese Macht, die Jürgen Habermas unter Bezugnahme auf Arendt als kommunikative Macht bezeichnen würde (Habermas, 1977), wird erst relevant, wenn sie ihre Institutionalisierung findet, das heisst, wenn sie in Gesetze verdinglicht und in eine Struktur übergeführt – also für gesellschaftliche Lernprozesse relevant wird (Habermas, 1992). Mit dem Erlass der UN-Behindertenrechtskonvention, die mittlerweile von 177 Staaten ratifiziert worden ist, ist der erste Schritt zu einer solchen Verdinglichung geschehen, dem nun auf nationaler Ebene weitere, verbindlichere Schritte – sowohl auf gesetzlicher als auch auf institutioneller Ebene – folgen müssen, um nicht der Fragilität zum Opfer zu fallen.

Institutionalisierung kollektiver Lernprozesse

Der Weg zur Strukturierung ist von grundlegender Bedeutung, um die Gesellschaft von gelösten Problemen und gemeinsamen Anliegen, die in Prozessen

der kommunikativen Konfrontation geklärt wurden, zu entlasten. Kollektives Lernen ist der Prozess, nicht aber das Ergebnis, es ist die Assimilation, die eine Akkommodation erfordert, um Gesellschaften demokratischer und inklusiver zu gestalten. In gewisser Weise beschreibt Demokratie, die als Teil eines gesellschaftlichen Lernprozesses verstanden wird, den Weg, den die Aufklärung uns aufgezeigt hat: eine Gesellschaft zu schaffen, die individuelle Unterschiede und Lebensstile zunehmend respektiert und zunehmend inklusiv und demokratisch ist. Dies, indem sie durch Konfrontationen und Debatten im öffentlichen Raum Lösungen sucht, die von einem grossen Teil der Bevölkerung geteilt werden können, ohne die Existenz vernünftiger Minderheiten zu gefährden, wie Rawls (1993) dies ausdrücken würde. Dank dem Erlass der UN-Behindertenrechtskonvention ist es nun möglich – und nur dank dieser Verankerung – für die weltweite Umsetzung der darin formulierten Ziele und Forderungen zu mobilisieren. Dazu braucht es weiterhin Organisationen, die Emotionen in Wut und Strategien verwandeln. Doch nun können diese von einem Podest aus agieren, das ihnen die UN-Behindertenrechtskonvention gebaut hat. Das ist die Macht der Rechte, die es erlaubt, bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten infrage zu stellen.

Schlussüberlegungen

Kollektives Lernen entsteht über geteilte Emotionen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit kann sich beispielsweise in eine Bewegung der Arbeitslosen verwandeln, wenn viele von ihnen ihre Situation nicht mehr als individuelles Problem, sondern als externes und damit ungerechtes Ereignis erleben. Das Teilen dieser Analyse ist der Ausgangspunkt einer Bewegung, die Emotionen in Wut verwandelt. Doch nur dann verwandelt sich diese in kollektives Lernen, wenn Wut durch Organisation in Handlungsstrategien umgewandelt wird. Dies ist nur möglich, wenn die Wut aus dem Kreis der Menschen ausbricht, die das gleiche Schicksal und die gleiche Analyse teilen. Erst dadurch wird die Frage nach Gerechtigkeit (zum Beispiel die Verteilung der Arbeit) öffentlich als moralische Herausforderung für die Gesellschaft und die Verantwortlichen gestellt (Cattacin und Minner, 2009).

Erst wenn alle Beteiligten mit allen legitimen Argumenten konfrontiert werden, kann ein öffentlicher Diskurs entstehen und sich eine gemeinsame und ausgewogene Meinung entwickeln⁴. Der daraus entstehende Konsens –

4 Daraus ergibt sich die Bedeutung eines demokratischen öffentlichen Raums ohne die Kontrolle privater Mächte (Habermas, 2008).

eine grosse kommunikative Kraft – kann in gesellschaftliches Lernen umgewandelt, institutionalisiert und stabilisiert werden – zumindest für einige Zeit.

Ironischerweise stammen kollektive und gesellschaftliche Lernprozesse in der Regel von Emotionen, die eher Unwohlsein als Wohlbefinden zum Ausdruck bringen. Diese Emotionen sind die Grundlage für eine Verbesserung des Zusammenlebens und der Achtung vor den Anderen. Als ob man sagen könnte, dass eine Gesellschaft, in der alle glücklich sind, nur eine Diktatur sein kann, die Kritik unterdrückt – oder schlicht: eine tote Gesellschaft.

Literatur

- Arendt, Hannah (1958). *The Human Condition*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Bohringer, Richard (1988). *C'est beau une ville la nuit : blues*. Paris: Denoël.
- Cattacin, Sandro und Frédéric Minner (2009). *L'apprentissage sociétal. De la souffrance à la transformation d'une société*. Bern: Suchtakademie.
- Eder, Klaus (1985). *Geschichte als Lernprozess?* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Elster, Jon (1985). *Sour grapes: Studies in the subversion of rationality*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Habermas, Jürgen (2008). Medien, Märkte und Konsumenten – Die seriöse Presse als Rückgrat der politischen Öffentlichkeit. In: Habermas, Jürgen (Hrsg.). *Ach, Europa*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 131–137.
- Habermas, Jürgen (1992). *Faktizität und Geltung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1977). Hannah Arendt's Communications Concept of Power. *Social Research*, 44(1): 3–24.
- Heiden, H.-Günter (2017). Von der Bettelbruderschaft zur Menschenrechtsbewegung. *Sozial Extra*, 41(2): 14–18.
- Honneth, Axel (2004). Der Grund der Anerkennung. Eine Erwiderung auf kritische Rückfragen. In: Honneth, Axel (Hrsg.). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 303–341.
- Lovibond, Peter F., Natasha R. Davis und Ailie S. O'Flaherty (2000). Protection from extinction in human fear conditioning. *Behaviour Research and Therapy*, 38(10): 967–983.
- Piaget, Jean (2002 [1923]). *Le langage et la pensée chez l'enfant : études sur la logique de l'enfant*. Neuchâtel: Delachaux & Nestlé.
- Rawls, John (1993). *Political Liberalism*. New York: Columbia University Press.
- Roca i Escoda, Marta (2010). *La reconnaissance en chemin : l'institutionnalisation des couples homosexuels à Genève*. Zürich: Seismo.

- Schulz, Kristina, Sarah Kiani und Leena Schmitter (2014). *Frauenbewegung – die Schweiz seit 1968: Analysen, Dokumente, Archive*. Baden: Hier + Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte.
- Senti, Martin (1994). *Geschlecht als politischer Konflikt*. Bern: Haupt.
- Shakespeare, Tom (1993). Disabled people's self-organisation: a new social movement? *Disability, Handicap and Society*, 8(3): 249–264.
- Wicki-Vogt, Maja und Irena Brežná (1991). *Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen: der Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991*. Zürich: Limmat-Verlag.

Elmar Schafer

Elmar Schafer wurde 1969 geboren. Er lebt in Schmitten bei seiner Familie und besucht das Atelier CREAHM seit 1989 einen Tag pro Woche.

Die farbigen Werke von Elmar Schafer werden wie durch vom Wind aufgewirbelte Sonnenpartikel belebt. Der Künstler bezieht seine physische Behinderung durch kräftige Pinselstriche mit ein und gibt so jedem Bild viel Schwung. Alles vibriert und bewegt sich, manchmal bleibt der Blick in diesem Aufruhr an einem auffälligen Klecks hängen wie in einem Farbenteich. Der Geist der Natur ist oft spürbar und beweist, wie wichtig diese für den erdverbundenen Künstler ist.

«Ich habe seit Geburt cerebrale Bewegungsstörungen. Da ich meine Hände nicht zum Malen brauchen kann, habe ich einen Helm, an dem ein Pinsel befestigt ist. So schaffe ich es, meine physische Behinderung zu meistern und meiner Kreativität und Vorstellung beim Malen freien Lauf zu lassen.»

Anderssein oder Minderheit? Demokratische Politik der Verschiedenheit

Eric Fassin

Das Thema Behinderung ist Teil eines allgemeineren Themas, nämlich der Minderheitenfrage (Fassin, 2018). Deshalb werde ich im vorliegenden Beitrag versuchen, nicht die Besonderheit der Behinderung zu analysieren, sondern die Tatsache, dass sie Teil einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen Situationen ist, in denen sich Minderheiten befinden. Ich plädiere deshalb dafür, das Thema Behinderung nicht zu isolieren, sondern in den Kontext des politischen Umgangs mit Unterschieden zu stellen.

Minderheiten

Eine erste Beobachtung rückt das Thema Behinderung in die Nähe der Forschung zu Minderheiten und der Frage, wie Minderheiten entstehen. Die Antwort darauf ist für die Soziologie offensichtlich. Minderheiten sind sozial definiert, und es gibt darum nur eine *soziale* Behinderung. Das ist natürlich der Standpunkt der Soziologie (Ville und Ravaud, 1994). Aber es bedeutet noch viel mehr zu behaupten, Behinderung sei gesellschaftlich konstruiert. Es bedeutet auch, dass Behinderung eine politische Herausforderung ist. Natürlich stellt sich die Frage der politischen Rechte und deren Ausübung nicht nur bei Menschen mit Behinderungen, sondern generell, wenn wir uns mit Minderheiten auseinandersetzen. Die Minderheitenfrage war immer schon politisch. Unterschiede sind heute in allen demokratischen Gesellschaften ein zentrales Thema, denn demokratische Gesellschaften behaupten in der Theorie – auch wenn dies in der Praxis nicht der Fall ist –, alle gleich zu behandeln. Die Frage der Differenz (oder der Unterschiede) ist also konstitutiv für demokratische Gesellschaften (Rawls, 1971).

Es gibt zwei diametral entgegengesetzte Wege, mit Unterschieden umzugehen – in Frankreich wie in vielen anderen Ländern. Der erste Weg, der die französische Tradition verkörpert, und den wir *republikanisch* nennen, besteht darin, für Unterschiede blind sein zu wollen. Im Englischen sprechen wir von *color-blind*, zum Beispiel in Bezug auf Rassismus (Bonilla-Silva, 2018 [2003]). Dabei kann der französische Republikanismus mit einer Reihe von Unterschieden umgehen, ob diese nun religiös, sexuell, in Bezug auf die Hautfarbe oder die Herkunft sind. Denn der *farbenblinde* Staat ist, zumindest nach seinem Anspruch, allen Unterschieden gegenüber gleichgültig (Favell, 2001 [1998]).

Der republikanische Universalismus sagt im Wesentlichen: Es mag Unterschiede geben, aber das geht mich nichts an. Der Satz, der immer wieder zitiert wird, um diese Position zu illustrieren, ist der einer Figur der Französischen Revolution: Clermont-Tonnerre. Dieser sagte, dass alles den Juden als Individuen und nichts als Nation gewährt werden sollte (siehe dazu die Diskussion zu Juden und Staat in Frankreich in Schnapper, 1990, 299). Mit anderen Worten: Für den republikanischen Staat gibt es nur abstrakte Individuen; ihre besonderen Eigenschaften sind politisch nicht relevant.

Der zweite Weg, sozusagen die entgegengesetzte Position, anerkennt die Unterschiede, und kann als *multikulturalistisch* bezeichnet werden. Der Multikulturalismus als theoretische Position besagt, dass es viele Unterschiede gibt, die berücksichtigt werden müssen (Kymlicka, 1995). In Frankreich wird diese zweite Position als fremd und in Kontrast zur *nationalen Kultur* bezeichnet. Stattdessen wird der Multikulturalismus mit den USA identifiziert, und wenn man sich auf diesen in der französischen Debatte bezieht, wird man in der Regel disqualifiziert, indem man den Multikulturalismus als *kulturfremden Import* bezeichnet (siehe dazu etwa die Debatte in Wieviorka, 1997).

Die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Modelle wird generell nationalistisch und kulturalistisch geführt. Wenn der Republikanismus universalistisch sein soll, wird Multikulturalismus oft als Differentialismus bezeichnet und des Kommunitarismus, im Sinne einer Bevorzugung von Gruppen gegenüber dem Individuum und der Gesellschaft, beschuldigt. Diese Debatte ist nicht nur spezifisch für Frankreich; sie findet beispielsweise auch in den USA statt, wenn Rassenfragen zum Thema werden (siehe dazu die kritischen Beiträge in Taylor, 1992).

Auch in Zusammenhang mit dem Feminismus findet sich diese Debatte in verschiedenen Ländern wieder, wenn sich die Frage stellt, inwieweit wir auf einem vermeintlichen Unterschied zwischen Männern und Frauen bestehen oder im Gegenteil davon ausgehen sollten, dass wir diese Unterschiede nicht thematisieren, weil sie privat sind und den Staat nichts angehen.

All diese Themen sind grenzen- und gesellschaftenübergreifend, daher sind auch nationalistische und kulturalisierende Debatten abzulehnen (Butler et al., 2007).

Zum Umgang mit Differenzen

Im Gegensatz zu dieser etwas sterilen Auseinandersetzung zwischen Republikanismus und Multikulturalismus oder Universalismus und Differentialismus schlage ich eine andere Sichtweise vor, die Dichotomien vermeidet, davon ausgehend, dass es eine gemeinsame Grundlage für beide Weltbilder gibt: In bei-

den Fällen gehen wir von der (vertragstheoretischen) Vorstellung aus, dass es Unterschiede gibt, und dass diese Gesellschaften begründen. Die Politik kommt erst in einem zweiten Moment ins Spiel. Auch wenn die Vorschläge, wie mit Differenzen umgegangen wird, entgegengesetzt sind, bleibt der Ausgangspunkt letztlich immer der gleiche: Die Frage nach dem Umgang mit Unterschieden, in Anbetracht der Feststellung, dass es diese gibt (Rawls, 1993).

Es gibt aber auch eine andere Art, über Unterschiede zu sprechen, nämlich nicht: «Es gibt Unterschiede», sondern: «Der Unterschied wird sozial und politisch produziert.» Mit anderen Worten: Was entscheidend ist, ist der Umgang mit Differenz. Unterschiede können nicht unabhängig vom Umgang mit ihnen gedacht werden. Es geht also nicht nur um die reine Feststellung von Unterschieden, die vor allem auf biologischen Merkmalen basieren.

Betrachten wir die Diskussion rund um Behinderungen, stellen wir fest, dass Behinderung als Kategorie sozial, aber auch politisch ist und uns vor allem die politische Dimension interessiert. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Religionen, in Bezug auf die Herkunft, oder ob wir behindert sind oder nicht, immer auch abhängig von der Art der Behinderung, die uns betrifft, aber im Vergleich zu was, verglichen mit welcher Norm? Die Norm ist eine gesellschaftliche Konvention, die eine politische Ordnung organisiert. Von allen Unterschieden in einer langen Liste gibt es nur einige, die unsere Gesellschaften für relevant halten. So spielt beispielsweise die Hautfarbe eine wesentliche Rolle in der sozialen Hierarchie, während die Haar- oder Augenfarbe weniger wichtig ist; in der sozialen Ordnung zählt das Alter oft mehr als Grösse oder Gewicht. Mit anderen Worten: Wir wählen (natürlich nicht individuell, sondern kollektiv) einige Unterschiede aus, die in unseren Augen relevant sind, andere nicht. Kurzum, Unterschiede allein reichen nicht aus, um diese mit Sinn zu füllen.

Was den Unterschied ausmacht, ist die unterschiedliche politische Behandlung. Einen Schritt weitergedacht, bedeutet dies, dass es keinen Grund gibt, Menschen unterschiedlich zu behandeln. Ich denke an Norbert Elias' Buch über *Insider* und *Outsider*, wo er ausführt, wie in einer englischen Stadt diejenigen, die schon lange dort sind, anders behandelt werden als die Neuankömmlinge – als wären sie anderer Natur, obwohl ihre Klassenherkunft die gleiche ist und es keinen Unterschied nationaler Herkunft gibt (Elias und Scotson, 1994 [1965]). Wir können auch erklären, wie der Rassenunterschied politisch motiviert entstand (Fredrickson, 1997). Oder nehmen wir den Antisemitismus als konkretes Beispiel: Das zentrale Anliegen des Antisemitismus ist nicht, dass die Jüdin oder der Jude anders ist, sondern dass sich kein Unterschied feststellen lässt. Antisemitinnen und Antisemiten suchen daher mit Leidenschaft nach Unterschieden in Gesichtszügen, Verhalten, Genealogie. Jüdinnen und Juden haben den Antisemitismus oft mit ihrem Leben bezahlen müssen: Sie haben

insbesondere gelernt, dass es nicht genügt, sich anzupassen, um diesem zu entkommen. Denn eine sichtbare Differenz, wie die Kleidung zum Beispiel, zu beseitigen, ist keine Voraussetzung, um sich Diskriminierungen zu entziehen; Diskriminierungen entstehen durch *ungleiche Behandlung*, die auf irgendeine Projektion, auch eine unsichtbare, zurückzuführen ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Sexismus. Ausgangspunkt sind nicht die Unterschiede zwischen den Körpern, sondern die Bedeutung, die ihnen beigemessen wird. Im 19. Jahrhundert vertrat die viktorianische Bourgeoisie die Auffassung, es sei die Menstruation, die die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum verbietet und Frauen auf den häuslichen Raum beschränkt; man glaubte, beziehungsweise wollte glauben, dass die Natur Frauen von der Öffentlichkeit ausschliesst. Im 20. Jahrhundert glaubten die Menschen weiterhin, es gebe Arbeitsplätze, die im Wesentlichen weiblich beziehungsweise männlich sind. Doch im Laufe der Zeit haben sich all diese sogenannten natürlichen Regeln verändert und bewegt. Es erscheint uns nun nicht mehr notwendig oder sogar ungerecht, dass sich körperliche Unterschiede in soziale Unterschiede, wie zum Beispiel berufliche Unterschiede, Gehaltsunterschiede usw., übersetzen lassen. Zusammenfassend lässt sich deshalb sagen, dass wir für den Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nachweisen können, dass es keine Notwendigkeit gibt, Menschen anders zu behandeln, auch wenn sie Unterschiede, die wir benennen können, aufweisen.

Der Paradigmenwechsel, den ich vorschlage, ist der Übergang vom Umgang mit Differenz zum differenzierten Umgang, von der Differenz zur Differenzierung. Genauer gesagt: Dieser Umgang ist sowohl differenziert als auch differenzierend. Wir produzieren selber diejenigen Unterschiede, für die wir Verständnis, das heisst keine Diskriminierung fordern und für die wir annehmen, dass sie legitim sind. Der Sinn dieses Umdenkens besteht darin, zum Paradoxon, ja sogar zum demokratischen Widerspruch zurückkehren zu können, der es erlaubt, in der Theorie alle gleich, in der Praxis aber jeden anders zu behandeln. Die politischen Fragen lauten also nicht mehr: Wie geht man mit Unterschieden um? Was sind die Folgen dieser verschiedenen Behandlungen? Wie fühlt es sich an, durch eine bestimmte Eigenschaft – Behinderung, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe – sozial definiert zu sein? Was bewirkt das Unterscheiden von Menschen objektiv mit all den materiellen, beruflichen und finanziellen Folgen? Und was bewirkt es subjektiv mit allen Konsequenzen, wie man sich als Subjekt aus der Erfahrung der Diskriminierung erlebt und erzählen kann? Das Hauptinteresse dieses Paradigmenwechsels besteht nun vielmehr darin, Differenz nicht als eine kulturelle Tatsache, sondern als eine Machtfrage zu betrachten und anzuerkennen, dass Differenz politisch produziert wird und diese Differenzierung Ungleichheiten erzeugt.

Unterschiede akzeptieren ist eine Machtfrage

Ungleichheit ist somit keine Tatsache der Natur, sondern die Folge von Ungleichbehandlung. Der Vorteil dieses Paradigmenwechsels besteht weiter darin, dass die Debatten über den *Kommunitarismus* dadurch obsolet werden. Im Zentrum der Betrachtungen steht nicht mehr die Gemeinschaft, sondern die Existenz als Minderheit. Eine Gemeinschaft ist eine Gruppe von Menschen, die dieselben Eigenschaften teilt – Herkunft, Kultur, Geschlechtsidentität, Lebensstil usw. – und die dadurch eine gemeinsame Identität besitzt. Eine Minderheit ist im Unterschied dazu eine Gruppe von Menschen, die eine Erfahrung von Diskriminierung teilt – aufgrund der tatsächlichen oder angenommenen Herkunft, der Kultur, der Geschlechtsidentität oder des Lebensstils usw. Am Beispiel der sogenannten Schwarzenfrage möchte ich den Unterschied zwischen Gemeinschaft und Minderheit illustrieren.

Was bedeutet es, heute in Frankreich *schwarz* zu sein? *Schwarze* bilden nicht unbedingt eine Gemeinschaft. Einige sind Französinnen oder Franzosen, andere nicht, je nachdem, ob sie aus Übersee, aus Frankreich oder aus Ländern südlich der Sahara kommen. Sie haben keine gemeinsame Kultur. Sie unterscheiden sich in Religion, Musik, Essen, Sprache usw. Heisst das infolgedessen, dass sie nur die Farbe ihrer Haut gemeinsam haben? Besteht dadurch nicht die Gefahr, eine Vision der rassistischen Welt zu bestätigen? In Wirklichkeit haben *Schwarze* auch nicht die Farbe der Haut gemeinsam (die Variationen sind beträchtlich), sondern teilen schlicht die Erfahrung, wegen der ihnen zugeschriebenen Hautfarbe anders behandelt und eher Diskriminierungen ausgesetzt zu werden. Was eine Minderheit letztlich ausmacht, ist die Diskriminierung – die Verweigerung eines Arbeitsplatzes oder einer Wohnung wegen des Aussehens oder anderer projizierter Merkmale.

Eine Minderheit zu sein, kann daher nicht quantitativ verstanden werden. Es ist die Wirkung eines Machtverhältnisses, das Minderheiten schafft und den Wert von Menschen reduziert. Es handelt sich nicht um eine demographische, sondern um eine politische Frage, wer Minderheit ist und wer Macht hat. Deshalb verwende ich, auch wenn diese Wortwahl nicht von allen akzeptiert wird, den Begriff *Minderheit*, auch um Frauen zu bezeichnen, obwohl sie im statistischen Sinne die Mehrheit bilden. Ich spreche vom Sexismus und damit vom Machtverhältnis: Lange Zeit wurden Frauen, auch legal, wie Minderjährige behandelt, kurzum, sie wurden reduziert. Ich brauche nicht zu wissen, ob Frauen eine Gemeinschaft bilden, um über eine Minderheit zu sprechen, die durch geschlechtsspezifische Behandlung definiert ist. Und das Gleiche gilt für die homosexuelle Minderheit. Es spielt keine Rolle, ob sie über die Unterschiede (Geschlecht, Klasse, Hautfarbe usw.) hinaus eine Gemeinschaft bildet

oder nicht. Es genügt nachzuzeichnen, dass diese Minderheit zumindest die Erfahrung der Homophobie ihnen gegenüber teilt.

Gleiches gilt für Menschen mit Behinderungen. Ich hatte das Glück, in Paris in der Jury von Oliver Schetrits Anthropologiearbeit über «Gehörlose Kultur» mitzuwirken (Schetrit, 2016). Schetrit ist auch ein Schauspieler. Er behauptet, zu dieser Gehörlosenkultur zu gehören, die er als legitimen Teil beider Bereiche seines Engagements – der Wissenschaft und dem Theater – sieht, und er verlangt, in beiden Bereichen mitbestimmen zu können. Die Gehörlosenkultur ist politisch in zwei Lager geteilt, je nachdem, ob man Integration (mit dem Hörgerät) oder Differenz (mit Gebärdensprache) wählt. Handelt es sich hier um eine Gemeinschaft der Gehörlosen, trotz der politischen Debatte um Integration und Differenz? Auf jeden Fall bilden Gehörlose eine Minderheit. Denn alle Zugehörigen zu dieser Minderheit wissen, was es heisst, anders behandelt zu werden – egal, ob sie nun behaupten, diskriminiert zu werden oder dies verdrängen. Und dieser Unterschied ist politisch: Er bedeutet Ungleichheit.

Diese Vergleiche erlauben, Parallelen im Erleben, aber auch Konvergenzen politischer Anliegen zwischen Minderheiten und deren Themen zu skizzieren. Das politische Interesse theoretischer Annäherungen, die der Minderheitenansatz erlaubt, besteht in der Möglichkeit, in Allianzen zu denken. Denn eine Gemeinschaft hat wahrscheinlich nichts mit einer anderen gemeinsam. Minderheiten hingegen haben alle eine Gemeinsamkeit: die Erfahrung der Diskriminierung, obwohl natürlich Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung, des Geschlechts oder der Herkunft oder Hautfarbe nicht miteinander verwechselt werden sollten. Doch nichtsdestotrotz, Gehörlose und Intersexuelle zum Beispiel können auch zusammenarbeiten. Diejenigen also, die zu einem Unterschied und damit zu einer Andersartigkeit und gleichzeitig zu einer Minderwertigkeit zurückgestutzt werden, können sich verbünden (Butler und Athanassiou, 2013).

Intersektionalitäten

Der Minderheitenansatz bildet die Basis für die gesamte untrennbar miteinander verknüpfte theoretische und politische Frage der Intersektionalität (Crenshaw, 1989). Intersektionalität erinnert daran, dass es eine Vielzahl von Herrschaftslogiken gibt, nicht nur die Klasse, die die marxistische Lesart der Gesellschaft organisierte, sondern auch Geschlecht und Rasse – die am häufigsten zitierten Unterscheidungen –, aber auch Behinderung, die ebenso ein Machtverhältnis begründet (Fassin, 2015). Wie können wir diese verschiedenen Formen von Herrschaftslogiken, die sich überlappen, kreuzen, addieren oder umgekehrt, in verschiedene Richtungen ziehen, analysieren? Darum geht

es in der theoretischen Analyse der Intersektionalität, die über die einfache räumliche Metapher der Intersektion – des Schnittpunkts – hinausgeht und versucht, diese Pluralität zu fassen. Auch diese Analyse ist letztlich eine politische: Wie können Allianzen zwischen Gruppen geschmiedet werden, die eine Erfahrung der Herrschaft und Diskriminierung teilen? Die Stärke von Minderheiten, zusammengefasst unter dem Begriff *Intersektionalität der Kämpfe*, ist gleichzeitig ihre Schwäche, nämlich ihre gemeinsame Erfahrung von Herrschaft oder eben von schwer zu bekämpfender Unterdrückung.

Wenn wir von Intersektionalität sprechen, vergessen wir oft die Behinderung. Und tatsächlich gibt es immer noch Vorbehalte, über Behinderung in politischer Hinsicht nachzudenken. Menschen mit Behinderungen sind nicht nur Objekte der öffentlichen Ordnung, sie sind auch politische Subjekte, als Individuen und als Kollektiv. Um über diesen politischen Charakter, der noch unzureichend wahrgenommen wird, nachzudenken, werde ich den Vergleich mit der Geschlechterfrage bemühen.

Die liberale Demokratie im 18. Jahrhundert, nach der amerikanischen und französischen Revolution, basierte auf dem Ausschluss des Geschlechts – konkret: der Sexualität und des weiblichen Geschlechts. Die Intimität wurde der privaten Sphäre zugeteilt, während die Politik dem öffentlichen Raum vorbehalten war (Laslett und Brenner, 1989). Die Trennung zwischen den beiden Sphären ging einher mit dem Ausschluss von Frauen von der Staatsbürgerschaft. Frauen (zumindest in der bürgerlichen Norm) wurden dem häuslichen Raum zugeordnet. Während der öffentliche Mann eine positive Figur der Demokratie war, war der Ausdruck öffentliche Frau eine Beleidigung, die Geschlecht (Frauen) und Sexualität (Prostituierte) miteinander vermischte (Fassin, 2002).

Die demokratische Logik besteht nun darin, sich bewusst zu machen und auch dafür einzustehen, dass die Weltordnung von uns abhängt: Es liegt an uns, sie zu definieren, auch neu zu definieren. Was heute geschieht, ist eine Ausweitung der demokratischen Logik auf sexuelle Fragen: Auch die sexuelle Ordnung ist nicht ein für alle Mal gegeben; sie wird immanent von uns selbst definiert und reproduziert und ist nicht von einem transzendenten Prinzip erschaffen – sei es von Gott, durch die Tradition oder die Natur. So erscheinen uns die Ordnung der Geschlechter und Sexualitäten und somit vermutlich die Grundfragen aller Demokratien als historisch und politisch, wie die Debatten überall in der Welt über Abtreibung, Homosexuellenehe, Gewalt gegen Frauen usw. bezeugen. Das nenne ich sexuelle Demokratie (Fassin, 2005). Es ist die Erweiterung der demokratischen Domäne mit der zunehmenden Politisierung von Geschlechter- und Sexualitätsfragen, die durch die vielen aktuellen öffentlichen Kontroversen offenbart und gefördert wird. Wenn sexuelle Themen, indem sie sich als politisch erweisen, immer weniger natürlich erscheinen, ist nicht nur der *Inhalt* der Normen betroffen. Die mit der Demokratisierung ein-

hergehende Verfremdung von Geschlecht und Sexualität verändert auch den *Status* von Normen, das heisst, wie sie uns auferlegt werden. Sie sind nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch Gegenstand *aller* Diskriminierungsfragen. Dieses Konzept der sexuellen Demokratie bedeutet dabei nicht, dass Freiheit und Gleichheit heute triumphieren würden, sondern vielmehr, dass sie dem politischen Denken über Geschlecht und Sexualität zur Verfügung stehen. Selbst die sexuelle Ordnung ist nicht mehr unveränderlich, natürlich, offensichtlich.

Abschliessende Überlegungen

Was hat die *sexuelle Demokratie* mit Behinderung zu tun? Wenn die Geschlechtszugehörigkeit heute eine demokratische Frage ist, muss die sexuelle und geschlechtsspezifische Dimension der politischen Mitgestaltung und der Staatsbürgerschaft analysiert werden. Die Frage stellt sich auch für Menschen mit Behinderungen, die oft von der sexuellen Ordnung und der Ausübung politischer Rechte ausgeschlossen sind. Denken wir an die Sterilisation von sogenannten *Behinderten* (Kudlick, 2003). In einer schrecklichen Entscheidung des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten, *Buck v. Bell*, das 1927 Zwangssterilisationen genehmigte, erklärte der Richter: «Drei Generationen von Narren sind genug!» (Lombardo, 2008). Hier ist die ganze intersektionale Dynamik am Wirken: Die durch die Messung des intellektuellen Quotienten definierten *Narren* sind oft mehreren Herrschaftslogiken (Behinderung, Klasse und Rasse) unterworfen.

Diese Beispiele zeigen, wie man gleichzeitig von der *normalen* Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden kann, wenn man von Differenz, Andersartigkeit und Ungleichheit durch Diskriminierung spricht. Dieser Ausschluss wirkt sich auch auf die sexuelle Staatsbürgerschaft aus. Bürgerin oder Bürger zu sein bedeutet nicht nur, das Wahlrecht zu haben, sondern auch das Recht, sich selbst als Subjekt zu definieren. Natürlich geht es nicht darum, naiv eine Form der Freiheit zu verlangen und zu zelebrieren. Dies hat für die Soziologie wenig Bedeutung. Vielmehr geht es ihr darum, die Logik der Freiheitsbeschränkungen, die auf sozialen Normen aufbauen und zu Diskriminierungen führen – die Herrschaftsverhältnisse –, ans Licht zu bringen und deren Legitimität zu hinterfragen. Natürlich steht es niemandem frei, sich als reines Individuum zu erfinden, ohne jegliche soziale Determinierung. Um jedoch eine Bürgerin oder ein Bürger zu sein, muss man ein Subjekt sein: Subjektivierung durchläuft diese Arbeit der Selbstdefinition. Sexuelle Identität, im intimsten Teil von uns selbst, ist Teil dieser Arbeit der Subjektivierung. Deshalb spielt die Geschlechtszugehörigkeit eine so wichtige Rolle bei der Infragestellung, Erneuerung oder

Vertiefung der demokratischen Logik: Geschlecht und Sexualität bringen die Politik auf den Punkt. Die sexuelle Demokratie öffnet die Türen allen diskriminierten Menschen. Wenn Menschen mit Behinderungen sich als Subjekte eigener Sexualität und beschränkter Teilhabe sehen – und sich nicht als Behinderte definieren – wird der Anschluss zu emanzipativen Dynamiken leichter fallen, als wenn der Protest einseitig aus einer Behindertenperspektive formuliert würde.

Literatur

- Bonilla-Silva, Eduardo (2018 [2003]). *Racism without racists: Color-blind racism and the persistence of racial inequality in America*. 5th Edition. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Butler, Judith und Athena Athanasiou (2013). *Dispossession: the performative in the political*. Cambridge: Polity Press.
- Butler, Judith, Eric Fassin und Joan Wallach Scott (2007). Pour ne pas en finir avec le «genre» ... Table ronde. *Sociétés & Représentations*, 24(2): 285–306.
- Crenshaw, Kimberlé (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. *The University of Chicago Legal Forum*, 1989(139): 139–167.
- Elias, Norbert und John L Scotson (1994 [1965]). *The established and the outsiders*. London: Sage Publications.
- Fassin, Eric (2002). La parité sans théorie: retour sur un débat. *Politix. Revue des sciences sociales du politique*, 15(60): 19–32.
- Fassin, Eric (2005). Démocratie sexuelle. *Comprendre*, n° 6: 263–276.
- Fassin, Eric (2015). Les langages de l'intersectionnalité. *Raisons politiques*, n° 58: 5–7.
- Fassin, Eric (2018). Politiques de la (non-) représentation. *Sociétés & Représentations*, 1: 9–27.
- Favell, Adrian (2001 [1998]). *Philosophies of integration: immigration and the idea of citizenship in France and Britain*. New York, NY: Palgrave Macmillan.
- Fredrickson, George M. (1997). *The comparative imagination: On the history of racism, nationalism, and social movements*. Berkeley, CA: Univ. of California Press.
- Kudlick, Catherine J. (2003). Disability history: Why we need another “other”. *The American Historical Review*, 108(3): 763–793.
- Kymlicka, Will (1995). *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*. Oxford: Clarendon Press.

- Laslett, Barbara und Johanna Brenner (1989). Gender and social reproduction: Historical perspectives. *Annual Review of Sociology*, 15(1): 381–404.
- Lombardo, Paul A. (2008). *Three generations, no imbeciles: Eugenics, the Supreme Court, and Buck v. Bell*. Baltimore, MD: JHU Press.
- Rawls, John (1971). *A Theory of Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Rawls, John (1993). *Political Liberalism*. New York, NY: Columbia University Press.
- Schetrit, Olivier (2016). *La culture sourde: approche filmique de la création artistique et des enjeux identitaires des sourds en France et dans les réseaux transnationaux*. Paris: EHESS.
- Schnapper, Dominique (1990). Les juifs et la nation. In: Birnbaum, Pierre (Hrsg.). *Histoire politique des juifs de France*. Paris: Presses de Sciences Po (PFNSP), 296–310.
- Taylor, Charles (1992). *Multiculturalism and “The Politics of Recognition”*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ville, Isabelle und Jean-François Ravaud (1994). Représentations de soi et traitement social du handicap. L’intérêt d’une approche socio-constructiviste. *Sciences sociales et santé*, 12(1): 7–30.
- Wieviorka, Michel (Hrsg.) (1997). *Une société fragmentée? Le multiculturalisme en débat*. Paris: La découverte.

Rosalina Aleixo

Rosalina Aleixo wurde 1967 geboren. Sie lebt in Freiburg und besucht das Atelier CREAHM seit 2013 einen Tag pro Woche.

In Wirklichkeit will Rosalina Aleixo keine Städte und Schlösser, keine Engel, Prinzessinnen, Pflanzen und Tiere abbilden. Sie interessiert sich auch nicht für die mittels geometrischer Elemente und ornamentaler Strukturen erzielte Gliederung ihrer Kompositionen. Den Raum mit Formen und Farben zu füllen, bis er fast musikalisch zu vibrieren beginnt, bedeutet ihr ebenfalls nichts.

Nein, was Rosalina beschäftigt, die wahrhaftige Quelle dieser Zeichnungen voller Engel, Schlösser, Ornamente und Farben ist der Wunsch, all denen Freude und Trost zu spenden, die ihre Werke betrachten.

Teilhabe und Vielfalt im Kontext der UN-Behindertenrechtskonvention: Politische Rechte im Fokus

Ingeborg Hedderich

Einleitung

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) (United Nations, 2006) gilt als Meilenstein in der Durchsetzung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen weltweit und symbolisiert einen Wandel in der Behindertenpolitik vom traditionellen Fürsorgegedanken hin zur Verankerung politischer Rechte im Sinne einer uneingeschränkten Teilhabe an allen Lebensbereichen und der Zielsetzung inklusiver Gesellschaftsstrukturen. Der erste Teil dieses Beitrags gibt einen Überblick über Entstehungsgeschichte, Kontexte und Systematik der UN-BRK. Auf dieser Grundlage wird im zweiten Teil die Umsetzung in der Schweiz kritisch reflektiert. Anschliessend werden Herausforderungen und Perspektiven abgeleitet, als deren zentraler Ankerpunkt die Bewusstseinsbildung für gesellschaftlichen Wandel herauszuarbeiten ist.

Einführung: Expertin in eigener Sache

Lea Fadenlauf (Pseudonym) war Mitarbeiterin im ersten partizipativen Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Sonderpädagogik der Universität Zürich, welches zwischen 2012 und 2014 finanziell vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) unterstützt worden ist. Ziel dieses Projekts war es, gemeinsam mit Menschen mit Lernschwierigkeiten ihre Lebensgeschichten festzuhalten, wobei die Forschenden vonseiten der Universität ausschliesslich die Rolle einer Schreibassistentin eingenommen haben (vgl. Hedderich et al., 2015). Fadenlauf setzt sich dafür ein, dass *kluge Köpfe hören, wie es ist*:

[Es geht] darum, dass die Leute wissen müssen, wie ein Leben mit Lernschwierigkeiten ist. Und sie sollen verstehen, welche Probleme daraus entstehen. Die Ausenwelt muss das hören. Die klugen Köpfe müssen hören, wie es ist. Sie müssen ein Gespür dafür kriegen. Mir sieht man es nicht an, aber ich bin trotzdem geplagt damit (Zahnd und Fadenlauf, 2016, 71).

Der Intention von Dorothy Atkinson und Jan Walmsley (1999, 204) folgend geht es darum, den *lost voices* eine Stimme zu geben, denn Menschen mit Lernschwierigkeiten können ihre Argumente kaum in den öffentlichen, politischen Raum einbringen. Im Sinne der Realisierung inklusiver Gesellschaftsstrukturen als menschenrechtlicher Forderung der UN-BRK, deren zentraler Ankerpunkt die aktive Beteiligung aller Menschen in allen Lebensbereichen darstellt, erlangen Formate partizipativer, politischer Forschung in der Wissenschaft eine neue, besondere Bedeutung.

Die Wurzeln der *Partizipativen Forschung* sind insbesondere in dem von Kurt Lewin entwickelten Ansatz der Aktionsforschung in den 1940er-Jahren zu finden (vgl. Lewin, 1946). Beide Ausrichtungen haben die Veränderung der Lebenswelten der beforschten Community zum Ziel. Partizipative Forschung grenzt sich aber auch ab. Der Terminus *Partizipation* verdeutlicht den Schwerpunkt der partizipativen Ausrichtung dieses Ansatzes, im Gegensatz zur Begrifflichkeit der *Aktion*, die in den 1970er-Jahren im deutschsprachigen Raum eine politische Färbung zum Ausdruck brachte. Partizipative Forschung definiert sich als engagierte Forschung, die über Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit die Intention verfolgt, soziale und politische Kontexte zu reflektieren und zu beeinflussen. Das Forschungsformat versteht sich nicht als Methode, sondern als Forschungsstil, da die Frage der Partizipation am Forschungsprozess immer neu zu stellen ist. Die in klassischen Forschungsansätzen grundsätzliche Rolleneinteilung in Forschende einerseits und Forschungsobjekte andererseits wird in diesem Forschungsformat zugunsten eines gemeinsamen Erkenntnisprozesses aufgehoben. Intention ist, über diese veränderte wissenschaftstheoretische Position zu neuen, erweiterten Einsichten sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis zu gelangen. Von Partizipativer Forschung wird gesprochen, wenn alle an der Forschung Beteiligten die Möglichkeit haben, Entscheidungen über den Verlauf des Projekts zu beeinflussen (vgl. Bergold und Thomas, 2012). Zielsetzung ist es, nichtakademisch Forschende zu unterstützen, ihr kontextuelles Wissen auszudrücken und den Prozess des Forschungsvorhabens mitzubestimmen. Partizipative Forschung hat die Gütekriterien qualitativer Forschung zu erfüllen. Als neues Gütekriterium tritt jedoch die Sicherstellung der Partizipation aller am Forschungsprojekt Beteiligten in allen Phasen des Forschungsprozesses hinzu:

Nicht Forschung über Menschen und auch nicht für Menschen, sondern mit Menschen – dies ist der Anspruch und die grundlegende erkenntnistheoretische Position Partizipativer Forschung. (Bergold und Thomas, 2010, 333)

Dieser Forschungsansatz steht im Gleichklang mit der menschenrechtlichen Forderung nach politischer Teilhabe der UN-BRK.

Historie: Politische Rechte für Menschen mit Behinderungen

Die UN-BRK gilt weltweit als Meilenstein auf dem Weg zum Menschenrechtsschutz für geschätzte 650 Millionen behinderte Menschen weltweit (vgl. Degener, 2009, 162). Obwohl behinderte Menschen zu einer der marginalisiertesten Gruppen zählen, wurden sie erst sehr spät mit einem eigenen Menschenrechtsdokument bedacht. Während die Vereinten Nationen das Jahr der Behinderten bereits 1981 proklamierten, war die Zeit in den Vereinten Nationen für ein entsprechendes Menschenrechtsabkommen noch nicht gekommen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde Behinderung allenfalls als medizinisches oder sozialpolitisches Thema verstanden. Selbst internationale Behindertenorganisationen benannten sich selbst erst Ende der 1980er-Jahren als Menschenrechtsorganisationen (vgl. Degener, 2009, 162). Das Engagement von Behindertenbewegungen, die sich nach amerikanischem Modell seit Beginn der 1990er-Jahre im deutschen Sprachraum bildeten, haben die Entstehung der UN-BRK im Sinne eines Expertentums in eigener Sache sehr zentral befördert. Institutionalisierung in Heimen und anderen Sondereinrichtungen wurde als strukturelle Menschenrechtsverletzung eingeordnet. Im Detail geht die Konvention auf die Initiative zahlreicher Behinderten- und Nichtregierungsorganisationen

Abbildung 1: Stationen der Menschenrechts- und Behindertenpolitik

Quelle: In Anlehnung an Heiden, 2015, 442–454.

zurück. In Abbildung 1 sind die Meilensteine der internationalen Behindertenpolitik im historischen Kontext ersichtlich.

Der mit der UN-BRK erfolgte Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik erschliesst sich durch eine Betrachtung der Behindertenpolitik der Vereinten Nationen, die sich nach Theresia Degener (2015, 61 ff.) in vier Phasen einteilen lässt. In der *ersten* Phase von 1945 bis 1970 lassen sich Menschen mit Behinderungen als Objekte der Rehabilitation und Prävention charakterisieren. Das Thema Behinderung wurde als Wohlfahrts- und Armutsfrage und nicht als Menschenrechtsfrage gesehen. Die Dekade von 1970 bis 1980 bildete die *zweite* Phase, in der behinderte Menschen als Subjekte der Rehabilitation wahrgenommen wurden. Die offizielle Anerkennung der Menschenrechte behinderter Personen beginnt erst in der *dritten* Phase von 1980 bis 2000. Erst jetzt werden behinderte Menschen als Menschenrechtsobjekte wahrgenommen und dargestellt. Dies beginnt mit dem bereits erwähnten internationalen Jahr der Behinderten 1981, gefolgt von der UN-Dekade der Behinderten in den Jahren 1983 bis 1992. Die *vierte*, bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt geltende Phase der Behindertenpolitik der Vereinten Nationen beginnt im Jahr 2000, in dem sich die UN mit einem verbindlichen Rechtsinstrument für behinderte Menschen befasste und die UN-BRK entstehen liess.

Exkurs: Weltverbände von Menschen mit Behinderungen

Wie bereits angedeutet, entstand die UN-BRK unter breiter Mitwirkung von Behindertenorganisationen. Dies lässt sich bis heute als ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Vereinten Nationen bezeichnen und zeigte Wirkung auf die Arbeit und Organisation der Behindertenverbände weltweit. Auf internationaler Ebene entstand während der Verhandlungen zur Konvention eine Allianz der Weltverbände von Menschen mit Behinderungen, die seither die Umsetzung der UN-BRK in den einzelnen Vertragsstaaten kritisch reflektiert. Bereits 1999 (vgl. Lachwitz, 2015, 377 ff.) standen die Weltverbände von Menschen mit Behinderungen in einem regelmässigen Austausch. Die Gründung der *International Disability Alliance (IDA)* ermöglichte es, den Umsetzungsprozess der UN-BRK in den Staaten systematisch und kritisch zu begleiten. Seit Juli 2013 ist die IDA ein eingetragener Verein nach Schweizer Recht, dem zahlreiche regional organisierte Verbände von Menschen mit Behinderungen angehören. Im Fokus der IDA-Aktivitäten stehen die Berichte der Vertragsstaaten. Die IDA verfügt über das Recht, sich kritisch zu den Staatenberichten zu äussern. Das Verfassen der sogenannten Parallelberichte ist als weitere bedeutsame Aufgabe der Behindertenorganisationen zu nennen. Aus diesem Grund wurde von der IDA der Beschluss gefasst, insbesondere in Ländern des globalen Südens Trainingsseminare zu veranstalten, in denen sich Behindertenverbände organisieren und sich auf die Herausforderung der Abfassung

der Parallelberichte vorbereiten können. Die IDA ist jedoch nicht nur auf die UN-BRK ausgerichtet, sondern bezieht auch Stellung, wenn der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen oder andere zum Schutz der Menschenrechte eingesetzte UN-Gremien in Genf tagen. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt die IDA die Millenniumsentwicklungsziele, welche 2001 gemeinsam von den Vereinten Nationen und der Weltbank verabschiedet wurden. Die Millenniumserklärung enthält konkrete Entwicklungsziele, um die Armut in der Welt zu halbieren. Gabriele Weigt (2015, 168) hält auf der Basis des *World Report on Disability* fest, dass sich ein Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung bestätigen lässt. Ein besonderes Gefährdungspotenzial, eine Behinderung zu erwerben, besteht für Menschen aus den ärmsten Bevölkerungsgruppen, für Frauen und für ältere Menschen. Als Risikofaktoren sind zu nennen: geringes Einkommen, Erwerbslosigkeit, geringes Bildungsniveau sowie Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit. Gesamthaft konstatiert der Bericht, dass Menschen mit Behinderungen, im Gegensatz zu Menschen ohne Behinderungen, über einen schlechteren Gesundheitszustand verfügen, einen geringeren Bildungsstand haben, ihre Teilhabechancen beschränkter sind und ihre Abhängigkeiten höher ausfallen (vgl. ausführlich WHO/The World Bank, 2011).

Die IDA ist jedoch nicht die einzige internationale Stimme von Menschen mit Behinderungen. Vielmehr existieren weltweit viele Nichtregierungsorganisationen, die sich über Jahrzehnte in zahlreichen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen entwickelt haben. Gemeinsam mit diesen Nichtregierungsorganisationen und *Human Rights Watch* hat die IDA einen grossen Beitrag dazu geleistet, dass die Zivilgesellschaft in den Umsetzungsprozess der UN-BRK einbezogen wird.

Die Verabschiedung der UN-BRK als internationales Menschenrechtsdokument durch die UN-Generalversammlung in New York im Jahr 2006 repräsentiert den bereits skizzierten fundamentalen Wandel in der Behindertenpolitik. Es ist dies ein Paradigmenwechsel vom traditionellen Fürsorgegedanken hin zu einem emanzipatorischen Gedanken, der Menschenwürde, Menschenrechte und Autonomie ins Zentrum rückt (vgl. Hedderich, 2016a). Der Vertragstext der UN-BRK wird in den folgenden Abschnitten ausführlich betrachtet und reflektiert.

Menschenrechtliche Perspektive der UN-BRK

Menschenrechte sind an keinerlei Leistungskriterien gebunden, vielmehr stehen sie jedem Menschen qua Geburt zu. Menschenrechtsabkommen werden geschlossen, um auf strukturelle oder systematische Erfahrungen von Unrecht eine Antwort zu geben. Mit der UN-BRK liegt die erste Konvention

für Menschen mit Behinderung vor, die jedoch keine Sonderrechte für diesen Personenkreis formuliert, sondern allgemeine Menschenrechte bekräftigt und konkretisiert. Als universell anerkannter Katalog der Menschenrechte gilt die internationale Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948. Gegenwärtig vollzieht sich ein Prozess der Ratifizierung der UN-BRK in den einzelnen Ländern der Weltgesellschaft. Innerhalb der Sonderpädagogik ist die Konvention in Fachpublikationen und auf Tagungen zu einer zentralen *Rahmung* geworden. Die UN-BRK hat breite öffentliche Aufmerksamkeit gefunden und Standards der behindertenpolitischen Debatte gesetzt. Wer sich mit Menschenrechten befasst, wird nicht selten zu der enttäuschenden Erkenntnis gelangen: Menschenrechte werden in der Realität verletzt oder nicht umgesetzt. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht eine grosse Kluft. Der wichtigste Begriff für das Verständnis der Menschenrechte in der Konvention ist der der Menschenwürde:

Die spezifische Verbindung zwischen Menschenwürde und Menschenrechten besteht darin, dass diese implizite Prämisse normativer Verbindlichkeiten in den Menschenrechten explizite Anerkennung und institutionelle Rücken-deckung erfährt. (Bielefeldt, 2012, 153)

Eine eigene Behindertenrechtskonvention wurde insbesondere angesichts des institutionalisierten Lebens eines sehr hohen Anteils von Menschen mit Behinderungen als entscheidend erachtet. Die Einschränkung der Selbstbestimmung und die Verletzung der Menschenrechte in Sondereinrichtungen wurden bereits in den 1970er-Jahren von der *Independent-Living-Bewegung* kritisiert (vgl. Mürner und Sierck, 2015, 32f.) und die Umsetzung menschenwürdiger Bedingungen in den Lebensbereichen Wohnen, Arbeit und Bildung gefordert. Wichtig ist, dass diese Forderung für alle Menschen mit Behinderungen gilt, unabhängig von Form oder Schwere ihrer Behinderung. Allen Menschen steht unabhängig von ihren Fähigkeiten der Status eines Subjekts der Menschenrechte zu. Die Menschenwürde wird zum tragenden Fundament der Menschenrechte.

Zweck der UN-BRK

Der Zweck der UN-BRK wird klar benannt:

... den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen

und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. (UN-BRK, Art. 1)

Gültigkeit besitzt der Vertrag für alle Menschen mit Behinderungen. Der Personenkreis wird jedoch nicht abschliessend definiert, sondern nur beispielhaft beschrieben. Besonders schwierig und umstritten war die Aufnahme des Behinderungsbegriffs im Vertragstext (vgl. Degener, 2009, 164). Folgende Formulierung gilt als Kompromiss:

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. (UN-BRK, Art. 1)

Durch die Verankerung des Personenkreises der UN-BRK im Artikel 1 (Zweck) und nicht im Artikel 2 (Definition) soll zum Ausdruck gebracht werden, dass sich das Verständnis von Behinderung im Wandel befindet. Diese Positionierung steht durchaus im Konsens mit der Sonderpädagogik, in der sowohl in der Historie als auch in der Moderne keine allgemein anerkannte Definition von Behinderung vorgelegt wurde. Eine in der Disziplin häufig zitierte Definition ist die Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation (*International Classification of Functioning, Disability and Health, ICF*). Während in einer frühen Fassung aus dem Jahr 1980 noch die Benennung individueller Defizite dominierte, rückt die revidierte Fassung von 2001 Rahmenbedingungen und Kontextfaktoren in einem biopsychosozialen Modell ins Zentrum. Jedoch ist die Beibehaltung eines somatischen Gesundheitsfaktors nicht ohne Kritik geblieben. Denn es sind auch Phänomene von Behinderung, beispielsweise im Kontext von herausforderndem Verhalten, denkbar, die sich einer unmittelbaren Bindung an einen Gesundheitsfaktor entziehen.

Als Gegenentwurf zu einer medizinischen Perspektive ist das soziale Modell der *Disability Studies* entstanden (vgl. Waldschmidt, 2007). Die Disability Studies verkörpern einen Perspektivwechsel. Der Kerngedanke dieser von der internationalen Behindertenbewegung initiierten wissenschaftlichen Strömung lautet:

Behinderung ist kein Ergebnis medizinischer Pathologie, sondern das Produkt sozialer Organisationen. (Waldschmidt, 2007, 164)

Während das Modell der Weltgesundheitsorganisation einen Gesundheitsfaktor beibehält, geht das soziale Modell von sozialer Benachteiligung als ein-

zigem Verursachungsfaktor aus. Aber auch das soziale Modell ist nicht ohne Widerspruch geblieben. Tom Shakespeare (2002), selbst Protagonist des sozialen Modells, entwickelte eine kritische Haltung. Auch für das soziale Modell gilt, dass es nicht alle Phänomene von Behinderung zu erfassen vermag. Ein gemeinsamer Nenner aller Definitionen von Behinderung ist zweifellos die Relativität des Begriffs. Er dient im gesellschaftlichen Kontext durch seine Nennung der Sicherung von Rechtsansprüchen. Begriffliche Fassungen in diesem Kontext stehen jedoch immer in dem Dilemma, dass mit eben dieser Benennung stets eine negative Konnotation verbunden ist (vgl. Hedderich, 2007). Im genannten Dilemma steht auch die begriffliche Fassung der UN-BRK.

An dieser Stelle gilt es hervorzuheben, dass in der UN-BRK ein menschenrechtliches Modell favorisiert wird, welches in Abgrenzung zum sozialen Modell gesehen wird. Während das soziale Modell, so die Argumentationslogik, erklären kann, wie Behinderung sozial konstruiert wird, vermag das menschenrechtliche Modell darzulegen, warum Menschenrechtsfähigkeit Nichtbehinderung nicht voraussetzt. Da Menschenrechte universal sind, können sie nicht aufgrund zugeschriebener Eigenschaften oder Merkmale aberkannt werden. Alle Menschen mit Behinderung sind demnach rechts- und handlungsfähig. Ein Recht, welches ihnen auch nicht im Kontext zugeschriebener eingeschränkter Urteilsfähigkeit aberkannt werden kann:

Während das soziale Modell von Behinderung den Rahmen für eine Behindertenpolitik der Antidiskriminierung und Bürgerrechte bietet, gewährt das menschenrechtliche Modell einen umfassenden rechtstheoretischen Rahmen.
(Degener, 2015, 64)

Im menschenrechtlichen Modell, so Degener weiter, ist eine Weiterentwicklung des sozialen Modells zu sehen, weil es den gesamten Menschenrechtskatalog einfordert.

Aufbau und Grundsätze der UN-BRK

Die UN-BRK besteht aus zwei menschenrechtlichen Vertragsteilen: dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) und einem Fakultativprotokoll (FP), welches das Verfahren der Beschwerde enthält. Der Vertragstext besteht neben der Präambel aus einem allgemeinen Teil mit Zweckbestimmung, Definition und allgemeinen Prinzipien (Artikel 1 bis 9), dem Katalog der einzelnen Menschenrechte (Artikel 10 bis 30) und Regularien der Implementierung und Überwachung (Artikel 31 bis 50).

Die Intention der UN-BRK ergibt sich neben der bereits genannten Zweckbestimmung aus den im Artikel 3 genannten allgemeinen Grundsätzen. Neben der Achtung der Menschenwürde sind dies Nichtdiskriminierung, die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft, die Achtung der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen, die Akzeptanz der menschlichen Vielfalt, Chancengleichheit, Zugänglichkeit beziehungsweise Barrierefreiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Die genannten Grundsätze verkörpern das gewandelte menschenrechtliche Verständnis: Autonomie, Nichtdiskriminierung, Inklusion und Partizipation sowie Gleichheit in der Differenz. Sie sind zugleich Zielvorgaben der nationalen und internationalen Behindertenpolitik. Alle Grundsätze sind so auszulegen, dass es Menschen mit Behinderungen möglich ist, ihr Leben selbstbestimmt mit dem notwendigen Mass an Assistenz zu führen. Der Menschenrechtsgrundsatz Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen, verbunden mit dem Recht auf Nichtdiskriminierung, verweist darauf, dass Menschen nicht aufgrund einer Behinderung zu kategorisieren sind. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung ist zudem fundamentales Prinzip des internationalen Menschenrechtsschutzes, der sich sowohl auf direkte als auch auf indirekte Diskriminierung bezieht. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung verbietet nicht nur jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung, sondern garantiert auch gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung.

Teilhabe und Vielfalt in der Sonderpädagogik

Die von der UN-BRK explizit erwähnten allgemeinen Grundsätze wie Teilhabe und Vielfalt verfügen bereits über eine lange Historie in der Sonderpädagogik. *Teilhabe* bahnte sich als neues sonderpädagogisches Paradigma seit der Verabschiedung im Jahr 2001 der bereits benannten ICF einen Weg in das Bewusstsein der Sonderpädagogik. Hier wird Teilhabe im Rahmen des internationalen Standards eines bereits skizzierten gesundheitswissenschaftlichen Behinderungsbegriffs gebildet und definiert. Teilhabe und Behinderung sind in der ICF aufeinander bezogene Begriffe, Behinderung wird als Einschränkung der Teilhabe definiert. Teilhabe repräsentiert die gesellschaftliche Perspektive der Funktionsfähigkeit, den Kern der ICF. Für Teilhabe gilt, dass diese immer im Kontext von Umwelt und Person steht. Kritisch zu sehen ist, dass der Teilhabebegriff in der ICF nicht näher spezifiziert wird. Michael Schuntermann (2007, 59 f.) bringt so auch in den kritischen Diskurs ein, dass das Teilhabekonzept auf die Menschenrechte und auf das Vorhandensein von Zugangsmöglichkeiten zu Lebensbereichen auszurichten sei. Darüber hinaus sei in der ICF auch eine Begriffserweiterung dahingehend vorzunehmen, als dass ein selbstbestimmtes

und gleichberechtigtes Leben ermöglicht werden müsse. Für beide genannten Aspekte ist wiederum der Wille zur Teilhabe von hoher Bedeutung. Auch wenn das ICF-Modell somit nicht unwidersprochen geblieben ist, scheint es in der Sonderpädagogik dennoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Minimalkonsens darzustellen. Die ICF-Klassifikation ermöglicht es, Barrieren zu identifizieren, die eine gesellschaftliche Teilhabe beeinträchtigen können. Über das Identifizieren von Kontextfaktoren, die bearbeitet werden können, lässt sich Teilhabe verbessern. Von Bedeutung ist, dass in der ICF sowohl individuelle beziehungsweise gesundheitsspezifische Faktoren als auch materielle, soziale und einstellungsbezogene Umwelt- und Personenfaktoren in ihrer wechselseitigen Bezogenheit in einem interdependenten Verhältnis mit Teilhabe stehen.

Vielfalt wird in der UN-BRK in mehrfacher Hinsicht kontextualisiert: Als Wertschätzung der Vielfalt von Menschen mit Behinderungen, im Sinne der Anerkennung von Behinderung als menschliche Vielfalt und als Anerkennung der Verdienste, die von Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit erbracht werden. Der Diskurs um Vielfalt beziehungsweise Diversität vermag sich in der Sonderpädagogik bislang noch nicht als breiter Diskurs zu etablieren, wenngleich das aktuelle Themenfeld Behinderung und Migration hier gute Anknüpfungspunkte bieten würde (vgl. Hedderich, 2016b). Der Begriff *Diversity* ist dem angloamerikanischen Sprachraum entnommen und lässt sich als *travelling concept* identifizieren (vgl. Walgenbach, 2014, 92). Ein *travelling concept* ist Diversität im doppelten Sinne: Historisch betrachtet wird ein Fachdiskurs der Wirtschafts- und Betriebswissenschaft in eine erziehungswissenschaftliche Disziplin hineingetragen. Diversity wandert demnach zwischen den Disziplinen. Geografisch betrachtet hat Diversity, die sich auf pädagogische Konzepte aus Einwanderungsländern wie den USA oder Kanada bezog, darüber hinaus eine transatlantische Reise angetreten. Katharina Walgenbach fasst Merkmale von Diversity in folgender Definition zusammen:

Diversity zielt auf die Wertschätzung sozialer Gruppenmerkmale bzw. -identitäten für Organisationen. Diversity-Merkmale werden als positive Ressource für Bildungsorganisationen gesehen. Die Vielfalt der Organisationsmitglieder erhält somit Anerkennung. (Walgenbach, 2014, 92)

Anerkennung, so Axel Honneth, mit dessen Namen der gegenwärtige philosophische Anerkennungsdiskurs untrennbar verbunden ist, kennzeichnet ein hochkomplexes Verhältnis der Mitglieder einer Gesellschaft untereinander. Anerkennungsverhältnisse beziehen sich hierbei auf eine emotionale, eine solidarische und eine rechtliche Ebene (vgl. Honneth, 1997, 182). In emotionalen Bindungen stehen die personalen Eigenschaften der Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit des Individuums im Zentrum. In solidarischen Bezie-

hungen werden individuelle Leistungen an dem Grad gemessen, in dem sie in der Gesellschaft als bedeutungsvoll erfahren werden können. Auf der Rechtsebene werden darüber hinaus liberale Freiheitsrechte, politische Teilhaberechte und soziale Wohlfahrtsrechte zugesprochen (vgl. Honneth, 1997, 181 ff.). Alle drei genannten Ebenen stehen in einem wechselhaften Verhältnis und setzen sich jeweils voraus. Anerkennung entsteht durch Anerkennungsverhältnisse zwischen autonomen Individuen. Dieses Verhältnis ist reziprok. Die Autonomie, die für sich selbst in Anspruch genommen wird, muss auch dem Gegenüber gewährt werden.

Barrierefreiheit in der UN-BRK

Neben den bereits genannten Grundsätzen ist Barrierefreiheit in der UN-BRK von zentraler Bedeutung (Artikel 9). Gemeint ist der gleichberechtigte Zugang – sozusagen als Vorbedingung für die Teilhabe an Lebensbereichen – zu allen Bereichen, die der Öffentlichkeit offenstehen. Artikel 9 der UN-BRK legt den gleichberechtigten Zugang zu folgenden Bereichen fest: physische Umwelt, Beförderung, Information und Kommunikation, einschliesslich Informations- und Kommunikationstechnologien und Kommunikationssystemen, Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden.

Ein mittlerweile prominentes Format, um im kommunikativen Bereich Zugänglichkeit zu erreichen, ist die sogenannte *Leichte Sprache*. Der Begriff wurde erstmals Ende der 1990er-Jahre von Menschen mit Lernschwierigkeiten selbst geprägt. Es gilt ein Regelwerk, welches von Menschen mit Lernschwierigkeiten und Übersetzenden der Leichten Sprache gemeinsam entwickelt wurde. In Zusammenhang mit der UN-BRK wird Leichte Sprache als ein Format der Zugänglichkeit zu Informationen (zum Beispiel dem Text der UN-BRK selbst) gesehen.

Zur Bedeutung Leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten interviewte Susanne Göbel (2015) acht Frauen und Männer im Alter von 24 bis 59 Jahren. Auf die Frage, warum Leichte Sprache wichtig sei, antwortet eine Interviewpartnerin wie folgt:

Ich will nicht, dass man über mich redet, man soll mit mir reden. Und das geht schon im Gespräch miteinander los. Im täglichen Leben. Ich bin ein Bürger der Gesellschaft, und ich möchte mich mit der Gesellschaft unterhalten [...]. (Göbel, 2015, 328)

Eine weitere Interviewpartnerin definiert klar, welche Informationen sie gerne in Leichter Sprache lesen würde:

Betriebsanleitungen für den Fernseher lesen, für den Computer, für das Handy, für alle elektronischen Geräte [...]. Auch am Bahnhof manchmal, Fahrpläne oder Änderungen. Da wird unten so eine Seite hingeschrieben, wann Bauarbeiten sind, das könnte man auch besser erklären. Und Konservendosen in Grossschrift, die Zutaten für die, die nicht gut lesen können. (Göbel, 2015, 328)

Leichte Sprache folgt insbesondere dem Standard: kurze Sätze, keine Fachwörter, grosse Schrift und Bilder.

Katalog der Menschenrechte in der UN-BRK

In einem zweiten Teil der Konvention werden die aus der Menschenrechtscharta bekannten Rechte benannt und auf die Kontexte von Behinderung bezogen. Die Menschenrechte lassen sich zu folgenden Gruppen zusammenfassen:

- › Personenschutzrechte, die das Recht auf Leben, Freiheit und den Schutz vor Gewalt und Missbrauch garantieren (z. B. Artikel 16);
- › Selbstbestimmungsrechte, welche die Rechtsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen schützen (z. B. Artikel 19);
- › Recht auf Barrierefreiheit und Partizipation (z. B. Artikel 9);
- › Freiheitsrechte, wie beispielsweise das Recht von Eltern, ihr Kind mit Behinderungen zu versorgen (z. B. Artikel 23);
- › wirtschaftliche und soziale Rechte sowie das Recht auf inklusive Bildung (z. B. Artikel 24).

Artikel zu bedeutsamen Kontexten einzelner Lebensbereiche werden in diesem Beitrag nur exemplarisch hervorgehoben: gleiche Anerkennung vor dem Recht (Artikel 12), unabhängige Lebensführung (Artikel 19), Achtung der Wohnung und der Familie (Artikel 23), Bildung (Artikel 24), Arbeit und Beschäftigung (Artikel 27) und Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Artikel 29) sowie die folgenden Artikel, die sich auf die einzelnen Teilhabebereiche beziehen (siehe die detaillierte Zusammenfassung einzelner Artikel in Tabelle 1).

Tabelle 1: Zusammenfassung der Artikel 19 bis 30 der UN-BRK

Artikel 19 Recht auf unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

- a) Wahl des Aufenthaltsortes, Entscheidung wo, mit wem man leben möchte
- b) gemeindenahe Unterstützungsdienste zu Hause und in Einrichtungen, Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft
- c) gemeindenahe Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen

Artikel 20 Recht auf persönliche Mobilität

- a) Erleichterung der Mobilität durch Wahl des Zeitpunktes und erschwingliche Kosten
- b) Erleichterung durch hochwertige Mobilitätshilfen, ihre Bereitstellung zu erschwinglichen Kosten
- c) Angebot von Schulungen in Mobilitätsfertigkeiten
- d) Ermutigung der Hersteller von Mobilitätshilfen, alle Aspekte der Mobilität zu berücksichtigen

Artikel 21 Recht auf freie Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen

- a) Zurverfügungstellung für die Allgemeinheit bestimmter Informationen im geeigneten Format
- b) im Umgang mit Behörden ergänzende und alternative Kommunikationsformen akzeptieren und erleichtern
- c) Zurverfügungstellung der Informationen und Dienstleistungen von Rechtsträgern in zugänglichem und nutzbarem Format
- d) zugängliche Gestaltung der Dienstleistungen von Massenmedien
- e) Anerkennung und Förderung der Verwendung von Gebärdensprachen

Artikel 22 Recht auf Achtung der Privatsphäre

- (1) Schutz der Privatsphäre und rechtlicher Schutz gegen Eingriffe
- (2) Schutz der Informationen über die Person, Gesundheit und Rehabilitation

Artikel 23 Recht auf Achtung der Wohnung und der Familie

- (1) Beseitigung der Diskriminierung im Bereich Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaft
 - a) Recht darauf, Ehe zu schliessen und Familie zu gründen
 - b) Entscheidung auf Anzahl Kinder, Zugang zu Information und Aufklärung
 - c) Behalten der Fruchtbarkeit
- (2) Unterstützung bei der Wahrnehmung der elterlichen Verantwortung
- (3) gleiche Rechte in Bezug auf das Familienleben, frühzeitige Zurverfügungstellung von Informationen
- (4) keine Trennung eines Kindes von den Eltern gegen deren Willen, ausser die Trennung dient dem Wohle des Kindes
- (5) Gewährleistung von Betreuungsformen in der weiteren Familie oder in einem familienähnlichen Umfeld

Artikel 24 Bildung

- (1) integratives Bildungssystem auf allen Ebenen, lebenslanges Lernen
 - a) Würdebewusstsein und Entfaltung des Selbstwertgefühls, Stärkung der menschlichen Vielfalt
 - b) volle Entfaltung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten
 - c) Teilhabe an einer freien Gesellschaft

Fortsetzung der Tabelle auf der folgenden Seite.

- (2) Sicherstellung zur Rechtsverwirklichung
 - a) kein Ausschluss vom allgemeinen Bildungssystem auf Grund der Behinderung
 - b) Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht
 - c) Treffen von angemessenen Vorkehrungen für die Bedürfnisse der Einzelnen
 - d) Leistung von notwendiger Unterstützung, um eine erfolgreiche Bildung zu erleichtern
 - e) individuell angepasste Unterstützungsmassnahmen, Ermöglichen einer bestmöglichen schulischen und sozialen Entwicklung
- (3) geeignete Massnahmen zur Erwerbung lebenspraktischer und sozialer Kompetenzen
 - a) Erlernen von Brailleschrift, alternativer Schrift, Mitteln und Formaten der Kommunikation, Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten
 - b) Förderung der sprachlichen Identität, Erlernen der Gebärdensprache
 - c) Vermittlung von Kommunikationsformen und Mitteln in Anbetracht der bestmöglichen schulischen und sozialen Entwicklung
- (4) Schulung für Fachkräfte; Bewusstseins-schärfung und Verwendung geeigneter Formen, Mittel und Formate der Kommunikation
- (5) Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen

Artikel 25 Recht auf Gesundheit

- a) Zurverfügungstellung einer Gesundheitsversorgung in derselben Bandbreite und Qualität wie anderen Menschen, einschliesslich sexual- und fortpflanzungsmedizinischer Gesundheitsleistungen
- b) behinderungsspezifische Gesundheitsdienstleistungen sowie Früherkennung und Frühintervention
- c) gemeindenähe Gesundheitsdienstleistungen
- d) Bewusstseins-schärfung der Angehörigen der Gesundheitsberufe für Autonomie, Menschenrechte, Würde und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, gleiche Qualität und Behandlung
- e) Verbot der Diskriminierung in der Krankenversicherung und Lebensversicherung
- f) Verhinderung diskriminierender Vorenthaltung von Gesundheitsversorgung oder -leistungen

Artikel 26 Recht auf Habilitation und Rehabilitation

- (1) Unterstützung, um ein Höchstmass an Unabhängigkeit, umfassende geistige, körperliche, soziale und berufliche Fähigkeiten sowie volle Teilhabe zu erreichen und zu bewahren
 - a) im frühestmöglichen Stadium, multidisziplinäre Bewertung der individuellen Bedürfnisse
 - b) Einbeziehung in die Gemeinschaft
- (2) Entwicklung der Aus- und Fortbildung für Fachkräfte und Mitarbeitende in Habilitations- und Rehabilitationsdiensten
- (3) Förderung von Verfügbarkeit, Kenntnis und die Verwendung von unterstützenden Geräten und Technologien für die Zwecke der Habilitation und Rehabilitation

Artikel 27 Recht auf Arbeit und Beschäftigung

- (1) Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, Erlass von Rechtsvorschriften
 - a) Verbot von Diskriminierung aufgrund von Behinderung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung
 - b) gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, Schutz vor Belästigungen
 - c) gleichberechtigtes Ausüben von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten

- d) Zugang zu allgemeinen fachlichen und beruflichen Beratungsprogrammen, Stellenvermittlung, Ermöglichung von Berufsausbildung und Weiterbildung
 - e) Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichem Aufstieg, Unterstützung bei der Arbeitssuche
 - f) Förderung von Selbstständigkeit, Unternehmertum
 - g) Beschäftigung im öffentlichen Sektor
 - h) Förderung der Beschäftigung im privaten Sektor durch geeignete Strategien
 - i) Sicherstellung von angemessenen Vorkehrungen am Arbeitsplatz
 - j) Förderung, Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu sammeln
 - k) Programme für berufliche Rehabilitation
- (2) Schutz vor Zwangs- oder Pflichtarbeit, Sklaverei und Leibeigenschaft

Artikel 28 Recht auf angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz

- (1) Angemessener Lebensstandard; Ernährung, Bekleidung und Wohnung, Verbesserung der Lebensbedingungen
- (2) sozialer Schutz ohne Einschränkung
 - a) Zugang zur Versorgung mit sauberem Wasser, Dienstleistungen, Geräten und anderen Hilfen
 - b) Zugang zu Programmen für sozialen Schutz und zur Armutsbekämpfung
 - c) Zugang zu staatlicher Hilfe, Schulung, Beratung, finanzieller Unterstützung
 - d) Zugang zu Programmen des sozialen Wohnungsbaus
 - e) Zugang zu Leistungen und Programmen der Altersversorgung

Artikel 29 Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

- a) umfassende Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben, Recht zu wählen und gewählt zu werden
 - i) Sicherstellung einer einfachen und verständlichen Handhabung des/der Wahlverfahrens, -einrichtungen und -materialien
 - ii) geheime Abstimmung ohne Einschüchterung, Kandidieren bei Wahlen, Nutzung unterstützender und neuer Technologien
 - iii) Unterstützung bei der Wahlabgabe durch eine Person nach Wahl
- b) Mitwirkung an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten
 - i) Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen, Tätigkeiten politischer Parteien
 - ii) Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen (und Beitritt), die sie vertreten

Artikel 30 Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport

- (1) Teilnahme mit anderen am kulturellen Leben
 - a) Zugang zu kulturellem Material
 - b) Zugang zu Medien, Fernsehprogramm, Theatervorstellungen
 - c) Zugang zu Dienstleistungen wie Theater, Museen, Kinos, Bibliotheken, Tourismusdiensten, Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung
- (2) Treffen von Massnahmen zur Entfaltung des kreativen, künstlerischen und intellektuellen Potenzials
- (3) keine Diskriminierung bezüglich Zugang zu kulturellem Material
- (4) Anerkennung und Unterstützung der spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität
- (5) gleichberechtigte Teilnahme an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten
 - a) Ermutigung zu Breitensportlichen Aktivitäten
 - b) Organisation von behinderungsspezifischen Sport- und Erholungsaktivitäten
 - c) Zugang zu Sport-, Erholungs- und Tourismusstätten

- d) Teilnahme an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten der Kinder mit Behinderung mit anderen Kindern einschliesslich im Schulbereich
- e) Zugang zu Dienstleistungen der Organisatoren von Erholungs-, Tourismus-, Freizeit und Sportaktivitäten

Quelle: UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20122488/index.html> [14.1.2019]), eigene Bearbeitung.

An dieser Stelle soll nun noch der im Rahmen des gesetzten Fokus auf politische Rechte sehr bedeutsame Artikel 29, der Menschen mit Behinderungen die genannten Rechte garantiert, eine Vertiefung erfahren. Die Vertragsstaaten der UN-BRK verpflichten sich, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Unter anderem soll bei Wahlen und Abstimmungen Barrierefreiheit sichergestellt werden. Weiterhin sollen die Vertragsstaaten die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderungen schützen und die Stimmabgabe im Bedarfsfall unterstützen lassen. In der Schweiz und vergleichbar in Deutschland besteht zunehmend Kritik am Wahl- und Stimmrechtsausschluss. Die bestehenden Regelungen seien zu pauschal, um «im Lichte der strikten Grundsätze einer allgemeinen und gleichen Wahl nach Art. 29 UN-BRK einen Wahlrechtsausschluss zu rechtfertigen» (Welti, 2016, 445). Auch das Erfordernis einer Beistandschaft oder Betreuung könnte einen Wahlrechtsausschluss nicht rechtfertigen, da hier nicht das Ziel verfolgt werde, Rechte einzuschränken, sondern eine Unterstützung der Ausübung von Rechten zu gewährleisten. Erst für den Fall, dass ein Mensch mit Behinderungen keinen Willen zur Wahl äussern würde, wäre eine assistierte Wahl auszuschliessen.

Artikel 29 fordert die Vertragsstaaten des Weiteren dazu auf, ein Umfeld zu schaffen, das es Menschen mit Behinderungen ermöglicht, gleichberechtigt an öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken. Gemeint ist auch die aktive Beteiligung an behindertenpolitischer Arbeit in Verbänden und Parteien. Gemäss Artikel 4 haben die Vertragsstaaten Behindertenorganisationen aktiv in den Umsetzungsprozess der UN-BRK einzubinden. Damit ist die Forderung der Behindertenbewegung «Nichts über uns ohne uns» zur menschenrechtlichen Verfahrensnorm geworden (vgl. Welti, 2016, 446). Behindertenbeauftragte, Behindertenanwälte und Behindertenbeiräte können auf nationaler Ebene als Instrumente der Beteiligung wirksam sein. Dies nicht, um Behindertenverbände zu ersetzen, sondern um die Konsultation zu organisieren.

Problemfelder der Übersetzung des Vertragstextes der UN-BRK

Seit der Grundlegung des Vertragstextes im Jahr 2001 waren insgesamt 192 UN-Mitgliedsstaaten am Entstehungsprozess beteiligt, bis die Generalversammlung der Vereinten Nationen sie am 13. Dezember 2006 in New York beschloss. Der Konventionstext wurde in sechs offiziell anerkannten Amtssprachen verfasst (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch). Seit 2007 liegt für den deutschsprachigen Raum (Deutschland, Liechtenstein, Österreich, Schweiz) eine amtliche Übersetzung vor, die jedoch keine völkerrechtliche Verbindlichkeit besitzt. Leider wurde die Übersetzung des Vertragstextes ins Deutsche ohne Expertinnen und Experten aus Behindertenverbänden vollzogen, was – so Wehrli (2016) – zu Falschübersetzungen führte:

So wurden verschiedene Begriffe, die in der englischen Originalfassung einen klaren Bezug zur Geschichte der Emanzipation der Behinderten haben, falsch übersetzt. *Inclusion* muss aus diesem Grund mit *Inklusion* (statt mit *Integration*), *Independent living* mit *selbstbestimmt leben* (nicht *autonom leben*) und *assistance* mit *Assistenz* anstelle von *Hilfe* übersetzt werden. (Wehrli, 2016, 104)

Zur Problematik der Übersetzung in Bezug auf die Begriffe *inclusion*, *assistance* und *independent living* siehe Tabelle 2.

Behindertenverbände und Fachwelt erhoben in hohem Masse Protest gegen diese ungenaue Übersetzung, die aus ihrer Sicht das Veränderungspotenzial der Konvention in Gefahr bringe (vgl. Bielefeldt, 2012, 158). Die Kritik bezieht sich insbesondere auf die Übersetzung von *Inclusion* mit *Integration*. Mit Sicherheit ist der Unterschied zwischen Integration und Inklusion nicht leicht zu definieren, da bereits mit dem etablierten Begriff der Integration ganz unterschiedliche Definitionen verbunden werden. Es ist jedoch festzuhalten, dass die Konvention mit dem Leitbegriff der Inklusion weit über die herkömmliche Integrationspolitik in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen hinausweist. Integrationspolitik geht davon aus, dass Menschen mit Behinderungen in die bestehende Gesellschaft integriert werden. Inklusion aber erfordert, dass bestehende gesellschaftliche Verhältnisse, die exkludieren, zu überwinden sind, damit gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen möglich wird. Gegenwärtig wird der Inklusionsanspruch sehr intensiv im Kontext von Bildung und Schule diskutiert. Andere Lebensbereiche und Lebensspannen sollten jedoch nicht vernachlässigt werden. Gerade aus der Perspektive der Behindertenverbände ist aber auch zu betonen, dass *independent living* mit «selbstbestimmt leben» zu übersetzen und nicht mit «unabhängiger Lebensführung» zu bezeichnen ist, denn das Recht auf Selbstbestimmung wird

**Tabelle 2: Problematische Übersetzungen an den Beispielen
*inclusion, assistance und independent living***

Artikel der UN-BRK	Inhaltlicher Kontext	Deutsche Übersetzung	Originaltext (englisch)
Artikel 3	Allgemeine Grundsätze	«Die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft.»	“Full and effective participation and inclusion in society.”
Artikel 4 (h)	Allgemeine Verpflichtungen	«Die Vertragsstaaten verpflichten sich [...] für Menschen mit Behinderungen zugängliche Informationen über Mobilitätshilfen [...], sowie andere Formen von Hilfe, Unterstützungsdiensten und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.»	“States Parties undertake [...] to provide accessible information to persons with disabilities about mobility aids [...], as well as other forms of assistance, support and facilities.”
Artikel 19	Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft	Unabhängige Lebensführung [...] «Die Vertragsstaaten [...] anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben [...]»	Living independently [...] “States Parties [...] recognize the equal right of all persons with disabilities to live in the community, with choices equal to others [...]”.

Quelle: UN-BRK, eigene Darstellung.

von Betroffenen als grundlegend bezeichnet (vgl. Wehrli, 2015, 113), welches sich klar gegen die über mehrere Jahrhunderte übliche institutionelle Aussonderung von Menschen mit Behinderungen wendet. Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist Assistenz (*assistance*) erforderlich, ein Rechtsanspruch, der nicht mit «Hilfe» übersetzt werden kann, denn der Assistenzbegriff steht für den Wandel in der Behindertenpolitik vom Fürsorgeprinzip hin zu einer Partizipations- und Menschenrechtsorientierung.

Staatenberichtsverfahren und Monitoring der UN-BRK

Die Artikel 31 bis 50 des Vertragstextes beziehen sich schliesslich auf Regularien der Implementierung und Überwachung. Wie alle Menschenrechtskonventionen richtet sich auch die UN-BRK in erster Linie an den Nationalstaat, der in mehrfacher Hinsicht als Garant des Rechts in die Pflicht genommen wird. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Menschenrechte als Vorgabe staatlichen Handelns zu achten. Des Weiteren sind drohende Rechtsverletzungen durch

Dritte aktiv zu verhindern und Infrastrukturmassnahmen zu schaffen, damit Menschen mit Behinderungen ihre Rechte auch wahrnehmen können (vgl. Bielefeldt, 2012, 163). Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, sowohl *Focal Points* der Koordination als auch eine unabhängige Monitoringstelle einzurichten, um den Umsetzungsprozess durch kritische Expertise begleiten zu lassen. Dies erfolgt, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen im innerstaatlichen Bereich zu schützen und zu fördern.

Darüber hinaus verfügt die UN-BRK über einen internationalen Überwachungsausschuss (UN-Ausschuss), der jährlich in Genf tagt. Die Mitglieder sind Expertinnen und Experten für Menschenrechte und Behindertenpolitik, die häufig auch über eigene Behinderungserfahrungen verfügen.

Implementierung und Überwachung der Konvention werden international über drei Verfahren geprüft. Der Staatenbericht, welcher zunächst zwei Jahre nach Ratifizierung der Konvention und danach alle vier Jahre einzureichen ist, gilt als das wichtigste Instrument. Der Bericht wird in einer öffentlichen Sitzung mit Vertretungen des betreffenden Landes verhandelt und mit Bemerkungen des Ausschusses abgeschlossen. Besondere Bedeutung erhalten die bereits thematisierten Schattenberichte der Organisationen der Zivilgesellschaft. Sie sind eine zentrale Grundlage für den Ausschuss, um die Staatenberichte der Länder zu überprüfen.

Einzelbeschwerden von Menschenrechtsverletzungen werden über das Fakultativprotokoll geregelt und nur mit den Vertragsstaaten geführt, die das Fakultativprotokoll ratifiziert haben. Für Individualbeschwerden bestehen jedoch hohe Hürden, da Betroffene zunächst den innerstaatlichen Rechtsweg ausschöpfen müssen, bevor sie sich an den UN-Ausschuss wenden können. Von einem Individualbeschwerdeverfahren berichtet Degener (2015, 68), in dem der Ausschuss entschied, dass Staaten ihre Pflichten zur Herstellung von Barrierefreiheit verletzen, wenn sie zulassen, dass private Banken ihre Automaten nicht mit Braillezeichen versehen. Als Konsequenz, so die Argumentationslinie des Ausschusses, entstehe für blinde Kundinnen und Kunden kein gleichberechtigter Zugang zur Umwelt. Das Fakultativprotokoll regelt auch ein Untersuchungsverfahren, wenn in einem Vertragsstaat schwerwiegende oder systematische Menschenrechtsverletzungen vorliegen.

Neben den bereits skizzierten Verfahren verfügt der UN-Ausschuss über zwei weitere Instrumente, die der internationalen Überwachung der Umsetzung der UN-BRK dienen. Zum einen erlässt der Ausschuss *Allgemeine Kommentare* zu Inhalt und Interpretation der UN-BRK. Zum anderen werden Stellungnahmen zu aktuellen Menschenrechtsthemen gegeben. So hat sich der Ausschuss klar zum Syrienkonflikt positioniert und auf die besondere Verletzbarkeit von Menschen mit Behinderungen in Kriegsgebieten hingewiesen.

Bilanz: Umsetzung der UN-BRK in der Schweiz

Nachdem der Bundesrat die Tragweite der Konvention für die Schweiz wissenschaftlich hat prüfen lassen (vgl. Hess-Klein, 2016, 602) wurde dem Parlament eine Botschaft mit dem Auftrag unterbreitet, diese zu ratifizieren. Im Jahr 2013 wurde der Beitritt sowohl vom National- als auch vom Ständerat ohne Vorbehalt befürwortet. Die Ratifizierung erfolgte jedoch ohne das Fakultativprotokoll, das von vielen europäischen Staaten ebenso unterschrieben worden ist, wie Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, Schweden, Finnland, Griechenland usw.

Nach Inkrafttreten im Jahr 2014 hat sich die Schweiz verpflichtet, 2016 den ersten Staatenbericht vorzulegen. Der erste Staatenbericht ist auf die Evaluation des bestehenden Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) ausgerichtet und zieht eine positive Bilanz. Der Bericht kommt aber auch zu dem Schluss, dass das Fehlen einer Gesamtstrategie der Behindertenpolitik die Umsetzung des BehiG und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hemmt (vgl. Der Bundesrat, 2016, 60). Bei der Erarbeitung weiterer Massnahmenvorschläge soll der Abstimmung der bestehenden Massnahmen von Bund und Kantonen sowie der Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und dem Aufbau eines Monitorings zur Umsetzung des BehiG besondere Beachtung geschenkt werden. Dem Initialbericht wird eine Würdigung durch Inclusion Handicap (Dachverband der Behindertenorganisationen in der Schweiz) beigefügt, in der zunächst die Aufnahme der Stellungnahme in den Staatenbericht wertgeschätzt wird. Die kritische Würdigung hebt zusammenfassend hervor, dass eine *inklusive Schweiz* noch in weiter Ferne liegt. Dies ist trotz teilweise bestehender Rechtsgrundlagen insbesondere auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- › fehlende Erarbeitung einer auf den Zielen und Verpflichtungen der BRK basierenden nationalen Behindertenpolitik,
- › fehlende Anlaufstellen für die Umsetzung der BRK auf kantonaler und kommunaler Ebene,
- › defizitärer Ansatz im Umgang mit Menschen mit Behinderungen,
- › Verletzung der Menschenwürde durch die Verwendung der Begrifflichkeit *invalid* (vgl. Tabelle 1; siehe auch Der Bundesrat, 2016; Würdigung der Umsetzung der BRK durch Inclusion Handicap, 2017, 61; siehe auch Wehrli, 2016).

Ende August 2017 übergibt Inclusion Handicap offiziell den Schattenbericht als Nichtregierungsorganisation an den UN-Ausschuss in Genf. Auch dieser

ausführliche Bericht zieht eine klare Bilanz zum Stand der BRK-Umsetzung in der Schweiz:

Durch die Ratifikation der UNO-Behindertenrechtskonvention hat sich die Schweiz verpflichtet, die volle und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten, insbesondere durch Inklusion, durch Schutz vor Benachteiligung und Diskriminierung sowie durch die Garantie eines angemessenen Lebensstandards. Im Zuge des Ratifizierungsverfahrens vertrat die Bundesregierung die Ansicht, dass die Schweiz die Anforderungen des Übereinkommens bereits erfülle. Dabei hat sie die tiefgreifenden und umfassenden Verpflichtungen der BRK sowie die daraus folgenden Herausforderungen für die Schweiz weitgehend unterschätzt. (Inclusion Handicap, 2017, 8)

Konkret wird die noch vollständig fehlende, kohärente Strategie zur Umsetzung der BRK bemängelt, welche:

- › die Verpflichtungen aus der BRK in einem konkreten Aktionsplan über nachweisbare Ziele operationalisiert und umsetzt,
- › die bestehenden Gesetze überprüft und bei Bedarf korrigiert,
- › die Strukturen für eine konsequente Umsetzung sicherstellt und überprüft (vgl. ausführlich Inclusion Handicap, 2017, 8).

Der Schattenbericht wird mit einem Katalog zentraler Forderungen abgeschlossen, welche wie folgt benannt werden:

- › Es sind dauerhafte Anlaufstellen (*Focal Points*) auf unterschiedlichen Ebenen des Gemeinwesens zu schaffen für alle Angelegenheiten der Umsetzung der UN-BRK.
- › Es sind Koordinationsmechanismen zwischen Bund und Kantonen und unter den Kantonen zu schaffen zur Entwicklung einer Behindertenpolitik in der Schweiz.
- › Es ist eine unabhängige Monitoringstelle zu schaffen, die auf die Überwachung der Umsetzung der UN-BRK ausgerichtet ist und bei einer nationalen Menschenrechtsorganisation angesiedelt wird.

Die Zivilgesellschaft, insbesondere Behindertenorganisationen, sollen in das Monitoringverfahren eingebunden werden. Um die Teilhabe zu ermöglichen, muss Barrierefreiheit sichergestellt werden (vgl. Inclusion Handicap, 2017, 152).

In den kommenden Jahren wird für die Schweiz das Staatenberichtsverfahren erfolgen, welches mit konkreten Empfehlungen des UN-Ausschusses schliesst.

Fazit: Gesellschaftliche Wirklichkeiten und Menschenrechtsanspruch der UN-BRK

Die UN-BRK ist der erste Völkerrechtsvertrag, der eine verbindliche Menschenrechtsquelle für behinderte Menschen geschaffen hat. Die Herausforderung der Umsetzung besteht national, international, weltweit. Mit Blick auf den internationalen Rahmen der UN-BRK und die global gültigen Menschenrechte liegt eine weltgesellschaftliche Betrachtung nahe. Da es aber die souveränen Nationalstaaten sind, die sich als Vertragspartner zur Umsetzung der BRK verpflichten, wird auch die nationale Betrachtung erforderlich sein.

Grundsätzlich hat es berechtigte Gründe, dass die Themen *UN-BRK* und *Inklusion* aktuell national wie international hohe Aufmerksamkeit erfahren, denn die Rechte von Menschen mit Behinderungen werden weltweit sehr häufig missachtet (vgl. Degener, 2009, 162). Wie sieht die Lebenswirklichkeit für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in Ländern des Globalen Südens aus? Während in Europa eine Kontroverse geführt wird, Kinder mit Beeinträchtigungen künftig nicht mehr in Sonderschulen, sondern in Regelschulen zu unterrichten, treffen im UN-Ausschuss immer mehr Hinweise auf Nichtbeschulung behinderter Kinder in Ländern des Globalen Südens ein. In weiten Teilen Afrikas, so berichtet Klaus Lachwitz (2017, 5) in seiner Funktion als Präsident von *Inclusion International*, sind Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen aufgrund fehlender ambulanter Dienste lebenslang auf die Hilfe ihrer Familien angewiesen.

Zurück nach Europa: Auch die ersten Staatenberichte deutschsprachiger Länder, die in Genf im Rahmen der Staatenberichtsverfahren der UN-BRK verhandelt wurden, zeigen, dass gesellschaftliche Wirklichkeit und rechtlicher Anspruch offensichtlich noch weit auseinanderklaffen (vgl. für Deutschland: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2015).

Gegenwärtig ist kaum ein Kongress im deutschen Sprachraum ohne den Verweis auf die UN-BRK und das Thema Inklusion denkbar. Die Diskussionen sind jedoch kontrovers. So wird die Idee der Inklusion vielfach auch als Vision oder als *neue alte Vision* bezeichnet. In diesem Kontext soll der inflationäre Gebrauch des Inklusionsbegriffs nicht unerwähnt bleiben, dem eine klare Absage zu erteilen ist. Nur sehr selten wird in der Fachliteratur zwischen einem pädagogischen und einem systemtheoretischen Inklusionsbegriff unterschieden (vgl. Schmidt und Dworschak, 2011, 271 ff.). Der pädagogische Inklusionsbegriff wird primär durch menschenrechtliche Vereinbarungen und Gesetze begründet. Der systemtheoretische Inklusionsbegriff ist auf die Systemtheorie von Niklas Luhmann (1997) zurückzuführen. Das Begriffspaar Inklusion/Exklusion ist in dieser Theorie das ursprüngliche Herzstück der funktionalen Differenzierung. Luhmanns Hauptinteresse galt der theoretischen Rekonstruk-

tion der logischen Funktionsbedingungen moderner Gesellschaften. Inklusion bezeichnet Luhmann als die Chance der sozialen Berücksichtigung von Personen. Exklusion hingegen liegt dann vor, wenn eine Person keine Teilhabe an den Leistungen hat, die ein bestimmtes Teilsystem seinem Publikum gewährt. Inklusion und Exklusion verweisen wechselseitig aufeinander. Peter Fuchs (2002) beschäftigt sich aus systemtheoretischer Perspektive mit den Grenzen des Inklusionsgebotes. Behinderung, so Fuchs, führt zur Strapazierung sozialer Systeme. Dieser Effekt ist vor allem dann gegeben, wenn die Bedingungen der Möglichkeit von Kommunikation berührt werden. Auf verbalsprachlicher Ebene ist dies beispielsweise der Fall, wenn Beeinträchtigungen des Hörens oder des Sprechens vorliegen, die eine Anpassung in Tempo oder Niveau erforderlich machen. Derartige Kommunikationserschwerisse können bis zu einem gewissen Grad von sozialen Systemen aufgefangen werden, haben jedoch die Tendenz, Exklusion zu erzeugen. Inklusion existiert nur, so lässt sich festhalten, wenn auch Exklusion möglich ist. Eine systemtheoretische Perspektive bietet ein Instrument zur Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge.

Wichtig ist jedoch ein ausgewogener Diskurs, der Menschenrechte, gesellschaftliche Bedingungen und Möglichkeitsräume in seine Reflexion einbezieht. Letztlich vermag Inklusion gesellschaftliche Spannungsfelder nicht aufzulösen, aus kritischen Diskursen ebendieser Spannungsfelder können sich aber Impulse für künftige Entwicklungen ergeben.

Perspektiverweiterung: Internationalisierung und Sonderpädagogik

Der internationalen Zusammenarbeit wird in der UN-BRK ein eigener Artikel gewidmet (Artikel 33). Die Universalität der UN-BRK verweist darauf, eine weltgesellschaftliche Ausrichtung zu fokussieren und den Blick auf das *Gemeinsam-Verbindende* der Länder zu richten. Zudem werden internationale Organisationen einen wachsenden Einfluss auf die Gestaltung internationaler Bildungssysteme nehmen und somit Relevanz für die Sonderpädagogik besitzen.

Internationalisierung und Globalisierung finden in erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Bezügen oft synonym Verwendung (vgl. Gogolin, 2013, 230). Als Entstehungskontexte sind jedoch zu unterscheiden: Der aus der Ökonomie entstandene Terminus der Internationalisierung bezeichnet in diesem Kontext die staatsübergreifende Dezentralisierung von Märkten und Unternehmen. Beweggründe für Unternehmen, die Internationalisierung voranzutreiben, liegen häufig in der Profitmaximierung. Globalisierung hingegen ist im Sprachgebrauch der Kultur- und Sozialwissenschaften zu verankern (einschliesslich der Ökonomie) und umfasst staatsübergreifende politische und

kulturelle Verpflichtungen. Mit dem Begriff der Globalisierung wird auch auf *kulturelle Entgrenzungen* verwiesen. Derartige Prozesse werden beispielsweise durch zunehmende Migration beschleunigt. Weltgesellschaft ist nicht nur als ein Produkt von Globalisierungsprozessen zu sehen. Vielmehr stellt sie eine emergente globale Ordnungsebene dar, die auch selbst ein Faktor von Globalisierungsprozessen sein kann. In der *World-Polity*-Forschung artikuliert sich die Weltgesellschaft als ein kleiner, einflussreicher Teil der sozialen Welt, eine globale Ordnungsebene, in die Staaten, Organisationen und Individuen eingebettet sind (vgl. Werron, 2012, 106 f.). Zum ausführlichen Diskurs über Weltgesellschaftstheorien, der in der Soziologie in den 1970er-Jahren begann und von Niklas Luhmann, Peter Heintz und John Meyer geführt wurde, sei auf Jens Greve und Bettina Heintz (2005) verwiesen. Die zentrale Bedeutung einer weltgesellschaftlichen Perspektive ist darin zu suchen, ein Verständnis für das Zusammenleben im Kontext von Behinderung zu schaffen, das über nationale Grenzen hinausgeht und sowohl Gegenwart als auch Historie als Einflussgrösse unseres Denkens zu reflektieren vermag.

Internationale Betrachtungen zur Heil- und Sonderpädagogik haben bereits Tradition. Alois Bürli (2006) legt eine sehr differenzierte Systematik und Analyse der entsprechenden Forschungsliteratur vor. Ein erster Akzent der Forschung, so Bürli, lasse sich als international deskriptiv charakterisieren. Zentral sei die Deskription nationaler oder länderübergreifender Merkmale. Zur nächsten Akzentuierung bestehe ein fließender Übergang. Für international-komparative Betrachtungen sei die Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden verschiedener Länder unter heil- und sonderpädagogischen Gesichtspunkten leitend. International-normative Studien hingegen seien auf die Erarbeitung von Empfehlungen, Richtlinien und Deklarationen ausgerichtet. Beispielhaft können hier Deklarationen internationaler Organisationen genannt werden. International-komparative Heil- und Sonderpädagogik rücke schliesslich die internationale Zusammenarbeit in das Zentrum der Betrachtung, wie von der UN-BRK beabsichtigt (vgl. ausführlich Bürli, 2006, 28 ff.).

Ausblick: Bewusstseinsbildung für gesellschaftlichen Wandel

Die menschenrechtliche und behindertenpolitische Bedeutung der UN-BRK kann schwerlich überschätzt werden oder in den Worten von Dalai Lama:

Die Frage der Menschenrechte ist so wichtig, dass es bezüglich ihrer Gültigkeit keine Meinungsverschiedenheiten geben kann. (Dalai Lama)

Abschliessend soll daher nochmals ein Artikel hervorgehoben werden, der die erforderliche Bewusstseinsbildung klar benennt (Artikel 8). Hier werden die Vertragsstaaten dazu angehalten, wirksame politische Konzepte zu entwickeln, um ein Bewusstsein für Menschen zu schärfen, die mit Behinderungserfahrungen leben. Konkret geht es darum, Unkenntnis, Fehlvorstellungen und Vorurteile abzubauen, die als einstellungsbedingte Barrieren ein wesentliches Entstehungsmerkmal gesellschaftlich bedingter Behinderungsphänomene sind. Des Weiteren ist die aus diesem Artikel resultierende Verpflichtung an die Vertragsstaaten, aber auch an die Adresse von Menschen mit Behinderungen selbst gerichtet. Letztere sind über ihre Rechte aus der Konvention zu informieren. Daraus ergibt sich der Auftrag, Menschen mit Behinderungen zu befähigen, ihre Rechte wahrnehmen zu können.

Von besonderer Relevanz sind mit Sicherheit auch ganz konkrete Implementierungshilfen, von denen beispielhaft der kommunale Index für Inklusion (vgl. Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, 2011) genannt werden soll. Bedeutsam ist die Unterteilung in inklusive Strukturen, inklusive Praktiken und inklusive Kulturen. Es gilt, Inklusion auf allen drei Ebenen anzustossen. Inklusive Strukturen zu schaffen, bedeutet für die entsprechenden Entscheidungstragenden, Voraussetzungen zu schaffen, die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen. Mit inklusiven Praktiken ist in erster Linie die benötigte Umsetzung gemeint. Neben inklusiven Strukturen bedarf es deshalb entsprechender Systeme, die Menschen dort unterstützen, wo sie leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Mit der Einführung von Assistenzbeiträgen beziehungsweise dem persönlichen Budget ist hier ein Anfang gemacht worden. In der Schweiz ist es ab dem 1. Januar 2012 für Menschen mit Behinderungen möglich, einen Assistenzbeitrag zu beziehen. Als Leistung der Invalidenversicherung verfolgt dieses Angebot das Ziel, Menschen mit Assistenzbedarf ein selbstbestimmtes Leben ausserhalb einer Institution zu ermöglichen. Die Analyse der Gelingensbedingungen zur Implementierung des Assistenzbeitrags ist jedoch noch als weitgehendes Forschungsdesiderat zu bezeichnen. Hierbei ist insbesondere die Perspektive von Menschen mit Beeinträchtigung in den Fokus der wissenschaftlichen Betrachtung zu rücken. Die dritte Ebene der inklusiven Kulturen verweist wiederum auf die Ebene der Akzeptanz und Anerkennung. Andreas Hinz (2015, 110 ff.) dokumentierte Projekte und Erfahrungen mit dem Index für Inklusion:

Im Kanton Luzern wurde der Index für Inklusion ein zentrales Element eines Weiterbildungsstudiengangs, der darauf ausgerichtet ist, die Kompetenz im Umgang mit Heterogenität in der allgemeinen Schule zu erhöhen.

- › In Südtirol ist ein Forschungsprojekt der Universität Bozen auf Qualität der Bildungsinstitutionen ausgerichtet, wobei der Index für Inklusion eine zentrale Rolle spielt.
- › Im Raum Köln/Bonn werden Schulen aller Schulformen durch eine zweijährige Moderation darin unterstützt, ihre inklusive Perspektive zu schärfen und weiterzuführen.

Die UN-BRK liefert wichtige Impulse für einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen. Die Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen aus der Perspektive beeinträchtigter Menschen trägt enormes Innovationspotential für gesellschaftliche Veränderungen in sich. Dies bedeutet jedoch, menschliche Vielfalt im Rahmen eines veränderten Wertespektrums der Normalität als gleichwertig anzuerkennen.

Damit die Interessen beeinträchtigter Menschen in den erforderlichen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen Berücksichtigung finden, ist deren aktive Mitwirkung unverzichtbar. Der aktuelle Inklusionsdiskurs bietet eine Reflexionsfolie für Gesellschaft und Wissenschaft, denn nur Menschen mit Behinderungserfahrungen sind Expertinnen und Experten ihres Wissens. So ist ein Forschungsstil naheliegend, der das Einbezogensein von betroffenen Akteuren impliziert, wie bereits einführend an einem beispielhaften Forschungsprojekt skizziert wurde. Der Forschungsstil ist dazu geeignet, der Forderung nach Inklusion auch in der Forschung zu entsprechen. Allerdings ist der Partizipativen Forschung in der Sonder- und Heilpädagogik noch weit mehr Beachtung zu wünschen. Bei Forschungen zu Inklusion und Teilhabe sollte es künftig zum wissenschaftlichen Standard gehören, den Forschungsprozess partizipativ zu gestalten (vgl. Hedderich et al., 2016, 10).

Die UN-BRK gilt mit Recht als aktuelles sehr bedeutsames Menschenrechtsdokument. Wie keine andere Menschenrechtsquelle zuvor prägt sie den öffentlichen und fachlichen Diskurs.

Die Zielperspektive der Schaffung inklusiver Gesellschaftsstrukturen mit gleichberechtigter Teilhabe an allen Lebensbereichen führt Menschen mit Behinderungserfahrungen heraus aus ihrer über Jahrzehnte erfahrenen Rolle, Fürsorge empfangen zu haben, hin zur Wahrnehmung politischer Rechte. Die universalistische Normstruktur der UN-BRK muss immer wieder neu erarbeitet werden (vgl. Bielefeldt, 2012, 165). Dies wird nicht nur eine einmalige Kraftanstrengung sein. Doch in den Worten von Nelson Mandela, scheint etwas immer «unmöglich zu sein, bis es getan wird».

Literatur

- Atkinson, Dorothy und Jan Walmsley (1999). Using Autobiographical Approaches with People with Learning Difficulties. *Disability & Society*, 14(2): 203–216.
- Bergold, Jarg und Stefan Thomas (2012). Partizipative Forschungsmethoden. Ein methodischer Ansatz in Bewegung. *Forum qualitativer Sozialforschung*, 13(1): 1–21.
- Bergold, Jarg und Stefan Thomas (2010). Partizipative Forschung. In: Mey, Günter und Katja Mruck (Hrsg.). *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, 333–344.
- Bielefeldt, Heiner (2012). Inklusion als Menschenrechtsprinzip: Perspektiven der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Moser, Vera und Detlef Horster (Hrsg.). *Ethik der Behindertenpädagogik. Menschenrechte, Menschenwürde, Behinderung. Eine Grundlegung*. Stuttgart: Kohlhammer, 149–166.
- Bürli, Alois (2006). Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik zwischen Naivität, Objektivismus und Skeptizismus. In: Albrecht, Friedrich, Alois Bürli und Andrea Erdélyi (Hrsg.). *Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik. Aktuelle Diskussionen, Ergebnisse und Herausforderungen*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 25–46.
- Bundesrat (2016). Erster Bericht der Schweizer Regierung über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-62435.html> (Zugriff: 22.01.2018).
- Degener, Theresia (2015). Die UN-Behindertenrechtskonvention – Ein neues Verständnis von Behinderung. In: Degener, Theresia und Elke Diehl (Hrsg.). *Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 55–74.
- Degener, Theresia (2009). Menschenrechte und Behinderung. In: Dederich, Markus und Wolfgang Jantzen (Hrsg.). *Behinderung und Anerkennung*. Stuttgart: Kohlhammer, 160–196.
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2015). Abschliessende Bemerkungen über den 1. Staatenbericht Deutschlands. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/UN-Dokumente/CRPD_Abschliessende_Bemerkungen_ueber_den_ersten_Staatenbericht_Deutschlands_ENTWURF.pdf (Zugriff: 22.01.2018).
- Fuchs, Peter (2002). Behinderung und soziale Systeme. Anmerkungen zu einem schier unlösbaren Problem. *Das gepfefferte Ferkel. Online-Journal für systemisches Denken und Handeln*. Aachen: Institut für Beratung und

- Supervision. https://www.ibs-networld.de/Ferkel/Archiv/fuchs-p-02-05_behinderungen.html (Zugriff: 24.01.2018).
- Göbel, Susanne (2015). Leichte Sprache öffnet Türen – Menschen mit Lernschwierigkeiten im Interview. In: Degener, Theresia und Elke Diehl (Hrsg.). *Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 327–333.
- Gogolin, Ingrid (2013). Das aktuelle Thema: Internationalisierung, Globalisierung. *Sonderpädagogische Förderung heute*, 58(3): 230.
- Greve, Jens und Bettina Heintz (2005). Die «Entdeckung» der Weltgesellschaft. Entstehung und Grenzen der Weltgesellschaftstheorie. *Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft «Weltgesellschaft»*: 89–119.
- Hedderich, Ingeborg (2016a). Teilhabe und Vielfalt: Herausforderungen einer Weltgesellschaft – Eine Einführung im Kontext der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Hedderich, Ingeborg und Raphael Zahnd (Hrsg.). *Teilhabe und Vielfalt: Herausforderungen einer Weltgesellschaft. Beiträge zur internationalen Heil- und Sonderpädagogik*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 17–29.
- Hedderich, Ingeborg (2016b). Migration. In: Hedderich, Ingeborg, Gottfried Biewer, Judith Hollenweger und Reinhard Markowetz (Hrsg.). *Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 412–416.
- Hedderich, Ingeborg (2007). Körperbehinderung. In: Greving, Heinrich (Hrsg.). *Kompendium der Heilpädagogik*, Bd. 2. Troisdorf: Bildungsverlag EINS, 76–85.
- Hedderich, Ingeborg, Barbara Egloff und Raphael Zahnd (2015). *Biografie, Partizipation, Behinderung. Theoretische Grundlagen und eine partizipative Forschungsstudie*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Hedderich, Ingeborg, Erich Otto Graf, Monika Reisel, Jeanne Reppin und Raphael Zahnd (2016). Partizipative Forschung – Inklusion als Lernprozess. *Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik*, 22(2): 6–12.
- Heiden, Hans-Günter (2015). Zeittafel: Stationen der Menschenrechts- und Behindertenpolitik. In: Degener, Theresia und Elke Diehl (Hrsg.). *Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 442–454.
- Hess-Klein, Caroline (2016). Inklusion und Umsetzung der UNO-BRK. In: Hedderich, Ingeborg, Gottfried Biewer, Judith Hollenweger und Reinhard Markowetz (Hrsg.). *Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 601–607.
- Hinz, Andreas (2015). Inklusion – Ansatz für einen veränderten Umgang mit Heterogenität. In: Fischer, Christian, Marcel Verber, Christian Ontrup und

- Rafael Buschmann (Hrsg.). *Umgang mit Vielfalt. Aufgaben und Herausforderungen für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung*. Münster, New York: Waxmann, 101–118.
- Honneth, Axel (1997). Anerkennung und moralische Verpflichtung. *Zeitschrift für philosophische Forschung*, 51(1): 25–41.
- Inclusion Handicap (2017). Schattenbericht. Bericht der Zivilgesellschaft anlässlich des ersten Staatenberichtsverfahrens vor dem UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Bern.
- Lachwitz, Klaus (2017). Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Agenda 2030 auf die Lebensbedingungen von Menschen mit einer geistigen Behinderung in den Ländern des Globalen Südens. *Behinderung und internationale Entwicklung*, 1: 4–7.
- Lachwitz, Klaus (2015). Exkurs: Das globale Zusammenwirken der Weltverbände von Menschen mit Behinderungen. In: Degener, Theresia und Elke Diehl (Hrsg.). *Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 377–381.
- Lewin, Kurt (1946). Action research and minority problems. In: Weiss Levin, Gertrud (Hrsg.). *Resolving social conflicts. Selected papers on group dynamics*. New York: Harper & Row, 201–216.
- Luhmann, Niklas (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft (Hrsg.) (2011). *Inklusion vor Ort. Der kommunale Index für Inklusion – Ein Praxishandbuch*. Berlin.
- Mürner, Christian und Udo Sierck (2015). Der lange Weg zur Selbstbestimmung. Ein historischer Abriss. In: Degener, Theresia und Elke Diehl (Hrsg.). *Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 25–37.
- Schmidt, Matthias und Wolfgang Dworschak (2011). Inklusion und Teilhabe. Gleichbedeutende oder unterschiedliche Leitbegriffe in der Sonder- und Heilpädagogik? *Zeitschrift für Heilpädagogik*, 17(7): 269–280.
- Schuntermann, Michael (2007). *Einführung in die ICF. Grundkurs, Übungen, offene Fragen*, 2. überarb. Auflage. Landsberg: ecomed Medizin.
- Shakespeare, Tom und Nicholas Watson (2002). The social model of disability: an outdated ideology? *Research in Social Science and Disability*, 2(1): 9–28.
- United Nations (2006). Convention on the Rights of Persons with Disabilities and its Optional Protocol. <https://www.un.org/development/desa/disabilities/resources/general-assembly/convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities-ares61106.html> (Zugriff: 22.01.2018).

- Waldschmidt, Anne (2007). Disability Studies. In: Greving, Heinrich (Hrsg.). *Kompendium der Heilpädagogik*, Bd. 1. Troisdorf: Bildungsverlag EINS, 16–168.
- Walgenbach, Katharina (2014). *Heterogenität – Intersektionalität – Diversity in der Erziehungswissenschaft*. Opladen: Barbara Budrich.
- Wehrli, Peter (2016). UNO-Konvention: Hier muss die Schweiz nachbessern. In: Hedderich, Ingeborg und Raphael Zahnd (Hrsg.). *Teilhabe und Vielfalt: Herausforderungen einer Weltgesellschaft. Beiträge zur internationalen Heil- und Sonderpädagogik*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 104–120.
- Weigt, Gabriele (2015). Inklusive Strategien und internationale Zusammenarbeit. In: Degener, Theresia und Elke Diehl (Hrsg.). *Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 365–376.
- Welti, Felix (2016). Staatsbürgerliches Leben. In: Hedderich, Ingeborg, Gottfried Biewer, Judith Hollenweger und Reinhard Markowetz (Hrsg.). *Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 442–447.
- Werron, Tobias (2012). Schlüsselprobleme der Globalisierungs- und Weltgesellschaftstheorie. *Soziologische Revue*, 35(2): 99–118.
- WHO/The World Bank (2011). World Report on Disability. Malta.
- Zahnd, Raphael und Lea Fadenlauf (2016). «Integration für Leute, die schwächer sind, wäre mein Ziel». *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete (VHN)*, 85(1): 71–75.

Maude Vonlanthen

Maude Vonlanthen wurde 1980 geboren. Sie lebt mit ihrer Familie in Praroman und besucht das Atelier CREAHM seit 1998 an zwei Tagen pro Woche.

Die Künstlerin bevorzugt das Arbeiten mit dem Pinsel, in oft eindrücklichen Formaten auf Papier oder Leinwand. Ausgehend von feinen mit dem Bleistift gezeichneten Gittern, schafft sie harmonische Mosaik und fragmentierte Kompositionen. Im Zentrum findet sich manchmal ein Element ihres persönlichen Wortschatzes.

Eine reiche Farbpalette, mit grösster Aufmerksamkeit und viel Freude ausgewählt, gibt jedem Werk eine besondere Note von Frische.

Tätiges Leben und Teilhabe – Beteiligungschancen am Erwerbsleben

Elisabeth Wacker

Einleitung: Anders, abgewiesen, abhängig oder dabei sein

Teilhabe ist kein Selbstläufer. Sie steht auch im Erwerbsleben in Spannung zwischen der Wahrnehmung gegebener Kompetenzen, der Aufforderung zur Diversitätsoffenheit und definierter Behinderung entsprechend den jeweiligen Graden der Beeinträchtigungen, der gegebenen Abhängigkeit und des Angewiesen-Seins auf Anerkennung. Teilhabe ist zudem ein brisantes politisches Aktionsfeld, das von Wissenschaft und Fachleuten aus der Praxis noch besser erschlossen werden muss. Wegweisend ist dabei die Achtung vor der Würde der Menschen, aber ebenso vor deren Selbstbestimmung, Vielfalt und Potenzialen. In einer Art Standortbestimmung werden im Folgenden drei Koordinaten besonders hervorgehoben:

Es geht *erstens* um generelle und individuelle Teilhabeansprüche und die Grundsatzfrage, ob und wie diese teilbar sind, beziehungsweise nach welchen Verschiedenheitsmerkmalen sie zum Tragen kommen. Hier soll eine Debatte zur Reichweite des Teilhabebegriffs angeregt werden. *Zweitens* stellt sich die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen Autonomieansprüchen und Angewiesen-Sein auf Unterstützung und Annahme durch andere. Schliesslich kommen *drittens* am Beispiel des Erwerbslebens Beteiligungschancen zur Sprache, in ihren verschiedenen teilhabebezogenen Ausprägungen. Auch hier sind keine einfachen Aussagen angemessen, denn es geht um wahrscheinliche Überschneidungen von Diversitätsdimensionen (Intersektionalität), um die Risiken der Abgrenzungen als Ausnahme (Privilegierung) sowie zugleich um Emanzipation und Prävention von andauernder Abhängigkeit.

Lösungen sind noch zu finden. Bisher zeigt sich in Wissenschaft und Praxis eine Gemengelage mit präventivem Potenzial, aus der man Erkenntnisse ableiten kann. Zukünftig könnten somit Benachteiligungen im Erwerbsleben, die Menschen in ihrer Selbstbestimmung und Teilhabe schwächen, durch bedarfsgenaue Unterstützung auf personaler Ebene und durch Veränderung von (hinderlichen) Umgebungsfaktoren besser vermieden oder verringert werden. Hier ist die Teilhabeforschung aber auch in der weiteren Bringschuld (Brütt et al., 2016). Was man aktuell weiss und denkt über die Chancen der Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen ist widersprüch-

lich. Das gilt auch im Licht der vergangenen zehn Jahre unter der Massgabe der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN, 2006) – und trotz ihrer grossen Bedeutung und Reichweite. Einerseits sollen *Anderere* im Alltag immer selbstverständlicher und somit das Ziel der Diversitätsakzeptanz und -kompetenz verfolgt werden, andererseits wird Behinderung weiterhin als soziales Problem beziehungsweise als eine Form beschädigter Existenz und negativer Abweichung definiert.

Teilhabe ist also kein Selbstläufer und nur scheinbar selbstverständlich, obwohl in aller Munde. Zwischen Akzeptanz der *Anderen*, Achtsamkeit im Umgang mit ihnen und vorhandenen Ausschlussrisiken sind Gratwanderungen gang und gäbe.

Anspruch auf Teilhabe – *eine* Teilhabe für *alle*

Teilhabe, Tätiges Leben und Beteiligungschancen sollen zunächst weniger über konkrete Forderungen der UN-BRK und gesetzliche Vorgaben markiert und analysiert werden. Vielmehr geht es um Tastversuche in Richtung einer grundlegenden Standortbestimmung. Hier lohnt es sich nachzudenken, wie es zu Teilhabeansprüchen kommt, für wen sie bestehen, und ob sie für verschiedene Bevölkerungsgruppen oder nach Verschiedenheitsmerkmalen teilbar sind.

Aus Wissenschaftsperspektive finden sich hierzu lebhaftere theoretische Diskurse. Drei Zugänge zur bis heute offenen und strittigen Teilhabefrage sind zur Systematisierung denkbar:

Human-Rights-Ansatz (HR 1): *Theorien zur Inklusion und Exklusion* dienen als Leitplanken, um eine funktional differenzierte Gesellschaft zu markieren (Luhmann, 1997) und Analyseraster sozialer Differenzierungen und Ungleichheiten zu bieten (Nassehi, 2008; Stichweh, 2009). Auf dieser Basis werden Rechte auf gleichen Zugang sogenannten Ungleichen oder Anderen zur Gesellschaft als soziale Gerechtigkeit gefordert.

Human-Relationship-Ansatz (HR 2): *Vorstellungen von wechselseitiger Bezo-genheit und der sozialen Verfasstheit der Menschen* werden eingesetzt, um eine inklusive Gesellschaft zu propagieren. Das soziale Wesen des Menschen führt zu Einbindungs- und Teilhabewünschen *aller*, bei anscheinend zugleich wachsenden gesellschaftlichen Fliehkräften. Wünsche nach Inklusion sind zugleich mit Normalitätserwartungen und einer intendierten Einbettung in die Gemeinschaft verbunden. Erfüllter Einklang soll zu tragfähigen, stabilen sozialen Beziehungen führen (Kastl, 2017). Zusammenhalt und wechselseitige Bindung sollen zudem über geteilte Normen und Werte gelingen und die unbe-

hinderte Aufnahme in gesellschaftliche Teil- und Subsysteme ermöglichen. Das Ziel liegt in einer Homogenität der Gemeinschaft aus Verschiedenen.

Human-Ressource-Ansatz (HR 3): Reflexionen zur Teilhabe als pragmatisches Konstrukt bieten aus ressourcenorientierter Perspektive Eingebundenheit, Miteinander, Mitbestimmung als Kraftquellen an und bedenken Strategien ihrer Nutzung vor allem in Organisationen. Managementforschung gilt hierzu als politische Arena. Insbesondere wird ausgedrückt, wie einzelne Personen angesichts ihrer Verschiedenheit teilhaben können und sollen. Es wird anerkannt, dass sich Menschen unter Teilhabebedingungen entwickeln, indem sie sich selbst vertrauen und Ressourcen für sich nutzen können, wenn sie Anerkennung erfahren und passgenau Raum und Chancen für ihre selbstbestimmte Entfaltung erhalten. Es wird angenommen, dass die Gesellschaft solche Humanressourcen zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch benötigt. Diese Kräfte lassen sich aufbauen und zur Gemeinschaftstauglichkeit formen. Damit ist Teilhabe ein prozesshaftes Geschehen mit Zugehörigkeitsversprechen (*belonging*), jenseits der schlichten Zuweisung gesellschaftlicher Positionen (Wacker, 2015, 35). Und Teilhabe erscheint definitiv auch als ein wirtschaftliches und politisches Feld. Chancengleichheit wird intendiert. Hierfür geeignete Verfahren werden begrifflich häufig als partizipativ beschrieben.

Teilhabe zeigt sich also als ein Konstrukt aus *Human Rights*, *Human Relationships* und *Human Resources* – und insofern als so vielfältig wie das Leben. Sie soll offen sein für *alle* und ihre Begrenzung ist zugleich Thema von Dauerdebatten. Teilhabegrenzen zu öffnen ist mehrheitlich Programm unter der Massgabe neuer sozialpolitischer Entwicklungen (Wacker, 2015, 50), differenziert nach jeweiligen Anliegen der Stakeholder.

Jenseits solch eher theoretischer Befassungen werden vielfach konkrete Pläne und Aktivitäten zur Teilhabeförderung und -bemessung erarbeitet. Mit Versprechen wie «Wir schaffen das», Forderungen wie «Wir wollen das» oder spielerisch zum Beispiel mit Teilhabe-Kisten¹, wird versucht, Zukunft zu planen (Gromann und Brückner, 2014). Auch wenn die Qualität solcher Teilhabepolitiken teilweise zu wünschen übrig lässt, so manifestieren sie diese doch. Zumindest zeigt sich ein begrüßenswerter Trend, nämlich die Personenorientierung oder -zentrierung (siehe dazu auch: <https://www.diefachverbaende.de/files/stellungnahmen/2010-10-01-Thesen-zur-Personenzentrierung.pdf>).

Dabei sind das Konstrukt Teilhabe und die Teilhabeplanung als Konzept noch relativ unbestimmt, hingegen scheinen Teilhabeversprechen Massenware.

1 Aktuell mit 385 Indikatoren, gefördert von der Aktion Mensch; nach der PATH-Methode: Planning Alternative Tomorrows with Hope (O'Brien et al., 2010).

Partizipationsprogramme, Nationale Aktionspläne und ähnliches sind nämlich gesetzlich gefordert und politisch geboten. Sie finden sich auch vielerorts und mit Bezug auf unterschiedliche potenziell teilhabgefährdete Zielgruppen: Heranwachsende, Homosexuelle, Flüchtlinge und Vertriebene, alte Menschen oder vielerlei weiter sozial konstruierte Andere. Trotz dieser Adressatenvielfalt zeichnen sich Gemeinsamkeiten ab, nämlich politische und zivilgesellschaftliche Grenzen der Teilhabe. Zusagen und Aktionsradien sind also limitiert.

Exkurs zu Abgrenzungen und Vorsorge gegen Ausgrenzungen

Ein kleiner Gedankenausflug zur Frage der Abgrenzungen sei hier erlaubt.

Die Bibel erzählt vom Turmbau zu Babel: Demnach sprachen *alle* einst *eine* Sprache. Diese Welt der Einigkeit hätte eine heile Welt sein können. Aber Einigkeit machte nicht etwa stark, sondern übermütig. Man wollte einen Turm bis in den Himmel bauen. Ein simpler Trick bremste die Menschheit, der Turmbau scheiterte an der Vielfalt der Sprachen im Arbeitsalltag. Man begann sich zu differenzieren, zu binnendifferenzieren und zu individualisieren. Die Menschheit rückte auf Mikro-, Meso- und Makro-Ebene auseinander und verbreitete sich über die ganze Erde. Das war die Lösung, nach dem Verlust der Teilhabe *aller*. Zukünftig schlossen sich nur gleichsprachige Gruppen zusammen und bauten eigene Gemeinschaften auf, exklusiv für die jeweils passend Kundigen.

Analog zu dieser biblischen Erzählung scheint die Ausrichtung auf Inklusion (Einschluss, Geschlossenheit bzw. Dazugehörigkeit) *aller* für die Menschheit kein einfach zu meisternder Weg, wovon auch die Trends zu *verschiedenen* gesellschaftlichen Gruppierungen Zeugnis ablegen. Die Vision einer generellen Inklusivität müsste daher zuerst im Hinblick auf ihre Tauglichkeit für Teilhabeanliegen analysiert werden. Das sollte mit sozialwissenschaftlichen Konzepten nicht allzu schwer sein, wenn man von vielfachen Teil-Inklusionen ausgeht. Die Teilhabeforschung als Wissenschaft mit Gesellschaftsbezug könnte sich hier auch helfend einbringen, indem sie teilhaberelevante Daten, Fakten, Konzepte, Methoden, Versuchsanordnungen sowie Strategien ebenso reflektiert und analysiert, und zwar auf drei Ebenen:

- › einer Gesellschaftsebene, die Teilhabe fordert,
- › einer Prozessebene, die Teilhabe ermöglichen soll sowie
- › der Ebene von Individuen, die Teilhabe leben wollen und sollen.

Teilhabe erscheint somit zunächst als Utopie – als ein Nicht-Ort, etwas, was nicht da ist, weswegen man daran auch nicht *einfach teilhaben* kann. Teilhabe ist aber zugleich nicht Nichts, sondern eine Vision, also die Vorstellung, Men-

schen zu stärken für und durch Teilhabe. Es geht um das Empowerment, um Gemeinschaft und Zugehörigkeit, die Kräfte freisetzen, und es geht um Werte der Gleichwertigkeit *aller* Menschen. Gleichzeitig sollen Einbeziehung in die Gemeinschaft, soziale Einbindung, ein gelebter Zusammenschluss der Menschen untereinander, in der Zugehörigkeit erfahrbare Lebensqualität und der dort erlebbare Sinn des Daseins gelingen.

Dies sind zunächst abstrakte Ziele, deren Umsetzung aber ernsthafte Anstrengungen und politische Zusagen erfordern (Banafsche, 2013). Es müssen Anliegen wachsen, wie die *Prävention* von Ausgrenzung. Der gewohnte Defizitblick auf bestimmte Menschengruppen (die Alten, die Behinderten, die Frauen) muss systematisch verringert und verhindert werden. Zuschreibungen von Mangel und Unfertigkeit, Beschädigung und Schwäche sind zu ersetzen durch einen Fokus auf Ressourcen und Einbindungsansprüche *aller*. Das wandelt auch traditionelle Fürsorge, die sich nun als Feld professioneller Teilhabetätigkeit bewähren muss, indem sie partizipativ – also unter Beteiligung aller Betroffenen – erforderliche Unterstützungen plant, prüft und realisiert, um individuelle Lebensqualität freizusetzen (von Unger, 2012).

Ziele sind dabei mehr Eigenmächtigkeit und weniger Abhängigkeit behinderter Menschen, die sich als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbringen und ihr Lebenssetting so weit wie ihnen möglich selbst bestimmen.

Unterwegs zur Teilhabe für *alle* – mit Chancendiensten

Die aktuelle Tragfläche der Teilhabefokussierung ist eine *Rechte-Perspektive*, die Menschen mit Lebensschwierigkeiten unabhängig welcher Schwere und Ausprägung ein unveräusserliches Recht auf Partizipation und Autonomie bei der Gestaltung ihres Lebensalltags zuspricht. So soll sich Macht zwischen Assistenzen und Nutzerinnen und Nutzern neu verteilen (Schlebrowski, 2009). Diese Ansprüche einzulösen erfordert von sozialen Diensten eine sensible, selbstreflexive Eingrenzung der eigenen Entscheidungsräume: ein *sharing power*. Dies soll sozialer Gerechtigkeit dienen, unter den gegebenen Strukturen der Ungleichheit, also ungleicher Verteilung materieller Güter, wie verfügbares Einkommen und Vermögen, und immaterieller Lebensgüter, wie Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Einbeziehung in tragende soziale Netzwerke usw.

Fachkräfte sollen *Chancendienste* leisten, sie sollen gegen Ausgrenzung ausserhalb und innerhalb der Gemeinschaften vorsorgen; sie sollen Möglichkeiten aktiv vermitteln, vulnerable Gruppen zur Selbstvertretung anstiften oder, wo nötig, auch den Weg ebnen zur Beteiligung als Bürgerinnen und Bürger. Auch zu sogenannten sozialen Randgruppen Gehörige sollen sich in politische Weichenstellungen einbringen oder einmischen dürfen und kön-

nen, damit Entmündigung und Entmutigung vermieden werden. Aus Fürsorgerinnen und Fürsorgern sollen Dienstleister oder Mentorinnen, Assistenten, Unterstützerinnen, Brückenbauer oder Begleitpersonal werden. Über eine entsprechend passende Mitwelt soll die Lebensqualität behinderter Menschen wachsen und Organisationen der Eingliederungshilfe sollen sich entsprechend als Kraftquellen verstehen und verhalten. Diese Gemengelage hat präventives Potenzial, wenn es gelingt, bedarfsgenaue Unterstützungen mehr und besser verfügbar zu machen. Dabei wird eine solche Prävention ebenso Programm, wie das differenzierte Wissen um jeweilige Fähigkeiten² und das Lernen voneinander.

Teilhabe herstellen und Teilhabe leben ist ein Prozess mit Wechselwirkungsmacht. Und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass es zugleich ein Schlüssel zur Lebensqualität ist. Denn Menschen sind eingebunden in Gemeinschaften, in Verwandtschaften, in Nachbarschaften, in (Aus-)Bildungs- und Arbeitsverhältnisse, in Kommunikationsgruppen mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten. Teilhabe ist also *Human Relationship*, Zugehörigkeit und Zusammenwirken sind von gutem Leben kaum zu trennen. Allerdings ist unklar, wie es gelingen kann, dies *gegenüber* allen und *mit* allen zu leben, und eben nicht einfach nur in nahen, gewachsenen und bekannten Gemeinschaften. Dies ist bedeutsam, aber noch ungelöst. Schon Franklin D. Roosevelt mahnte einst zur Teilhabe als Überlebensmittel und wünschte sich eine *science of human relationships*, eine Gesellschafts- oder Gemeinschaftswissenschaft, heute hätte er vielleicht von Teilhabeforschung gesprochen:

If civilization is to survive, we must cultivate the science of human relationships – the ability of all peoples, of all kinds, to live together, in the same world at peace. (Roosevelt, 1945)

Entsprechend gemeinschaftsbildende Programme sind komplex und haben auch noch viele Webfehler; das weiss, wer mit der Planung und Praxis der wirklichen Beteiligung und Einbeziehung zu tun hat. Der Ansatzpunkt, solche Irritationen zu vermeiden, liegt jedenfalls *vor* dem Ausschluss von der Teilhabe, also genau dort, wo beispielsweise aus Beeinträchtigungen faktisch Benachteiligungen hervorgehen.

Chancendienste zu leisten kann zweifellos auch anstrengen, besonders, wenn sie nicht ins bestehende System passen. Oft werden sie kritisch bewertet,

2 Hier ist mehr Forschung wünschenswert. Im Rahmen einer Fellowship am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München, wird beispielsweise seit dem Jahr 2010 zunächst ein fünfjähriges Forschungsprogramm «Zur Inklusion bei Behinderung: Inclusion & Disability» und in Folge ein weiteres fünfjähriges Forschungsprogramm mit dem Motto «Dis[cover]ability & Indicators for Inclusion» durchgeführt (MPI, 2018, 411 ff.).

wenig geschätzt und kaum entlohnt. Dabei sind im Prinzip seit geraumer Zeit viele Konstruktionsmerkmale für Teilhabeverbesserungen bekannt. Personenorientierung und Empowerment wurden bereits erwähnt (Herriger, 2014; Rappaport, 1981). Es macht aber Sorge und Mühe, wenn alles Engagement an der Klientel abzutropfen scheint. Folgt dann ein Rückzug? Ist ein Strategiewechsel angesagt? Oder sollte kluges Nudging genutzt werden? Können Haltungen der Achtsamkeit und des Zutrauens unter solchen Umständen überleben? Wie lässt sich die Versuchung stellvertretenden Handelns vermeiden? Dies sind beispielsweise Fragen, die sich soziale Dienstleister aktuell stellen, wenn sie über eine Neuausrichtung ihrer Aufgaben nachdenken.

Hilfreiche Strategien kennt die Forschung zum Beispiel aus der Konzeption der Salutogenese (Antonovsky, 1997). Hier wird systematisch beobachtet, *warum* und *wie* Menschen Kraft gewinnen und behalten können. Es geht um Sinn, konkret um den Kohärenzsinn; ein Verständnis, warum man etwas macht, das Gefühl, es sei zu schaffen und die Gewissheit, dies sei sinnvoll. *Kohärenzsinn* macht stark. Er entsteht aus Verstehbarkeit (*comprehensibility*), Handhabbarkeit (*manageability*) und Sinnhaftigkeit (*meaningfulness*). Solchen Prüfgrößen könnten sich zukünftig Teilhabeverfahren, -dienste und -organisationen stellen und dann selbstbewusst eine öffentliche Bühne für selbstbestimmte Mitgestaltung und kraftbringende Organisationsstrukturen betreten. *Empowering organizations* könnten so Teilhabechancen mit gemeinsamer Ergebnisverantwortung entwickeln.

Ohne Zweifel stehen viele Aufgaben an. Passende Lösungen finden sich vermutlich zwischen der wissenschaftlichen Reflexion zur Teilhabe und dem Prüfstand der Praxis. Die kritische *Selbstbesinnung* zur neuen Rolle der Fürsorgeanbieter ist ebenso zu wünschen wie das *Involvement*, die *Eingebundenheit* und das *Engagement* der behinderten Personen.

Auch der Teilhabebegriff selbst steht in Frage, so wie er derzeit bei vielfältigen Anliegen genutzt wird. Die Wissenschaft müht sich mit intersektionaler Methodik darum, Diversitätsdimensionen wie Alter, Geschlecht, Religion, Land oder Stadt, Migrationserfahrung, Bildung etc. einzubeziehen. Dies produziert allerdings Datenberge, die nicht immer einfach zugänglich sind. Leichtfüßiger bewegt man sich gewiss im Flachland der üblichen Praxis. Die Grundsatzfrage bleibt: *Geht* Teilhabe in Form der *Privilegierung* möglicher Teilgruppen oder gibt es nur *eine* Teilhabe für *alle*. Finden sich so Abgrenzungen der Behindertenhilfe gegenüber anderen Hilfesystemen? Kann man diese aufzeigen? Darf sie quasi *Rosinen picken* für ihre Teilgruppen, alleine deren Interessen lautstark einfordern und ihre Lobby ins Feld schicken? Oder muss sie vielmehr eintreten für *alle* Personen mit Teilhaberisiken?

Neue Strategien für ein Tätiges Leben

Man kann auch die andere Seite der Medaille betrachten. Statt der Fragen der Teilbarkeit von Teilhabeansprüchen rücken dann vor allem Praktiken der Selbstbestimmung und Risiken des Angewiesen-Seins in den Blick. Hier finden sich gleichermaßen Fallstricke wie Lösungswege, die unter der Perspektive eines Tätigen Lebens aufgespürt werden können. Folgt man Hannah Arendt, ist Leben *Tätig-Sein* (Arendt, 2006); zum einen als Überlebensmittel, weil der Alltag gestaltet und bewältigt werden muss, zum anderen als *Lebensmittel*, nämlich zum Beispiel als Quelle für Einkommen, Prestige, Macht, Identität, Selbstwertgefühl und soziale Kontakte.

Zugespitzt trennen sich die Zugänge in verordnete Tätigkeit oder gewünschte Tätigkeit, in der eigene Potenziale genutzt und entwickelt werden können. Hier werden entscheidende Vorgaben zum Beispiel im Politikfeld gestaltet, auf die Einzelne dann verwiesen sind. Diese Handlungsräume sind abhängig von einer Wertegemeinschaft beziehungsweise gesellschaftlichen Verortungen, also von der Position, die Menschen in einer Gesellschaft möglich wird oder die sie über einen eingeschlagenen Bildungsweg erreichen können. Dabei können sowohl Autonomie als auch Angewiesenheit entstehen beziehungsweise im Zusammenhang mit dem Tätig-Sein verstärkt werden.

Entsprechende Politiken für Menschen mit unterschiedlichen Lebensschwierigkeiten können verschiedene Ziele und Modelle verfolgen. Am Beispiel der Menschen mit Beeinträchtigungen sind drei Hauptrichtungen festzustellen:

Geht es um *Kompensation*, werden kaum Teilhabeziele erreicht; vielmehr soll eine Leistungsstörung (zum Beispiel bei Funktionseinschränkungen) ausgeglichen werden, Risiken sind daher mangelnde Einbindung, Segregation und drohende Armut bei Unterversorgung.

Bei der *Rehabilitation* wird der Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit durch Rehabilitationsmassnahmen verhindert oder gemildert sowie durch Schutzrechte kontrolliert, allerdings um den Preis der Stigmatisierung, weil ein Sonderstatus anerkannt werden muss. Risiken einer Fehlversorgung bestehen, wenn beispielsweise in den Werkstätten für behinderte Menschen Leistungsträgerinnen beziehungsweise -träger dort verbleiben, weil ihre Produktivität benötigt wird.

Bei der *Partizipation* schliesslich wird eine inklusive Gesellschaft als Modell angenommen. Dort stehen dann *alle* Menschen unter dem Schutz und der Anforderung der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzgebung. Ob einzelne Gruppen privilegiert werden sollen, ist fraglich. Zugleich wird Zugänglichkeit der Umwelt (zum Beispiel bei der Mobilität, der Baugestaltung und der Kommunikation) gefordert, die über spezifische Anpassungen erreicht

werden kann. Die *Teilhabe* am Erwerbsleben soll bevorzugt im ersten Arbeitsmarkt erfolgen.

In Deutschland lassen sich alle drei Ausrichtungen beobachten. Die Bedeutung von Teilhabezielen wächst derzeit und damit auch die Anliegen und Anstrengungen bezüglich der Einbeziehung im Sinne eines *involvement*. Beeinträchtigte und benachteiligte Personen sollen beteiligt, mitgedacht, eingebunden, eingeschlossen werden. Ihre Mitbestimmung soll Standard sein. Dies sind Ziele, die seit dem Neunten Buch, Sozialgesetzbuch, Rehabilitation und Teilhabe, aus dem Jahr 2001 (SGB IX, 2001) bestehen. Nach bald zwei Jahrzehnten sind allerdings relevante Fragen dieser Gesetzgebung noch immer offen, die Massgaben des SGB IX (Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligung zu vermeiden oder ihr entgegenzuwirken) sind trotz vielfacher Regulierungen und Innovationen zum Abbau von Teilhabebarrrieren nicht zufriedenstellend umgesetzt.

Zugleich werden entsprechende Ziele seit gut einer Dekade über die UN-BRK, die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, menschenrechtlich untermauert. Seit 2016 bekräftigt insbesondere das neue Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, kurz: *Bundesteilhabegesetz* – die Teilhabeanliegen (BGBl I, Nr. 66; 29. Dezember 2016). Ein Realisierungsprozess des Gesetzespakets hat unverzüglich begonnen, der vermutlich – wie bei Paketen nicht auszuschliessen – Überraschungen und Sprengkraft enthalten kann und wird. Kernziele sind jedenfalls, Selbstbestimmung und umfangreichere Teilhabe sicherzustellen. Sachlogisch wurde daher bereits beim Schnüren des Pakets ein umfassender Beteiligungsprozess angestoßen.

Ergebnis ist, dass die Chancen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen durch die Zulassung weiterer Leistungsanbieter und über ein Budget für Arbeit erhöht werden sollen. Es geht um passgenaue Leistungen, um Wirkungsorientierung sowie um den verbesserten Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Auch die Leistungen zur Teilhabe an Bildung sollen verbessert werden und zusätzlich berufliche Weiterbildungen umfassen.

Die auf Fakten gestützte *Bewertung* von reklamierten Teilhabeerfolgen bleibt eine noch offene Aufgabe. Der entsprechende Wissensbedarf ist gross, bei der WHO, in den Gesundheitswissenschaften, bei Teilhabeplanerinnen und -planern und im gesamten Feld der bisherigen Eingliederungshilfen. Nicht an letzter Stelle fordert die Politik Evidenz bei den anstehenden Transformationen und Investitionen. Denn Daten und Fakten sollen der *Treibstoff* sein für weitere Veränderungen. Auch die UN-BRK verfolgt Evidenzanliegen. In Artikel 31 weist sie die Vertragsstaaten an, geeignete Informationen, einschliesslich statistischer Angaben und Forschungsdaten, als Basis für politische Konzepte zur Durchführung des Übereinkommens zu sammeln.

Welche Daten tatsächlich erhoben werden und *wer* sie deutet, wird Veränderung nennenswert beeinflussen. Die deutsche Bundesregierung hat deswegen ihre Berichterstattung erneuert (Wacker, 2016). In zwei Teilhabeberichten (2013 und 2016) wird versucht, eine an Teilhabe orientierte Daten- und Faktenbasis zur Lebenslage von Menschen mit Beeinträchtigungen zu liefern, nach der Systematik der UN-BRK und im Geist der ICF, der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der WHO (2001). Bei der Umsetzung dieser Ziele wurde deutlich, dass die neu konzipierten Berichte damit zu Lückenberichten wurden und es zeigte sich, wie verbesserungsbedürftig die Datenerfassung ist, die bislang auf Zuschreibungen, Massnahmen und Investitionen ausgelegt war. Dies bekräftigte auch ein Wissenschaftlicher Beirat, der die Berichterlegung kritisch begleitete. Er kommentierte den Prozess und die Ergebnisse der Berichterstattung unabhängig und unbeeinflusst von Ressortabstimmungen und politisch getriebenen Prozessen. Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Behinderungserfahrung waren einbezogen.

Zum Tätig-Sein werden dort folgende Aspekte hervorgehoben:

- › Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit bildet einen wesentlichen Faktor für Lebensqualität. Die Teilhabe an der Arbeitsgesellschaft vermittelt Bedeutung, Selbstwert, Sinn und Kommunikation und ermöglicht, den Lebensunterhalt selbstständig zu erwirtschaften. Arbeit kann auch ein Ausgleich sein für den Ausschluss aus anderen Bereichen der Lebensgestaltung.
- › Der Blick auf Erwerbsarbeit soll differenziert erfolgen, so dass Teilhabechancen bezogen auf bestehende Qualifikationen, auf die gewünschte Beteiligung am Erwerbsleben (nach Art und Umfang der Tätigkeit), auf Einkommen und auf Arbeitssicherheit sichtbar werden.
- › Besondere Beachtung verdienen mögliche Sicherheiten und Privilegien, die teilweise verbunden sind mit Einschränkungen als Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen.

Wie ungleich Chancen zur Teilhabe am Erwerbsleben sind, zeigt die registrierte Arbeitslosigkeit, sowohl hinsichtlich der Betroffenheit (des Umfangs und der Häufigkeit, in denen beeinträchtigte Menschen arbeitslos werden) als auch der Dauer.

Das Ziel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik soll den Artikeln 27 und 28 der UN-BRK entsprechen: also nicht diskriminieren und das Auskommen zur selbstbestimmten Lebensführung schaffen. Dazu dienen Massnahmen, die Hindernisse bei der Arbeitsaufnahme beseitigen, Massnahmen zur beruflichen Weiterbildung oder zur Sicherung eines Arbeitsplatzes, vor allem

aber auch vorausschauende angemessene Vorkehrungen für eine nachhaltige berufliche Inklusion.

Diskussionspunkt bleibt, ob aus bundesdeutscher Sicht Teilhabe am Arbeitsleben und angemessener Lebensunterhalt für alle sicher sein sollen, und zwar jeweils in der Intensität, in der eine Benachteiligung erfolgt. Eine differenzierte Durchleuchtung nach Lebenslagen steht bislang aus. Pauschale Aussagen zu bestehenden Beeinträchtigungen genügen aber bei diesem Zugang nicht. Auch sollte als Basis für weitere Leistungen ergänzend die Wirkung von Massnahmen erforscht werden.

Aktuell lässt sich für Deutschland nicht einmal der einzubeziehende Personenkreis identifizieren, wenn zukünftig von Menschen mit Beeinträchtigungen und der Teilhabe am Erwerbsleben die Rede sein soll: Denn die Arbeitsmarktstatistik erfasst derzeit nur amtlich anerkannte schwerbehinderte Menschen. Ein jetzt angelaufener repräsentativer Teilhabesurvey soll das ändern, weil das Recht auf Teilhabe nicht daran gebunden sein kann, in welchen Registern man geführt wird.

Schlussbemerkungen

Soziale Konstruktionen bestimmen, wie Anders-Sein entsteht und wirkt. Zuordnungen und Zugehörigkeit aber prägen Menschen. Folgen wir den Pfaden des beruflichen Erfolgs, so werden Personen an Ansehen und Lebensstandards gemessen. Folgen wir dem Pfad der *sinnvollen* Tätigkeit, so kann es sein, dass zwar Lebenssinn durch Beschäftigt-Sein entsteht beziehungsweise besteht, jedoch unter beschränkten Einbindungschancen. Das ist ein Dilemma in den Zeiten der Teilhabe. Sollen bürgerliche Standards bedient, Lebenssinn gewonnen, Persönlichkeitsrechte gewahrt, politische Partizipationsrechte gelebt und soziale Teilhabe gleichermassen erfahren werden, geschieht dies in Spannungsverhältnissen. Aus der Perspektive der Wissenschaft bieten sich hier bislang keine eleganten Lösungen, aber Ansprüche mit vielfältiger Reichweite, Tiefe und Wirkung. Dies systematisch zu beobachten wird sich lohnen.

Die weiterhin offene Eingangsfrage lautet: Gibt es *ein* Teilhaberecht oder Teilhaberechte? Dies zu beantworten bleibt wohl nicht alleine den Sozialrechtsexpertinnen und -experten überlassen, sondern erweist sich als grundlegendes soziales Thema oder eben Dilemma, wenn sonst gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht (mehr) gelingt. Für die globale Vielfaltsgesellschaft formulierte Niklas Luhmann entsprechend bereits vor einem Vierteljahrhundert, «dass das Prinzip der Inklusion jene Solidarität ersetzt, die darauf beruht, dass man einer und nur einer Gruppe angehört» (1980, 31). Wenn Solidarität aber das Auslaufmodell vergangener Zeiten wäre, wäre dann die Vision der inklusiven

Gesellschaft das rettende Ufer? Oder sollte man sich den Aporien der Vielfaltsoffenheit beugen und wieder *one size fits all* planen? Wie steht es dann um den individuellen Anspruch auf Selbstbestimmung? Wo bleiben Wunsch und Wahlrechte? Was passiert letztlich mit den Menschen, denen die Eingliederungshilfe die Annahme verweigert?

Teilhabeprogramme richten sich nach zwei möglichen Logiken aus, die in allen Handlungsfeldern denkbar sind. Sie zielen auf

- › Aufbau von Haltungen für Teilhabe, die Lebenswelten einbezieht und ebenso auf
- › Abbau von Teilhabebehindernissen, also Wirksamkeit gegen Diskriminierung, Armut und soziale Ungleichheit, gegen Ausschlüsse oder Vertreibungen, gegen Barrieren und Differenzen, die benachteiligen, sowie gegen Fremdbestimmung.

Beide Strategien sind sensibel für Diversität und auf *eine* Welt bezogen, die für *alle* inklusiv werden soll, also auf ein wertegeleitetes Gemeinschaftsideal jenseits verwertbarer Leistungen (Sansour et al., 2017). Ein Ende dieser Tonlage in Sachen Teilhabeanstrengungen ist nicht in Sicht. Damit wird es aber auch weiterhin um Armut gehen, um Ausgrenzung und Arbeitssuche, und keiner wird aus der Anstrengung freigestellt, sich eine Gesellschaft vorzustellen, die inklusiv wird.

Literatur

- Antonovsky, Aaron (1997). *Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit*. Tübingen: dgvt-Verlag.
- Arendt, Hannah (2006). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München und Zürich: Piper.
- Banafsche, Minou (2013). Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft nach Artikel 19 UN-BRK als Ausdruck rechtlicher Handlungsfähigkeit. In: Aichele, Valentin (Hrsg.). *Das Menschenrecht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht. Artikel 12 der Behindertenrechtskonvention*. Baden-Baden: Nomos, 251–272.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016). Zweiter Teilhabebericht über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen in Deutschland. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Bonn.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013). Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Bonn.

- Brütt, Anna Levke, Rolf Buschmann-Steinhage, Silke Kirschning und Karl Wegscheider (2016). Teilhabeforschung. Bedeutung, Konzepte, Zielsetzung und Methoden, *Bundesgesundheitsblatt*, 59(9). DOI 10.1007/s00103-016-2403-y. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag.
- Gromann, Petra und Anke Brückner (2014). Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe? https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Qualitaet/WmmT/Wissenschaftlicher_Abschlussbericht_IPH.pdf (Zugriff: 01.07.2018).
- Herriger, Norbert (2014). *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. 5., erweiterte Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kastl, Jörg Michael (2017). Inklusion, Integration und Teilhabe. In: Rosemann, Matthias und Michael Konrad (Hrsg.). *Selbstbestimmtes Wohnen. Mobile Unterstützung bei der Lebensführung*. Köln: Psychiatrie Verlag, 100–113.
- Luhmann, Niklas (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bände. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1980). *Gesellschaftsstruktur und Semantik*, Bd. 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- MPI – Max Planck Institute for Social Law and Social Policy (2018). Report 2015–2017. Munich.
- Nassehi, Armin (2008). Exklusion als soziologischer oder sozialpolitischer Begriff? In: Bude, Heinz und Andreas Willis (Hrsg.) *Exklusion. Die Debatte über die «Überflüssigen»*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 121–130.
- O'Brien, John W., Jack C. Pearpoint und Lynda D. Kahn (2010). *The PATH & MAPS Handbook. Person-Centered Ways to Build Community*. Toronto: Inclusion Press.
- Rappaport, Julian (1981). In praise of paradox. A social policy of empowerment over prevention. *American Journal of Community Psychology*, 9(1): 1–25.
- Roosevelt, Franklin D. (1945). Jefferson Day speech. https://en.wikiquote.org/wiki/Talk:Franklin_D._Roosevelt (Zugriff: 01.07.2018).
- Sansour, Teresa, Benita Richter, Lucas Ditz, Angelika Thäle, Oliver Musenberg, Wolfgang Lamers und Judith Riegert (2017). Ein erfülltes Leben führen. Gestaltung nachschulischer Angebote für Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung in Förder- und Betreuungseinrichtungen. *Behindertenpädagogik*, 56(2): 182–196.
- Schlebrowski, Dorothée (2009). *Starke Nutzer im Heim. Wirkung Persönlicher Budgets auf soziale Dienstleistungen*. Wiesbaden: VS Research (Gesundheitsförderung – Rehabilitation – Teilhabe).
- SGB IX – Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (2001).
- Stichweh, Rudolf (2009). Leitgesichtspunkte einer Soziologie der Inklusion und Exklusion. In: Stichweh, Rudolf und Paul Windolf (Hrsg.), *Inklusion und*

- Exklusion. Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit.* Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, 29–42.
- UN, United Nations: Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen [Convention on the Rights of Persons with Disabilities – CRPD] – Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen; am 3. Mai 2008 in Kraft getreten.
- Unger, Hella von (2012). Partizipative Gesundheitsforschung: Wer partizipiert woran? *Forum Qualitative Sozialforschung*, 13(1): Art. 7.
- Wacker, Elisabeth (2016). Beeinträchtigung – Behinderung – Teilhabe für alle. Neue Berichterstattung der Bundesregierung zur Teilhabe im Licht der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. *Bundesgesundheitsblatt*, 59(9): 1093–1102.
- Wacker, Elisabeth (2015). Tätiges Leben und Teilhabe – Eingliederung, Beteiligungschancen und Erwerbsleben für Menschen mit Beeinträchtigung. In: Becker, Ulrich, Elisabeth Wacker und Minou Banafsche (Hrsg.). *Homo faber disabilis? Teilhabe am Erwerbsleben*. Baden-Baden: Nomos, 31–59.
- WHO – World Health Organization (2001). International Classification of Functioning, Disability, and Health (ICF). Geneva [Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information – DIMDI – (Hrsg.) (2005). Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit]. Köln.

Emilie Frosio

Emilie Frosio wurde 1987 geboren. Sie lebt in La-Chaux-de-Fonds und besucht das Atelier CREAHM seit 2005 an einem Tag pro Woche.

Schon auf der Schwelle zum Atelier weiss Emilie Frosio genau, was sie malen oder zeichnen wird. Ruhig bereitet sie ihre Palette vor; schwarz für den Anfang. Das braucht, sie um ihre Bruchstücke aus unwirklichen Geschichten zu skizzieren: Märchen, Kinofiktionen oder Erfindungen, die sich lachend in ihrem Kopf drehen. Anschliessend verwendet sie starke und kühne Farben, die den sorgfältig aufgetragenen schwarzen Strich verstärken. Ihre Sujets sind klar umgesetzt, abgegrenzt und sorgfältig ausgemalt. Die Künstlerin schenkt uns aufrichtige Bilder, ganz ohne Trallala.

Ein Bild von Emilie Frosio zeigt immer eine kleine Inszenierung, und sie ist die erste begeisterte Betrachterin. Viel Komisches, herzhaft Frische und falsche Arglosigkeit. Aber Achtung: Heidi steht nur zwei Schritte vor einer Halsabschneidemaschine, der Yeti ist bereit, sie roh zu fressen und Sid – kürzlich berühmt geworden – brütet auf Dinosauriereiern. Zum Abschluss zeichnet Emilie kichernd einige Buchstaben auf ihre Kreaturen, ähnlich magischen Zauberformeln.

Es ist die Wirtschaft, die sich integrieren muss! Partizipation und Selbstbestimmung beim Zugang zur Arbeit: Utopia ist nicht weit entfernt

Interview mit Dominique Rast

Herr Rast, Sie sind seit zwanzig Jahren Direktor der Orif¹, einer Non-Profit-Organisation in der Romandie, die sich für die Ausbildung und Integration am Arbeitsplatz von Menschen mit einem Unterstützungsbedarf einsetzt. Können Sie uns etwas zu den Zielen dieser Organisation sagen?

Unser Hauptziel ist es, eine stärkere Beteiligung der von sozialer und beruflicher Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung zu erreichen. Bei den Menschen, die zu uns kommen, nehmen wir Potenzialerhebungen vor, bilden sie aus und platzieren sie dann im sogenannten ersten, also regulären Arbeitsmarkt.

Die Mehrheit der in der Orif aufgenommenen Personen wird uns von der Invalidenversicherung (IV) zugewiesen, aber auch vermehrt über das Sozialamt, die Regionalen Arbeitsvermittlungen oder andere Stellen. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, einfach nur Renten aus der Sozialhilfe zu verteilen, sondern wir erachten es als absolut notwendig, dass jede und jeder an der Gesellschaft teilhaben kann. Insgesamt durchlaufen jährlich mehr als 2200 Menschen unsere Strukturen. Wir können zwar nicht alle im ersten Arbeitsmarkt platzieren, aber doch mehrere hundert Personen pro Jahr.

Viele kommen zur Abklärung oder für eine Neuorientierung für ein paar Wochen oder Monate zu uns, eine gewisse Anzahl von Personen absolviert dann im Anschluss daran eine vollständige Ausbildung, die auch mehrere Jahre dauern kann. Wir bilden in allen Bereichen und in Dutzenden von Berufen aus – im primären, sekundären und tertiären Sektor. Dabei finden wir von Fall zu Fall massgeschneiderte Lösungen für die betroffenen Personen.

Wie gut gelingt Orif die von Ihnen angestrebte Integration in die Gesellschaft?

Ich habe mich oft mit dem Begriff der Partizipation auseinandergesetzt, auf diesen muss man sich – wenn man von Integration spricht – immer beziehen. Denn Partizipation ist der Oberbegriff. Die Gesellschaft repräsentiert ein Kollektiv, eine Gemeinschaft, in der alle oder zumindest so viele wie nur möglich

1 Organisation romand pour l'intégration et la formation professionnelle (siehe auch <https://www.orif.ch>).

teilhaben sollen, natürlich in unterschiedlichem Grade, aber selbstverständlich mit Rechten ausgestattet. Daran muss sich Integration messen.

Integration ist für mich fundamental wichtig und beschäftigt mich schon sehr lange. Früher war das ja noch gar nicht so ein Thema, obwohl die Trennung zwischen der sozialen und der wirtschaftlichen Welt noch viel ausgeprägter war. Doch heute müssen wir uns davon befreien und eine echte, sich gegenseitig bereichernde Partnerschaft zwischen diesen beiden Welten anstreben.

Bei der Orif messen wir die Integration derjenigen Personen, die ihre Berufsausbildung bei uns abgeschlossen haben oder die wir in den ersten Arbeitsmarkt integriert haben, indem wir diese jährlich anrufen, um herauszufinden, wie autonom sie effektiv sind, wie viele einer Arbeit nachgehen und wie viele eine Rente beziehen. Von denjenigen, die eine Ausbildung bei uns absolviert haben, haben etwa 80 % zwei Jahre nach ihrem Austritt aus der Orif einen Arbeitsplatz – mit oder ohne einer Rente, manchmal auch mit einer Teilrente. Davon sind etwa 70 % auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig. Ein tolles Resultat, das wir als erfolgreiche Integration – in diesem Fall *berufliche* Integration – bezeichnen. Ein Umstand, der mich einerseits auch immer wieder dazu führt, unseren Sozialarbeiterinnen und Ausbildnern zu ihrem Erfolg zu gratulieren. Andererseits bin ich aber alles andere als entspannt, denn diese Werte befinden sich seit Jahren in einem Abwärtstrend.

Sie haben erwähnt, dass die Integration früher gar kein Thema war. Woran liegt das?

Das ist eine Frage, die ich mir auch stelle. Es wurden zwar Institutionen geschaffen, aber reicht das wirklich aus, um Selbstbestimmung respektive die Wahl, sich an der Gesellschaft zu beteiligen, insbesondere in Bezug auf den beruflichen Bereich, zu ermöglichen? Sicher ist, dass es in den 1960er-Jahren und auch später noch sehr wenige Institutionen gab, die sich um Integration kümmerten. Anfangs waren diese sozialen Institutionen von einer Art institutioneller Bevormundung geprägt. Ich möchte nicht leugnen, dass ich selbst ein Kind dieser Generation bin, ein Sonderpädagoge, der in den 1980er-Jahren ausgebildet wurde. Diese Generation, in der auch viele Theorien entstanden sind, erklärte den Eltern, wie was zu tun sei, da wir uns ja als die Spezialistinnen und Spezialisten für deren Kinder sahen. Ich habe das Gefühl, dass wir in den Mauern einer entstehenden Integrationspädagogik abgeschottet geblieben sind und ich bin mir nicht sicher, ob wir unsere Vision immer angemessen umgesetzt haben. Wir haben damals zwar keine schlechte Arbeit gemacht, aber wir sind zu sehr in unserem Ideal der sozialen Arbeit, in unseren Theorien verharret. Die Frage stellt sich doch, ob wir wirklich versuchen, Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Die Antwort lautet meines Erachtens: Sicher-

lich nicht so gut, wie wir es uns zu dieser Zeit gewünscht hätten oder hätten wünschen müssen.

Bisher war ein Treiber der Integration vor allem die Sonderpädagogik. Inwiefern soll nun auch die Wirtschaft integrationsfördernd wirken und aus welchen Gründen?

In den 2000er-Jahren haben sich die Sozialbudgets verschlechtert, und das Defizit der IV beläuft sich mittlerweile auf 15 Milliarden Schweizer Franken mit einer tendenziellen Zunahme um eine weitere halbe Milliarde jährlich! Vor ein paar Jahren konnte dieser Trend zwar korrigiert werden, aber wir brauchen trotzdem neue, innovative Lösungen. Im Vergleich zu unseren grossen Nachbarn ist diese Zahl nicht so gross, aber in der kleinen Schweiz gefährdet ein solches Defizit die Nachhaltigkeit dieser Versicherung. Die Sozialkosten haben die Politik gezwungen, neue Strategien zu suchen. Eine Strategie sah man in einer Rentenkürzung, da Renten den Grossteil der Kosten ausmachen. Angesichts der potenziell katastrophalen Folgen einer solchen Massnahme – und dies in einem so wohlhabenden Land wie dem unseren – verzichtete man auf diese Massnahme, und zog es zu Recht vor, die Integration zu fördern, um die Situation zu korrigieren.

Der Wirtschaftssektor, der in der Tat der wichtigste integrative Treiber ist, ermöglicht aus meiner Sicht den Erfolg einer tatsächlichen Teilhabe für eine maximale Anzahl von Menschen in schwierigen Situationen. Die Wirtschaftswelt, die oft als Quelle der Ausgrenzung gesehen wird, kann nämlich auch kreative, sozial interessante Lösungen hervorbringen. In der Tat hat sie dazu beigetragen, Wege zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die Sozialkosten gesenkt werden. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat in den letzten Jahren seine Investitionen in die berufliche Wiedereingliederung deutlich erhöht. Diese sind in wenigen Jahren auf über 600 Millionen Franken pro Jahr für arbeitgeberorientierte Massnahmen gestiegen. Der neue Ansatz hat sich also gelohnt, und das Blatt konnte dank der Unterstützung der Wirtschaft gewendet werden. Finanzielle Zwänge führen somit zuweilen dazu, dass sich wirtschaftliche und soziale Akteure die Hand reichen.

Bedeutet das, dass aufgrund dieser von der IV unterstützten Massnahmen letztlich alle Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können?

Nein, so kann man das nicht sagen. Der Versuch, sämtliche Renten im Tausch gegen die Autonomie der Begünstigten abzuschaffen, ist übereilt. Denn nicht alle Menschen lassen sich direkt in den freien Arbeitsmarkt integrieren. In einigen Fällen ist diese Eile gar sehr teuer und bleibt ergebnislos. In Bezug auf die Selbstbestimmung ist es auch nicht immer sinnvoll, wenn wir der von Aus-

grenzung bedrohten Person einfach sagen: «Du hast das Potenzial, aus deiner Situation herauszukommen. Deshalb bitten wir dich, autonom zu sein.» Und dann noch verbunden mit dem Anspruch, diese Autonomie sehr schnell und zu möglichst geringen Kosten umzusetzen, auch wenn klar ist, dass für die jeweilige Person dieser Weg wahrscheinlich gar nicht realistisch ist. Diese Art der Selbstbestimmung ist fremdinitiiert und restriktiv und wird kaum zur individuellen Entwicklung beitragen.

Doch viele Menschen wollen sich wirklich integrieren, brauchen aber auch genügend Zeit, um das zu erreichen, und die muss man ihnen zugestehen. Zudem gibt es auch Menschen, die keine Integration durch Arbeit, sondern eine soziale Integration anstreben, die nicht gezwungenermassen von der Beschäftigung abhängt. In einigen Fällen bedeutet Selbstbestimmung auch, dass sich jemand bewusst nicht integriert. Aber das ist eine philosophische Debatte! Ich erwähne dies nur, um zu sagen, dass die Frage der Selbstbestimmung und Partizipation komplex ist.

Ist somit die Idee der vollständigen Integration von Menschen mit einem Unterstützungsbedarf in den ersten Arbeitsmarkt oder letztlich die vollumfängliche, auch soziale Teilhabe aller Menschen eine Utopie?

Nein, denn ich bin überzeugt davon, dass es morgen anders sein wird, und dass dieses Morgen bereits begonnen hat. Doch wir gehen von einer Periode, die wohlhabend und fast sorglos war, zu einer Periode der Angst über, die, wie ich glaube, auch viele Möglichkeiten eröffnet. Denn in jeder Form von Revolution oder auch nur Evolution gibt es drei Phasen. Zuerst findet man die Idee völlig absurd, verrückt, unmöglich. Dann, wenn sie sich konkretisiert, löst sie Widerstand und Ablehnung aus, und schliesslich, wenn sie umgesetzt wird, wird sie mit der Zeit zur Selbstverständlichkeit. Als Beispiel dafür kann man das Schweizer Frauenstimmrecht, das ja in der Schweiz erst 1970 eingeführt worden ist, anführen. Die Frauen abstimmen und wählen zu lassen, war damals eine Idee, die von manchen zunächst für verrückt und dann für riskant gehalten wurde, während sie heute für alle eine unumstössliche Tatsache ist. Dasselbe gilt für die Apartheid. Auch hier schien die Idee ihrer Abschaffung zunächst undenkbar, dann bedrohlich für die südafrikanische Gesellschaft und Wirtschaft, während ihre historische Existenz heute fast surreal erscheint.

Auf den 1. Januar 1960 trat das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung in der Schweiz in Kraft. Dieses hat den betroffenen Personen Wiedereingliederungsmassnahmen und eine Rente bei Erwerbsunfähigkeit gebracht. Das war doch damals ein grosser Fortschritt?

Das war sicher ein grosser Fortschritt, zumal die IV damals mit einer Politik der Ausgleichsleistungen in Form von Renten für die aus der Arbeitswelt aus-

geschlossenen Menschen begann. Auch wenn der Gedanke der Integration im IV-Gesetz bereits verankert war, wurde in Wirklichkeit viel zu wenig in dieser Hinsicht unternommen. Denn der damalige Kontext des wirtschaftlichen Wohlstands im Zeitraum zwischen 1950 bis 1980 hatte die Wirtschaftsakteure nicht dazu veranlasst, sich für soziale Fragen zu interessieren. Letztere wurden als marginal und sekundär eingestuft. Die Wirtschaft lief so gut, dass zwar Gelder für den sozialen Sektor zur Verfügung gestellt werden konnten, aber eine aktive Beteiligung stand nicht wirklich auf der Tagesordnung. Die Zahlen sprechen für sich: 1960 machten die Kosten der Sozialsysteme 6 % des Staatshaushalts aus, und zwar alles eingerechnet – Sozialhilfe, IV, Arbeitslosengeld, AHV sowie die 2. Säule oder die berufliche Vorsorge. Diese Zahl stieg in zwanzig Jahren auf 14 % – mehr als das Doppelte. Dies löste aber noch keine Alarmsirenen aus, weil es der Schweiz gut genug ging. Institutionen konnten finanziert und Renten gezahlt werden. Es spielte keine Rolle, wenn Menschen nicht optimal teilnehmen konnten, denn sie bekamen das, was sie zum Leben brauchten. Die Ausgleichsleistungen erfüllten somit ihre stabilisierende Funktion. Das war ein Fortschritt, denn bevor Menschen aus der Arbeitswelt ausgeschlossen wurden, hatten sie diese Ausgleichsleistungen nicht. Das ist grundsätzlich begrüßenswert, aber jetzt müssen wir einen Schritt weiter gehen und die Wirtschaft wieder vermehrt bei der Integration von Menschen mit Unterstützungsbedarf in die Verantwortung nehmen.

Auch von 1980 bis 2010, um über einen Zeitraum zu sprechen, den ich selber erlebt habe und beobachten konnte, entwickelten sich die Gesellschaft und die Wirtschaft weiterhin getrennt voneinander und es gab kaum Berührungen. Ich nenne diese Zeit die *dreissig glorreichen Jahre der sozialen Teilhabe* in Analogie zu den berühmten dreissig glorreichen, eher ökonomischen Jahren der Nachkriegszeit. Diese Phase von 1980 bis 2010 kann auch als *friedlich* bezeichnet werden: Institutionen wurden gegründet und Pädagoginnen und Ausbilder machten eine gute Arbeit in den sozialen Einrichtungen. Der soziale Bereich entwickelte sich in seinen spezifischen, abgeschlossenen Institutionen weiter und die Wirtschaft drehte dieser Parallelwelt den Rücken zu.

Und wie soll die Wirtschaft Menschen mit Unterstützungsbedarf integrieren? Wie soll das konkret bewerkstelligt werden?

Ein wichtiger Schritt ist sicher, dass es in den letzten Jahren zu einigen Gesetzesrevisionen, insbesondere der IV, gekommen ist. In diesen wurde die Wirtschaft aufgefordert, sich an den Integrationsbemühungen zu beteiligen. Es konnte aufgezeigt werden, dass Sozialkosten nur gesenkt werden können, wenn im Gegenzug der Arbeitsmarkt Ausgrenzungen vermeidet und vor allem in vermehrtem Masse Integrationsmassnahmen akzeptiert. Dies hat funktioniert, ziemlich gut sogar. Die soziale und die wirtschaftliche Welt werden

dadurch zu Partnerinnen und die beiden Welten beginnen sich gegenseitig zu durchdringen. Ich denke, diese gegenseitige Durchdringung ist unwiderruflich. Ich nehme dies auch in meiner beruflichen Praxis wahr. Geschäftsinhabende grosser, aber auch kleinerer Unternehmen haben mir gesagt, dass sie lange Zeit nichts von uns, beziehungsweise wie wir arbeiten, wussten und sie positiv überrascht seien.

Ich erzähle gerne das Beispiel einer Handelskette, die vor einiger Zeit Menschen mit Down-Syndrom in einer Verkaufsfiliale integriert hat. Am Anfang setzte sich der Geschäftsinhaber aus rein idealistischen Gründen für diese Integration ein, dann aber musste er anerkennen, dass diese Menschen mit ihrem Lächeln sowohl von den Kundinnen und Kunden als auch von den Mitarbeitenden sehr geschätzt wurden. Zudem waren die Menschen mit Down-Syndrom glücklich, teilnehmen zu können, und waren fast nie krank. Infolgedessen ging auch die Fehlzeitenquote der anderen Mitarbeitenden zurück. Denn wenn wir sehen, wie Menschen, die nicht die gleichen Voraussetzungen haben wie wir, mit ihrem Schicksal zufrieden sind, werden wir uns selbst gegenüber fordernder. Und kürzlich kam ein grosses Industrieunternehmen mit über tausend Mitarbeitenden auf uns zu, weil es Mühe hat, Ersatz für ihre Mechaniker zu finden: «Wie kann ich den Mitarbeitenden im Unternehmen helfen, ihre Fähigkeiten zu erhalten und sogar zu fördern?» Der Geschäftsführer fragte Orif an, obwohl für diese Fragestellungen normalerweise kantonale Fachstellen kontaktiert werden. Für mich ist dies ein Zeichen der Anerkennung unserer Spezialisierung im Bereich der Vermittlung von Fachwissen und der Integration. Die Wirtschaft beginnt also, uns wahrzunehmen, denn sie hat erkannt, dass das, was wir tun, für sie sehr interessant sein kann.

Neue oder revidierte Gesetze sind aber wohl nicht der einzige Grund für dieses Interesse respektive diese Öffnung der Wirtschaft.

Nein, es wurden natürlich auch neue, für die Wirtschaft attraktive Angebote von Orif geschaffen. Es wurden neue Konzepte entwickelt und hochspezialisierte Strukturen geschaffen, die die sozioprofessionelle Integration fördern. Zudem wurden Fachausbildner, Lehrerinnen und Pädagogen entsprechend ausgebildet. Seit einigen Jahren bieten weitere Institutionen wie die Orif solche Dienstleistungen an, liefern neue Produkte, schulen Menschen für den Arbeitsmarkt oder führen professionelle Coachings direkt in der Arbeitswelt durch.

In den letzten zwanzig Jahren habe ich die Entwicklung vom *sozial-institutionellen* Modell mit Betreuung und Dienstleistungen in stark geschützten Strukturen – was der gewünschten idealen Beteiligung manchmal zuwiderläuft – zu einem partizipativen Modell mit der Geschäftswelt beobachtet. Es wurden sehr geschäftsorientierte Angebote und Arbeitsmethoden entwickelt. Die

Pädagogik der Integration wurde konsolidiert und es wurden Unternehmen gegründet, die sich auf den Bereich der Integration spezialisiert haben.

Heute gibt es Spezialistinnen und Spezialisten für die berufliche Integration. Um unsere Kontakte zum Arbeitsmarkt zu verstärken, rekrutieren wir unsere Dozentinnen und Dozenten bei grossen Dienstleistungsunternehmen wie zum Beispiel Adecco und sogar bei Führungskräften, die ihrer Arbeit einen Sinn geben wollen, indem sie ihre Tätigkeit um eine ideelle Dimension erweitern und gleichzeitig trotzdem unternehmerisch orientiert bleiben. Wir haben eine ausgezeichnete Mischung aus sozialen und kaufmännischen Berufen geschaffen. Wir spüren vermehrt, dass es einen echten Trend zum ersten Arbeitsmarkt gibt.

Worin sehen Sie denn den Hauptunterschied in Bezug auf die Integration zwischen früher und heute?

Der Fokus liegt im Vergleich zur Vergangenheit verstärkt auf einer sehr *aktiven* Integration. Es geht nicht mehr nur darum, Ausgleichsleistungen oder Renten anzubieten. Die Richtung ist sehr klar: Wir müssen die Begünstigten integrieren, ihnen die kleinstmögliche Rente geben und ihnen damit die grösstmögliche Unabhängigkeit gewähren. Wie bereits erwähnt, gibt es natürlich Menschen, die nicht in der Lage sind, von dieser idealen Beteiligung zu profitieren und glücklicherweise gibt es immer noch Ausgleichsleistungen. Aber es besteht ein gewisser Druck. Heute sind die Sozialbudgets explodiert, und wir sind verpflichtet, Lösungen zu finden. Aber gleichzeitig – und das sagt Ihnen der Geschäftsführer einer sozialen Institution – ist dies eine Chance, mehr mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten und mehr von der Wirtschaft zu fordern.

Heute ist allen bewusst, dass wir uns in einem System aus voneinander abhängigen Elementen befinden, die eine Zusammenarbeit der sozialen und wirtschaftlichen Akteure erfordern. Die Realität der für alle problematischen sozialpolitischen Kosten zwingt zu dieser Zusammenarbeit. Die Kosten der Sozialsysteme belaufen sich gemäss dem Bundesamt für Statistik im Jahr 2014 bereits auf 24 %. Das Interesse, diesen Trend einzudämmen ist gross. Auch wenn diese Zahlen beunruhigend sind, bergen sie auch eine Chance, indem wirtschaftliche Zwänge und diese finanzielle Belastung Gelegenheit bieten, über neue Modelle nachzudenken. Schon ab 2030 werden die Gesellschaft und die Wirtschaft eins sein. Sie werden sich sozusagen zusammengeschlossen haben.

Das scheint mir nun doch eine ziemlich utopische Vorstellung ...

Ich denke wirklich, dass das möglich ist. Das werden dann die *dreissig erhabenen Jahre* sein! Auf jeden Fall ist eine Annäherung im Gange und die beiden Welten schätzen sich immer mehr. Wirtschaftsakteure sagen uns: «Arbeitet mit

uns zusammen, wir brauchen auch eure Kompetenzen.» Früher, als Orif Seminare zur beruflichen Integration organisierte, hatten wir nur Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Welt, während heute die Quote etwa bei 50:50 liegt.

Die Unternehmen müssen profitabel bleiben und dabei hilft, wenn sie sich an den sozialen Bemühungen beteiligen. Integrationskonzepte werden dadurch in Zukunft in zunehmendem Masse unternehmens- und arbeitsmarktorientiert sein. Führungskräfte sozialer Organisationen stehen vor grossen wirtschaftlichen Herausforderungen, immer mehr soziale Einrichtungen haben keine Defizitgarantie mehr, sondern schliessen Leistungsverträge ab. Am Ende des Monats müssen sie in der Lage sein, alle ihre Kosten in Rechnung zu stellen. Investitionen müssen sie heute aus eigenen Mitteln finanzieren. Soziale Einrichtungen müssen heute ebenso unternehmerisch denken und handeln, wie jedes andere Unternehmen auch. Die Wirtschaftsakteure stehen ihrerseits vor sozialen Herausforderungen. Früher, wenn jemand für ein Unternehmen nicht mehr tragbar war, hat man sich von ihr oder ihm getrennt, und das soziale Auffangnetz kam zum Zuge. Heute ist sich ein Unternehmen der entsprechenden wirtschaftlichen Folgen bewusst, aber auch – aufgrund der zunehmenden Sensibilisierung – der damit zusammenhängenden ethischen Probleme. Das Soziale hat also wirtschaftliche Belange und die Wirtschaft soziale Belange zu berücksichtigen. Das ist eine gute Sache. Der Samen ist gesät.

Welche sozialen Belange muss denn die Wirtschaft berücksichtigen?

Neben dem bereits vorhandenen Wachstum der Sozialkosten gibt es auch neue Themen, die das gesamte Wirtschaftssystem zusätzlich bedrohen. Burnout, Druck, Überforderung am Arbeitsplatz, all dies sind Themen, die die Wirtschaft belasten und somit vermehrt berücksichtigen muss. Wussten Sie, dass es sich bei 40 % der von der IV erfassten Fälle um psychische Beeinträchtigungen handelt? Dann sind da aber auch die Migrantinnen und Migranten. Sie sind da und auch ihre Rolle muss so aktiv und partizipativ wie möglich sein. Dazu kommt, dass wir immer älter werden – auch dies verursacht zusätzliche Kosten. All dies wird Auswirkungen auf eine bereits destabilisierte Wirtschaft haben und erfordert innovative Lösungen. Aber welche?

Thomas More entwarf mit Utopia vor 500 Jahren die ideale Stadt. Ich denke, dass wir uns ihr nähern, und dass dieses Utopia durch die unsichtbare Hand von Adam Smith – der jedoch ein rein Liberaler war – geschaffen werden könnte. Ein Gespür für die Geschichte lässt mich denken, dass es solche Menschen sind, die vielleicht das bestmögliche Integrationsmodell entwickeln werden. Daran glaube ich.

Vor einem Jahr habe ich die Direktorinnen und Direktoren der Ausbildungs- und Integrationszentren von Orif versammelt, um ihnen zu sagen: «Alles klar, los geht's!» Bis dahin hatte Orif nämlich vor allem Menschen in

Schwierigkeiten in unseren eigenen Zentren – parallel zu den wirtschaftlichen Unternehmen – ausgebildet. Dann gingen wir mit unseren Ausbildungsprogrammen zu den Unternehmen und entwickelten auch Dienstleistungen zur Vermittlung von Personal. Und jetzt wollen wir die Unternehmen in unsere Zentren bringen. Ich hoffe, dass im Jahr 2021 an jedem der zehn Orif-Standorte mindestens ein profitables Drittunternehmen vertreten sein wird. Wenn möglich zwei oder drei oder mehr. Und in zwanzig oder dreissig Jahren – viele von uns Geschäftsführenden werden das nicht mehr erleben – machen wir keinen Unterschied mehr zwischen der sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Welt. Diese haben sich alle freiwillig gegenseitig ergänzt, um ein besseres integratives Modell zu schaffen. Davon bin ich überzeugt. Wir werden es schaffen. Denken wir an Nelson Mandela, der sagte, dass viele Dinge unmöglich erscheinen, bis sie erledigt sind. Ich gehöre zu denen, die denken, dass nichts unmöglich ist.

Pascal Vonlanthen

Pascal Vonlanthen wurde 1957 geboren. Er lebt in Freiburg und besucht das Atelier CREAHM seit 1998 an zwei Tagen pro Woche.

Pascal Vonlanthen liebt es, verschiedene Techniken auszuprobieren: Bleistift, Farbe, Kohle, Ölkreide usw. Er ist neugierig auf Materialien, die er gerne im selben Bild vermischt. Er illustriert ein persönliches Inventar, das die Tendenz hat, sich in Schriftzeichen zu verwandeln. Lebewesen und Objekte sind in einer friedlichen Atmosphäre aufgereiht, leicht und heiter, manchmal aber auch dicht und turbulent.

Der Künstler holt die gestalterische Inspiration für seine Formen in seiner Umgebung: Tiere und Werkzeuge eines Bauernhofs, sowie Zeitungen. Unter der kräftigen Hand von Pascal Vonlanthen verändern sich die Dinge unaufhörlich, lösen sich auf und werden zur Hälfte wieder geschaffen, jedoch anders. Schrittweise entwischen sie der Schwerkraft und entfliehen der bildlichen Darstellung.

Handwritten text in a column on the top left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the top right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the top right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the top right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the top right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the top right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the middle left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the middle left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the middle left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the middle right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the middle right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the middle right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom left, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom right, consisting of several lines of cursive script.

Large handwritten text in the center, featuring the words 'Aeressocom' and 'Aemernem' in a stylized, bold font.

Handwritten text in a column on the bottom right, consisting of several lines of cursive script.

Handwritten text in a column on the bottom right, consisting of several lines of cursive script.

Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung ihrer Lebenssituation

Monika Seifert

Einleitung

Die Beteiligung an der Gestaltung der eigenen Lebenssituation ist für viele Menschen mit Behinderungen noch immer nicht selbstverständlich. Insbesondere bei kognitiven Beeinträchtigungen (leistungsrechtlich als *geistig behindert* bezeichnet) wird die Fähigkeit für Selbstbestimmung und Mitwirkung oftmals in Frage gestellt. Darum steht dieser Personenkreis im Mittelpunkt dieses Beitrags, der sich mit folgenden Fragestellungen befasst: Wie sieht es in der Praxis mit den Verwirklichungschancen von Partizipation im Bereich des Wohnens und Lebens in der Gemeinde aus? Was ist bereits erreicht und wo besteht Handlungsbedarf? Vorangestellt sei ein Zitat von Heiner Keupp, das den fachlichen Anspruch der Fragestellung konkretisiert:

Die Wirksamkeit professioneller Hilfe wird davon abhängen, ob das Gefühl gefördert werden kann, mehr Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen zu erlangen. (Keupp, 2005, 42)

Viele Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen haben nicht gelernt, sich wirksam für ihre persönlichen Interessen einzusetzen. Sie haben ein Selbstbild entwickelt, das ihre Einschränkungen in den Vordergrund stellt. Ihre Biografie ist geprägt durch Erfahrungen der Fremdbestimmung, des Nicht-verstanden-Werdens, der Ablehnung und Ausgrenzung und des Anders-Seins. Wie können ihre Selbstbestimmungspotenziale gestärkt werden? Welche Spielräume für Beteiligung werden ihnen als Nutzerinnen und Nutzern von Dienstleistungen und als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Gesellschaft zugestanden? Es sind Fragen, die eng verknüpft sind mit Prozessen des Bewusstwerdens der eigenen Bedürfnisse, mit dem Vertrauen in die eigenen Kräfte (*Empowerment*), mit der Befähigung zu selbstbestimmtem und selbstverantwortetem Handeln und aktiver Mitwirkung an Entscheidungsprozessen (*Enabling*), einschliesslich der individuell erforderlichen Unterstützung (*Assistenz*) und förderlicher Bedingungsfaktoren (*Kontext*).

Beteiligung an der Gestaltung der Dienstleistungen

Notwendige Voraussetzung für mehr Beteiligung ist eine *Organisationskultur*, die die Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer – als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt – zum Orientierungspunkt ihrer Arbeit erklärt. Ziel ist die Verbesserung der *subjektiven Lebensqualität*. Die Mitwirkung der Betroffenen an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen im Wohnalltag und auf institutioneller Ebene trägt dazu bei, diesem Ziel näherzukommen. Ihre Vorstellungen von einem *guten Leben* sind sehr unterschiedlich, bedingt durch persönliche, soziale und ökologische Voraussetzungen. Sie erfordern individuell ausgerichtete Unterstützungsleistungen (vgl. Wansing, 2005, 125). In diesem Kontext sind die Einstellungen und Haltungen der Mitarbeitenden von Einrichtungen und Diensten von zentraler Bedeutung. Sie sind Basis für die Wertschätzung, die der oder die Einzelne erfährt, Filter für die Wahrnehmung des Bedürfnisses nach einer selbstbestimmten Lebensführung und Medium zur Förderung der Partizipationschancen.

In alltäglichen Zusammenhängen können individuelle Empowermentprozesse auf unterschiedliche Weise initiiert und begleitet werden. Grundlegend ist die Anerkennung behinderter Menschen als eigenständige Persönlichkeiten und das Respektieren ihrer Wünsche bei der Gestaltung ihres Alltags und ihrer sozialen Beziehungen. Die Erfahrung, ernst genommen zu werden, selbst Entscheidungen treffen und Einfluss auf die eigenen Lebensbedingungen nehmen zu können, stärkt die eigene Identität und das Selbstwertgefühl.

Das Ernstnehmen der persönlichen Meinung ist noch nicht überall selbstverständliche Praxis. So gaben in der *Berliner Kundenstudie* zur Weiterentwicklung der Dienstleistungen im Bereich des Wohnens fast 40 % von rund 120 befragten Frauen und Männern mit sogenannt geistiger und mehrfacher Behinderung in betreuten Wohnformen an, dass ihre persönliche Meinung im Alltag nur manchmal oder nie ernst genommen wird (Seifert, 2010, 108). In Wohnheimen war der Wert mit 50 % am höchsten.

Jenseits der individuellen Ebene finden in Wohneinrichtungen auch auf Gruppenebene Aushandlungsprozesse zur Gestaltung des Alltags statt, zum Beispiel in regelmässigen *Bewohnerbesprechungen*. Hier geht es um Fragen des Zusammenlebens, um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und den Umgang mit auftretenden Problemen.

Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen erschliessen sich vor allem in elementaren Bereichen Möglichkeiten, auf die Gestaltung des eigenen Lebens unmittelbar Einfluss zu nehmen, zum Beispiel bei der Wahl von Speisen und Getränken, bei der Körperpflege oder bei Freizeitbeschäftigungen. Sie signalisieren Zustimmung, Ablehnung oder Verweigerung auf vielfältige Weise, meist nonverbal – reaktiv oder eigeninitiativ – durch ein jeweils spe-

zifisches Ausdrucksverhalten. Es gilt, sich auf eine dialogische Beziehung einzulassen, die Raum bietet, die jeweiligen Befindlichkeiten, Wahrnehmungen und Bedürfnisse wahrzunehmen, zu entschlüsseln, zu akzeptieren und darauf zu reagieren. So können Machtstrukturen aufgebrochen und Fähigkeiten zur Selbstbestimmung und Mitwirkung im Alltag entwickelt werden.

Individuelle Bedarfsermittlung

Die Wünsche und Teilhabeziele zu identifizieren, ist Bestandteil der *individuellen Hilfeplanung beziehungsweise Bedarfsermittlung*. Die aktive Beteiligung der Betroffenen ist, wie die Aussage einer Mitarbeiterin erkennen lässt, noch nicht überall selbstverständlich:

Bei uns wird relativ umfangreich zu dem Klienten etwas beschrieben, in welchen Bereichen gefördert, welche Defizite kompensiert werden sollen, aber es wird wenig danach gefragt, was sind deine persönlichen Ziele, was möchtest du. (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, 2013, 19)

Auch eine Schweizer Studie in Einrichtungen im Kanton Aargau kommt zu dem Schluss, dass «die aktive Beteiligung der Nutzer und Nutzerinnen an den Prozessen der Leistungsplanung, insbesondere an den Einschätzungs-, Bemessungs- und Hilfeplanungsverfahren», noch in den Kinderschuhen steckt (Oberholzer und Klemenz, 2014, 217). Die Durchführung erfolgt meist stellvertretend durch Begleitpersonen.

Zur Realisierung der Partizipation sind Instrumente erforderlich, die auf die aktive Beteiligung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ausgerichtet sind, zum Beispiel im Sprachstil und in der visuellen Gestaltung. Bislang vorliegende Hilfeplaninstrumente berücksichtigen diesen Anspruch – von Ausnahmen abgesehen – nicht konsequent. Erwähnt sei der sogenannte Hilfeplankoffer, der in Zusammenarbeit mit der Universität zu Köln, dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und Mitarbeitenden von Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe entwickelt wurde. Er enthält Materialien, die die Hilfeplanung erläutern und bei der Durchführung angewendet werden können. Dazu gehören die Broschüre «Mein eigener Hilfeplan in Leichter Sprache», Fragen- und Bildkataloge in verschiedenfarbigen Mappen zu den Lebensbereichen Wohnen, Arbeit und Beschäftigung, soziale Kontakte, Freizeit und weiteren Aspekten (zum Beispiel Gesundheit, Heimat, Herkunft), ergänzt durch haptisches Material (vgl. Weber, 2008). Zur Unterstützung bei der Hilfeplanung steht der Koffer in den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit geistiger Behinderung im Rheinland (KoKoBe) zur

Verfügung. Dadurch wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Fähigkeit, die eigenen Bedürfnisse und Bedarfe zu artikulieren bei dem Personenkreis sozialisationsbedingt oftmals nur unzureichend ausgeprägt ist.

Unsicherheiten behinderter Menschen bei der Formulierung eigener Wünsche stärken die Einstellung von Mitarbeitenden, doch am besten zu wissen, was für den Einzelnen gut ist. So haben zum Beispiel Videoaufnahmen im Verlauf von Hilfeplangesprächen gezeigt, dass die Kommunikation häufig von den Mitarbeitenden dominiert wurde. Wirkliche Dialoge kamen wegen direkterer Gesprächstechniken nicht zustande, auch bei guter sprachlicher Kompetenz der Betroffenen (vgl. Dobslaw und Pfab, 2015). Insbesondere in stationären Einrichtungen waren die Ergebnisse der Hilfeplanung sehr häufig durch Vorstellungen der Mitarbeitenden beeinflusst – ein Sachverhalt, der unter anderem in divergierenden Interessen begründet ist. Den Wünschen der Klientinnen und Klienten stehen die Interessen der Organisation nach Selbsterhalt und Kostensicherung gegenüber, bedingt durch stark standardisierte leistungsrechtliche Rahmen und mangelnde Flexibilität der Unterstützungsangebote (vgl. Windisch et al., 2015).

Zum Herausfinden und Formulieren der persönlichen Ziele und zur Information über Möglichkeiten der Unterstützung kann eine *unabhängige Beratung* hilfreich sein. Denn nur wer seine Rechte kennt, kann informiert in den Dialog zur Hilfeplanung einsteigen und seinen Interessen Nachdruck verleihen. Angebote von *Peer Counseling* haben hier eine wichtige Funktion (vgl. Hermes, 2011).

Zur Vorbereitung von Hilfeplangesprächen liegen gute Erfahrungen mit kreativen Verfahren vor, die den Betroffenen Zeit, Raum und Anregungen geben, sich über ihre eigenen Wünsche klar zu werden – zum Beispiel anhand von Bildkarten (vgl. Gromann und Brückner, 2014). Nach der Identifizierung eines subjektiv bedeutsamen Ziels wird gemeinsam mit Bezugspersonen überlegt, wie es erreicht werden kann, wer dabei hilft und welche Barrieren zu überwinden sind.

Barrieren, die der Realisierung entgegenstehen, befinden sich oft im Sozialraum. Ihre Beseitigung wäre auch für andere Menschen mit Unterstützungsbedarf ein Gewinn. Anstatt sich auf individuelle Lösungen zur Umgehung der Barriere zu beschränken, sollten darum Hinweise zu sozialräumlichen Entwicklungsbedarfen aus Hilfeplangesprächen mehrerer Personen gesammelt und an zuständige Stellen weitergeleitet werden (zum Beispiel der Bedarf an inklusiven Freizeitangeboten) – eine indirekte Form von Partizipation an der Gestaltung der Lebensbedingungen (vgl. Beck, 2014).

Für Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen bietet die Methode der *Persönlichen Zukunftsplanung* Chancen zur aktiven Beteiligung, auch bei erheblichen Kommunikationserschwernissen (Doose, 2012). Ihre spezifischen Arti-

kulationsweisen werden in allen Phasen des Planungsprozesses berücksichtigt (zum Beispiel eigene Wortbildungen, Laute, Gestik, Mimik oder Formen der Unterstützten Kommunikation). Wesentlicher Bestandteil des Verfahrens ist ein Unterstützterkreis, an dem Menschen teilnehmen, die der Person nahestehen (aus dem privaten Umfeld oder aus professionellen Zusammenhängen), und die Zielfindung und deren Umsetzung unterstützen. Auf der Basis eines konsequenten personenzentrierten Denkens geht der Kreis unter weitmöglicher Einbeziehung des behinderten Menschen grundlegenden Fragen nach:

- › Was ist für die Person wichtig?
- › Was macht sie zufrieden?
- › Welche Stärken hat sie?
- › Was möchte sie verändern?
- › Was ermöglicht, erleichtert oder erschwert ihre Teilhabe?
- › Welche Schritte können unternommen werden, um sie ihren Zielen näherzubringen?

Über die individuelle Ebene hinaus bieten organisationsinterne Aktivitäten auf der Gruppenebene Möglichkeiten, auf die persönliche Lebenssituation Einfluss zu nehmen, zum Beispiel in *Heim-* oder *Bewohnerbeiräten*.

Beiräte und Gremien

Die Mitwirkungsrechte von Beiräten sind in Deutschland gesetzlich verankert. Als gewähltes Gremium setzen sie sich dafür ein, dass das Recht der Bewohnerinnen und Bewohner auf Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beachtet wird. Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen erhalten für die Beiratstätigkeit Assistenz. Sie wirken unter anderem mit in Angelegenheiten des Wohnens, der Pflege und Betreuung, der Hausordnung sowie der Gestaltung des Alltags und der Freizeit, bei umfassenden baulichen Massnahmen und in Angelegenheiten des Beschwerdemanagements und Vorschlagswesens (vgl. Berliner Wohnteilhabegesetz, 2018, § 9). Bei allen Fragestellungen sollten die Belange von Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen, die sich nicht selbst für ihre Interessen einsetzen können, Berücksichtigung erfahren.

Mancherorts gibt es auch *Klientenvertretungen* für den Bereich des ambulant unterstützten Wohnens, als freiwillige Verpflichtung der Träger, ohne Rechtsanspruch. Angesichts der Zunahme offener und ambulant unterstützter Angebote besteht hier erheblicher Handlungsbedarf.

Das Know-how zur wirksamen Mitarbeit in Beiräten kann in Kursen der Erwachsenenbildung erlernt werden. Eine gute Vorbereitung auf die Tätigkeit ist jedoch nicht überall gängige Praxis. Das macht ein Ausschnitt aus Interviews mit Heimbeiräten deutlich, die wir im Rahmen der *Berliner Kundenstudie* durchgeführt haben (siehe Kasten).

Interview mit Heimbeiräten

Interviewer: Warum arbeiten Sie als Heimbeirat?

E.: Ich wollte irgendwas anderes so machen, ausser immer nur hier zu wohnen und nichts zu tun. Zuerst habe ich überlegt, ich mach das nicht. Weil zuerst dachte ich, es wäre so anstrengend, ich müsste irgendwas schreiben, irgend so einen Papierkram machen. Aber ich muss eigentlich nur sitzen und dann ein bisschen zuhören, und dann mich mal mit dieser Chefin so unterhalten. Und das ist immerhin etwas anderes, anstatt nichts zu tun, dann hat man so eine Aufgabe, dann ist man etwas höher als die anderen.

Interviewer: Wie sind Sie darauf vorbereitet worden?

E.: Also wir konnten uns sozusagen zur Verfügung stellen und haben einfach gesagt: «Ja, das machen wir.» Und dann nach einer Woche wurde uns das erklärt, was wir so machen, was wir so für Aufgaben haben usw. Also nicht jetzt am Anfang.

D.: Aber wäre besser gewesen. Dann hätte man nochmals überlegen können, bevor man dann das wirklich wird.

Interviewer: Sie sind also gewählt worden, dann kam eine Woche später diese Information. Wie war das?

E.: Diese Heimleitung, die hat das uns nur so erklärt und hat zwar ein paar Zettel, so eben was da so draufsteht usw. Dann konnten wir auch schon wieder gehen, also war jetzt nicht so grossartig irgendwas.

(Seifert, 2010, 110f.)

Mancherorts werden die Potenziale von behinderten Menschen innerhalb der Organisation auch auf anderen Ebenen genutzt, zum Beispiel als Mitglied im Vorstand oder in einem dem Vorstand zur Seite gestellten Beirat oder in Ausschüssen zu relevanten Themen. Von einer flächendeckenden Etablierung einer Beteiligungskultur mit entsprechenden Strukturen, Regeln und Qualitätsstandards ist die Praxis aber noch weit entfernt.

Qualitätsentwicklung

Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Qualität der Dienstleistungen hat die Beurteilung der Wirkung der Leistungen durch die Nutzerinnen und Nutzer grosse Bedeutung. So eröffnen zum Beispiel *Anlaufstellen für Ideen, Vorschläge und Beschwerden* die Chance, sich an der Verbesserung der Angebote zu beteiligen (vgl. Hofmann und Niehoff, 2008).

Ein zunehmend genutztes Instrument sind *Nutzerbefragungen*. Sie stärken die Befragten in ihrer Rolle als kritische Verbraucherinnen und Verbraucher. Ideal ist, wenn sie bereits an der Entwicklung des Fragebogens beteiligt sind. Dadurch wird sichergestellt, dass alltagsbedeutsame Themen angesprochen werden und die Gestaltung der Befragung in leicht verständlicher Form erfolgt.

Die Beantwortung der Fragen in solchen Befragungen zeigt häufig eine grosse Zufriedenheit. Solche Aussagen sind jedoch nicht gleichbedeutend mit einer guten Qualität der Dienstleistungen. Sie müssen in Bezug gesetzt werden zu den tatsächlichen Lebensbedingungen. So können zum Beispiel Zufriedenheitsäusserungen trotz objektiv schlechter Bedingungen «Folge von Anpassungsdruck sein oder von Angst, sich zu äussern, aber auch von Resignation oder der Unkenntnis von Alternativen» (Beck, 2002, 6). Umgekehrt kann – bei Kenntnis von Alternativen – trotz guter Bedingungen Unzufriedenheit geäussert und Veränderung gewünscht werden.

Seit einigen Jahren gewinnt der *Peer-Ansatz* in Nutzerbefragungen an Bedeutung. Ein Beispiel ist das in Österreich entwickelte *nueva-Evaluationsmodell* (vgl. Konrad und Schützhoff, 2010; siehe auch Beitrag von Peböck und Mauer in diesem Buch). Das Modell kommt in unterschiedlichen Feldern zur Anwendung, überwiegend im Bereich des Wohnens von Menschen mit Behinderungen. Leitendes Prinzip ist, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen die Interviews mit Nutzerinnen und Nutzern von Einrichtungen und Diensten durchführen, um die Qualität der Angebote zu prüfen. Zur Ausübung dieser Tätigkeit durchlaufen die Evaluatorinnen und Evaluatoren eine zweijährige Ausbildung.

Die Befragung der Nutzerinnen und Nutzer ist jedoch nur ein erster Schritt. Evaluationsergebnisse können ihre Wirkung nur dann entfalten, wenn sie systematisch in laufende Planungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden werden (vgl. Schäfers, 2008). Sichtbares Zeichen ist die Verankerung von regelmässigen Befragungen und Analysen des daraus resultierenden Handlungsbedarfs im Qualitätsmanagement.

Weitere Methoden zur Erhebung von Zufriedenheit und Veränderungsbedarf sind *Interviews*, *Gesprächsrunden* oder *Zukunftsworkshops* (Kritikphase – Phantasiephase – Planungsphase). Gute Erfahrungen liegen mit der Videomethode vor, bei der gemeinsam mit den behinderten Menschen ein Film über

ihren Alltag gedreht wird, als Grundlage für einen Dialog über ihre Lebenssituation und ihre Vorstellungen für Veränderungen (vgl. Holst, 2000). Auch selbstgemachte Fotos können als Ausdrucksmittel der persönlichen Sicht auf Situationen zum Einsatz kommen (Fotovoice-Methode).

Bei Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen, die nicht oder nur bedingt für sich selbst sprechen können, stösst der Einsatz von Fragebögen zur Erkundung persönlicher Einschätzungen schnell an Grenzen – auch bei Nutzung unterstützender Medien (zum Beispiel Symbole, Bilder oder Fotos). Visualisierungen setzen die Kompetenz voraus, bildhafte Darstellungen zu erkennen, auf den eigenen Alltag zu beziehen und als Kommunikationsmittel nutzen zu können. Eine Möglichkeit zur Annäherung an diese Nutzerperspektive sind *Stellvertreterbefragungen* durch institutionsunabhängige Fürsprecherinnen und Fürsprecher oder Peers, die die Person aus eigenen Begegnungen gut kennen, einschliesslich prägender lebensgeschichtlicher Erfahrungen. Aber auch bei bestem gegenseitigen Vertrautsein können Aussagen über das subjektive Erleben eines anderen Menschen nie mehr sein als Vermutungen.

Die Problematik wird evident, wenn man die Erfahrungen in einer Hamburger Tagesförderstätte betrachtet: Um zu möglichst validen Ergebnissen zu kommen, hat man zur Ermittlung der Zufriedenheit der Beschäftigten für jede Person jeweils zwei geschulte Stellvertreterinnen und Stellvertreter unabhängig voneinander befragt (Helmkamp, 2000). Der Vergleich der Antworten enttäuschte die Erwartungen: Bei weniger als 50 % der Fragen gab es vollständige Übereinstimmung in den Einschätzungen der Befragten. Besonders häufige Abweichungen traten bei Fragen *mit höherem subjektiven Gehalt* auf.

Von daher sollten Stellvertreterbefragungen nur in Kombination mit Verfahren verwendet werden, bei denen die schwerbehinderten Personen unmittelbar beteiligt sind, zum Beispiel teilnehmende Beobachtungen im Alltag. Das Ausdrucksverhalten in unterschiedlichen Situationen gibt Aufschluss über persönliche Vorlieben und Abneigungen, über die Qualität von Interaktionen, über die subjektive Bedeutsamkeit von Aktivitäten innerhalb und ausserhalb des Wohnbereichs. Beispielfhaft sei hier auf Beobachtungsergebnisse der Kölner Lebensqualität-Studie verwiesen. Die Studie hat bei einem Teil der in die Untersuchung einbezogenen Heimbewohnerinnen und -bewohner mit komplexen Beeinträchtigungen gravierende Einschränkungen ihrer Lebensqualität aufgedeckt. Ihre Alltagswirklichkeiten sind lokalisiert im Feld zwischen Subjektorientierung und Verobjektivierung, zwischen sozialen Beziehungen und Isolation, zwischen Achtung individueller Bedürfnisse und Machtmissbrauch. Probleme in der Interaktion zwischen den schwer beeinträchtigten Heimbewohnerinnen und -bewohnern und Betreuenden können stichwortartig folgendermassen konkretisiert werden (vgl. Seifert, 2002):

- › fehlende Wertschätzung,
- › Vorenthalten von Kommunikation, dialogischer Beziehung, Aktivität und Selbstbestimmung,
- › mangelnde Assistenz bei der Erschliessung der sozialen und materiellen Welt und
- › Ausschluss von der Teilnahme am allgemeinen Leben.

Ein weiteres Feld für die Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer ist die Organisationsentwicklung.

Organisationsentwicklung

Die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer bei der Organisationsentwicklung erfolgt auf unterschiedliche Weise. Das Spektrum reicht von der Information über berichtenswerte Vorgänge, über Anhörungen zu mitgeteilten Entwicklungen oder Projekten und beratenden und mitgestaltenden Funktionen bis zur Mitwirkung und Mitbestimmung.

Im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sind Träger von Einrichtungen und Diensten aufgefordert, tradierte Strukturen, Konzepte und Praktiken zu reflektieren und neu auszurichten. In diesem Kontext haben manche Organisationen einen eigenen *Aktionsplan* zur Umsetzung der Konvention erarbeitet – unter Beteiligung aller Hierarchieebenen, einschliesslich der Nutzerinnen und Nutzer der Angebote (vgl. Grüber und Ackermann, 2014).

Vordringliche Handlungsfelder werden gemeinsam festgelegt, zum Beispiel Bewusstseinsbildung, Partizipation, Barrierefreiheit, Empowerment und Selbstbestimmung, Gesundheit, Wohnen, Teilhabe am Leben in der Gemeinde, Arbeit. Im Handlungsfeld Partizipation ist beispielsweise zu prüfen, ob Verfahrensabläufe so gestaltet sind, dass Betroffene ihre Sichtweise wirksam einbringen können, ob Kommunikationswege transparent sind und den Zugang zu wichtigen Informationen barrierefrei ermöglichen. Die Belange von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf sind dabei ebenfalls zu berücksichtigen.

Der Bundesverband der evangelischen Behindertenhilfe (BeB) in Deutschland hat für seine Mitgliedseinrichtungen einen Leitfaden zur Erstellung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK publiziert, auch in Leichter Sprache (siehe Kasten).

Die Erfahrungen vor Ort zeigen, dass die Beteiligung von Menschen mit sogenannt geistigen Behinderungen überall noch ganz am Anfang steht und *geübt und gestaltet werden* muss (Grüber und Ackermann, 2014, 13). Andere Arbeitsweisen und eine kontinuierliche personelle Unterstützung sind erforder-

Ausschnitt aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK des BeB (in Leichter Sprache)

Der Weg zum Aktions-Plan: Beim Aktions-Plan müssen viele Menschen zusammen-arbeiten. Menschen mit Lern-Schwierigkeiten, Chefs, Mitarbeiter, Familie. Bürger-Meister, Mitarbeiter aus dem Amt, Vereine.

Die Arbeit am Aktions-Plan muss langsam gehen. Damit alle mit-machen können. Auch Menschen mit Lern-Schwierigkeiten. Damit alle verstehen: Darum geht es.

Im Aktions-Plan muss stehen: Welche Probleme haben Menschen mit Lern-Schwierigkeiten. Was wird schon getan. Dann weiss man: Das muss noch getan werden.

Im Aktions-Plan muss auch stehen: Wer muss ein Ziel erreichen. Und wie schnell soll das gehen.

Eine Person soll berichten: Das Ziel wurde erreicht. Oder das Ziel wurde noch nicht erreicht.

(Grüber und Niehoff, 2014, 14f.)

derlich, was wiederum Ressourcenfragen aufwirft. So ist zum Beispiel zu klären, unter welchen Bedingungen die Mitarbeit an der Erstellung und Umsetzung von Aktionsplänen erfolgen kann:

Werden Menschen mit geistiger Behinderung/Lernschwierigkeiten freigestellt, wenn sie in einer Werkstatt arbeiten oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sind oder nicht? Finden die Sitzungen in ihrer Freizeit statt? Dies kollidiert dann ggf. mit den Arbeitszeiten der Mitarbeitenden der Einrichtungen. Eine Möglichkeit kann sein, den Verdienstausschlag zumindest teilweise zu ersetzen. (Grüber und Ackermann, 2014, 21)

Ausserhalb von Einrichtungen und Diensten engagieren sich auch Selbstvertreterorganisationen für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Selbstvertreterorganisationen

Regional agierende Selbstvertreterorganisationen, sogenannte *People-First-Gruppen* (Mensch-zuerst-Gruppen), engagieren sich für die Rechte von Menschen mit Lernschwierigkeiten (den Begriff *geistige Behinderung* lehnen sie ab) und deren Partizipation in allen Lebensbereichen. «Nichts über uns ohne uns!», heisst die Devise (siehe Kasten).

Die Mitglieder der People-First-Gruppen werden in ihrer Arbeit durch unabhängige Assistentinnen und Assistenten begleitet und im Empower-

Ausschnitt aus dem Positionspapier des Schweizer Netzwerks von People First

Partizipation – Teilhabe ist ein Menschenrecht, auch in der Schweiz

- › UN-BRK: die Umsetzung muss zwingend mit Einbezug der betroffenen Menschen, in allen Bereichen erfolgen.
- › Die Politik muss die Gesetzesbestimmungen so anpassen, dass Partizipation für Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Schweiz unabdingbar wird.
- › Inklusion betrifft alle Menschen in der Schweiz «ausnahmslos».

(mensch-zuerst schweiz, 2016, 6)

ment-Prozess unterstützt. Nach Aussagen von Beteiligten erleben sie die Mitarbeit in den Gruppen als positiv, insbesondere hinsichtlich der *Selbstwirksamkeit* («Ich kann da was bewegen») und der erfahrenen *Anerkennung*, sowohl gruppenintern als auch in der Öffentlichkeit («Dass die auch sehen: Ach, guck mal, die Leute können doch was») (Düber, 2015, 194). Die Beteiligung an der lokalen Interessenvertretung geht mit individuellen *Lernprozessen* einher, die den Einzelnen zur wirksamen Mitarbeit erst befähigen (vgl. Düber, 2015; Niess, 2016). Für manche wird die Tätigkeit zum Sprungbrett für eine Mitarbeit in lokalen Behindertenbeiräten.

Das Engagement beschränkt sich nicht nur auf die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen, sondern nimmt auch das Zusammenleben im Quartier in den Blick.

Engagement im Quartier

Die Partizipation an der Gestaltung der eigenen Lebenssituation bezieht sich auch auf das *sozialräumliche Umfeld*, das *Quartier*. Quartier – das kann ein Wohngebiet sein, ein Viertel, ein Stadtteil, ein Dorf oder eine Gemeinde, kurz: der Raum, in dem Menschen zusammenleben, in dem sie sich auskennen, sich zuhause fühlen, sich versorgen, ihre sozialen Netze knüpfen und – im Idealfall – sich engagieren für Verbesserungen, die allen zugutekommen.

Quartiere haben ein jeweils eigenes Profil. Manche zeigen besonderen Entwicklungsbedarf, weil ökonomisch und soziokulturell bedingte Problemlagen kumulieren, zum Beispiel durch Defizite in der Infrastruktur, durch Arbeitslosigkeit, einen hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten und das Fehlen von Selbstorganisationsstrukturen. Andere zeichnen sich aus durch ein

aktives lokales Gemeinwesen, mit einem grossen Fundus an *Sozialkapital*, an gesellschaftlichen Ressourcen, die «von Vertrauen und wechselseitiger Unterstützung, von Kooperation und alltagspraktischer Effektivität geprägt sind» (Menzl, 2007). Die dort lebenden Quartiersbewohnenden sind meist in vielfältige soziale Netze eingebunden, zum Beispiel in Kirchengemeinden, Vereinen, Bürgerinitiativen oder Nachbarschaftstreffs, ein guter Nährboden für Engagement und Beteiligung.

Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen sind bislang eher selten an Prozessen der Quartiersentwicklung beteiligt. Barrieren liegen sowohl in individuellen Dispositionen und mangelnder Unterstützung durch das persönliche soziale Umfeld als auch in fehlender Bereitschaft und Erfahrung der Aktiven in Nachbarschaft und Quartier, ihr Engagement mit behinderten Menschen zu teilen und sie willkommen zu heissen. Barrieren sind auch im System der Behindertenhilfe begründet, das sich als weitgehend eigenständiger Raum entwickelt hat, der Separationstendenzen begünstigt.

Um Beteiligungschancen von Menschen mit Behinderungen an lokalen Gestaltungsprozessen zu erhöhen, ist ein Wandel im *Selbstverständnis der Orga-*

Projekte zur Stadterkundung

Am *Hamburger Projekt Mitmischen – Teilhabe im Stadtteil*, waren Menschen mit kognitiven und mehrfachen Beeinträchtigungen beteiligt (vgl. Könnecke, 2012). Ergebnis ihres Engagements war die Gründung der *Inklusiven Interessengemeinschaft Runder Tisch «Barrierefreie Schanze»*, die über Gespräche mit Politikerinnen und Politikern, Gewerbetreibenden unter anderem versucht, Verbesserungen im Stadtteil zu erreichen. Ein wichtiges Thema der Initiative war unter anderem das Fehlen barrierefreier Toiletten.

In *Berlin* haben sich in mehreren Bezirken Gruppen von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und Unterstützenden gebildet, die Angebote im Stadtteil aufsuchen, unter inklusiven Aspekten bewerten und in einem *Kiez-Atlas – für fast alle* zusammenfassen. Zentrale Fragen waren: Wo gehen wir gerne hin? Wo fühlen wir uns willkommen? Was sollte geändert werden? Der Besuch des bezirklichen Stadtteilzentrums wird beispielsweise so kommentiert: Was gefällt uns? Sehr billig, schöne Auswahl; freundliche Leute, gut für Eltern mit Kindern. Was sollte geändert werden? Zu wenig Angebote für Leute in meinem Alter – von 30 Jahren bis man nicht mehr kann (Pankower Lieblings-Orte, 2012).

Mit ihrem Engagement tragen die Gruppen zur Verbesserung der allgemein zugänglichen Angebote im Quartier bei. Sie sind Akteure im Quartiersentwicklungsprozess.

nisationen erforderlich. Sie sollten sich nicht länger nur als Dienstleistende mit eng abgestecktem Aktions- und Fachgebiet begreifen, sondern als zivilgesellschaftliche Akteure mit dem Anspruch, die gemeinwesenbezogene Vernetzung von Nutzerinnen und Nutzern und ihre Beteiligung an lokalen Entwicklungsprozessen zu fördern (vgl. Reiser, 2015). Im Klartext: Soziale Organisationen sollten sich zu Enablern, das heisst zu Ermöglichern von Partizipationsprozessen fortentwickeln (vgl. Reiser, 2010).

Mancherorts gibt es bereits gute Erfahrungen mit gelungener Beteiligung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen an Gestaltungsprozessen im sozialräumlichen Umfeld, die unmittelbaren Bezug zur eigenen Lebenswirklichkeit haben. Ein Beispiel sind Projekte zur *Stadterkundung*. Sie machen es sich zur Aufgabe, Teilhabebarrrieren zu identifizieren und deren Beseitigung einzufordern, wie die Einrichtung eines Ampelübergangs oder eines Fahrstuhls am Bahnhof. Das kommt nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch anderen Leuten zugute (siehe Beispiele im Kasten).

Bürgerschaftliches Engagement

Eine weitere Möglichkeit, im Sozialraum gestaltend aktiv zu werden, ist das *bürgerschaftliche Engagement*. Über Kooperation und Vernetzung der Behindertenhilfe mit anderen sozialen Organisationen im Quartier oder mit örtlichen Freiwilligenagenturen können in unterschiedlichen Bereichen *Engagementfelder und Mitmachmöglichkeiten* erschlossen werden – häufig im Rahmen sozialer Projekte, zum Beispiel in einem Sozialkaufhaus, das Waren aus zweiter Hand anbietet, oder bei der Ausgabe von Lebensmitteln, Speisen und Getränken an Bedürftige, nach dem Tafelprinzip.¹

Das Diakonische Werk Hamburg hat einen *Praxisleitfaden* mit Arbeitsmaterialien und Erklärungen in Leichter Sprache erarbeitet, um Freiwilligenagenturen und der Behindertenhilfe Tipps für die Förderung der Freiwilligentätigkeit von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen zu geben. Dazu gehören zum Beispiel ein Leitfaden für eine barrierefreie Freiwilligenbörse und die Konzeption eines Workshops für Leute, die sich für andere engagieren möchten (vgl. Diakonisches Werk Hamburg, 2013).

Aktivitäten dieser Art verändern das gesellschaftliche Bild von Menschen mit Behinderungen: Indem sie sich selbst für das Gemeinwohl einsetzen, demonstrieren sie, dass sie nicht nur auf Unterstützung angewiesen sind,

1 Das Tafelprinzip beinhaltet das Engagement von gemeinnützigen Organisationen bei der Verteilung von Lebensmitteln, die nicht mehr regulär verkauft werden können und ansonsten vernichtet würden, an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen. Beispiele: Berliner Tafel, Hamburger Tafel u. a.

sondern durch Beteiligung an gemeinnützigen Aktionen auch Unterstützung geben können. Viele benötigen bei den ehrenamtlichen Aktivitäten Assistenz – eine professionelle Leistung, die in Deutschland bislang nicht finanziert wird.

Das in Artikel 4 UN-BRK (*Allgemeine Verpflichtungen*) und Artikel 29 UN-BRK (*Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben*) verankerte *Partizipationsgebot* fordert die Vertragsstaaten auf, auf der Ebene des Bundes, der Länder und Kommunen Strukturen zu schaffen, die die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Behinderungen an der «Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen», zu gewährleisten.

Auf kommunaler Ebene besteht in diesem Feld noch erheblicher Handlungsbedarf. Wo *Mitwirkungs-gremien* bestehen, zum Beispiel Behindertenbeiräte, sind Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen meist nicht vertreten. Ihre Interessen werden in der Regel von Träger- oder Verbandsvertreterinnen und -vertretern oder durch Angehörigeninitiativen eingebracht. Die geringe Beachtung der Meinung dieser Personengruppe lässt ausser Acht, dass deren subjektive Erfahrungen und Vorstellungen wertvolle Hinweise für die *Entwicklung inklusiver Gemeinwesen* geben. Anders als behinderte Menschen ohne kognitive Einschränkungen, die vor allem objektiv überprüfbare Massstäbe einbringen (zum Beispiel Barrierefreiheit, Partizipation), werden von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen häufig auch qualitative Aspekte benannt, die mit den Begriffen Dazugehören, Willkommen-Sein, Anerkennung und Wertschätzung umrissen werden können. Themen mit direktem Bezug zu Alltagsfragen können ihren Einstieg in politisches *Mit-Mischen* erleichtern (siehe Kasten).

Als geeigneter Raum zur Artikulation der Vorstellungen von Menschen mit Behinderungen erweisen sich *offene Foren* – zum Beispiel in Form von Runden Tischen, Stadtteilkonferenzen, World Cafés oder Zukunftswerkstätten. Hier kommen Menschen mit Behinderungen und lokale Akteure miteinander ins Gespräch und entwickeln gemeinsam Strategien zur Lösung bestehender gemeinwesenbezogener Problemlagen. Mögliche Themenfelder offener Foren sind die Stärkung der sozialen Einbindung von Menschen mit Behinderungen im Stadtteil, der Austausch über notwendige Rahmenbedingungen für ein individuell gestaltetes und in Nachbarschaften eingebettetes Wohnen, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Quartier, die interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe sowie strategische Planungen zur Verbesserung der Teilhabechancen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist besonderes Augenmerk auf individuelle Unterstützungsarrangements für alternde Menschen mit Behinderungen und die dafür notwendigen Versorgungsstrukturen im Bereich des Wohnens und der Gestaltung des Tages zu lenken.

Partizipation von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung auf kommunaler Ebene

Ein Beispiel zur Nachahmung liefert die Stadt *Münster* in Nordrhein-Westfalen (vgl. Rüter, 2016). Hier gibt es zum Beispiel eine *Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung* (KIB), in der auch Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen vertreten sind. Seit mehr als 25 Jahren finden regelmässig *Regionalkonferenzen* zur Weiterentwicklung der Lebenswelten von Menschen mit sogenannt geistigen Behinderungen statt, an der Träger, Vertreterinnen und Vertreter der Stadt und Kostenträger in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Selbstvertretergruppe WiM (*Wir Menschen mit Lernschwierigkeiten in Münster*) beteiligt sind. Das Gremium veranstaltet auch Fachtagungen in Leichter Sprache, auf denen Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen lernen können, wie Politik in Münster funktioniert und wo sie Informationen zu bereits bestehenden Gruppen und Impulse für eigene Aktivitäten erhalten.

Notwendige Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Mitwirkung sind die Aufbereitung aller Informationen in Leichter Sprache, unterstützende Medien und Materialien (zum Beispiel Visualisierung, Verbalisierung, Kommunikationshilfen) und Diskussionsverläufe, die diesem Personenkreis Gelegenheit geben, ihre Sichtweisen in der ihnen möglichen und gegebenenfalls vorbereiteten Form einzubringen. Bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltung ist Assistenz unerlässlich.

Schlussbemerkungen

Dieser Beitrag hat vielfältige Möglichkeiten der Partizipation von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen an der Gestaltung ihrer Lebenssituation aufgezeigt und Bedingungsfaktoren für eine Stärkung der Beteiligungschancen benannt. Besonderer Entwicklungsbedarf wurde auf folgenden Ebenen festgestellt: Empowerment-Prozesse bei den behinderten Menschen, Veränderungen im Denken und Handeln der Professionellen, Erarbeitung von partizipationsfördernden Konzepten, Schaffung adäquater Strukturen, Verankerung der Partizipation in Handlungs- und Entscheidungsprozessen (organisationsintern sowie auf lokaler und kommunaler Ebene) und nicht zuletzt die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen – konkret: Geld, Zeit, qualifiziertes Personal, Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen (vgl. Beck, 2013; Heiden, 2014; Seifert, 2015).

Ziel muss eine Partizipation *auf Augenhöhe* sein, mit der jeweils notwendigen Unterstützung. Noch bestehende Barrieren sind bekannt – sie zu besei-

tigen ist eine gesellschaftliche und politische Aufgabe, für deren Lösung alle relevanten Akteure Verantwortung tragen.

Literatur

- Beck, Andreas (2014). Beteiligung auf Augenhöhe. *Teilhabe*, 53(2): 75–81.
- Beck, Iris (2002). Die Stellung von Nutzerbefragungen im System der Qualitätsentwicklung. In: Dokumentation der Fachtagung *Nutzerbefragung in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe – Chancen und Grenzen*, veranstaltet von der trägerübergreifenden Arbeitsgruppe Nutzerbefragung am 21. Juni 2002. Hamburg, 5–16.
- Beck, Iris (2013). Partizipation – Aspekte der Begründung und Umsetzung im Feld von Behinderung. *Teilhabe*, 52(1): 4–11.
- Berliner Wohnteilhabegesetz – WTG. Gesetz über Selbstbestimmung und Teilhabe in betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen (2018). Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. https://www.berlin.de/sen/soziales/themen/berliner-sozialrecht/kategorie/rechtsvorschriften/wtg_pflege-573411.php (Zugriff: 07.10.2018).
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (Hrsg.) (2013). Dokumentation der Fachtagung zum Projekt *Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?* Eine Zwischenbilanz. Berlin.
- Diakonisches Werk Hamburg (2013). Engagement von Menschen mit Behinderungen. Erfahrungen aus dem Projekt Selbstverständlich Freiwillig. Mit Arbeitsmaterialien und Erklärungen in Leichter Sprache. http://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/default/.content/downloads/Fachbereiche/FE/01_Engagement-von-Menschen-mit-Behinderungen_Leitfaden.pdf (Zugriff: 23.10.2017).
- Dobslaw, Gudrun und Werner Pfab (2015). Kommunikative Strategien in Teilhabegesprächen. *Teilhabe*, 54(3): 114–119.
- Doose, Stefan (2012). Zukunft gestalten – Hilfe planen. Methoden einer individuellen Hilfe- und Persönlichen Zukunftsplanung. In: Maier-Michalitsch, Nicola J. und Gerhard Grunick (Hrsg.). *Wohnen. Erwachsenwerden und Zukunft gestalten mit schwerer Behinderung*. Düsseldorf: verlag selbstbestimmtes leben, 53–71.
- Düber, Miriam (2015). Politische Partizipation von Menschen mit Lernschwierigkeiten in kommunalen Behindertenbeiräten. In: Düber, Miriam, Albrecht Rohrmann und Marcus Windisch (Hrsg.). *Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 190–204.

- Gromann, Petra und Anke Brückner (2014). Abschlussbericht zum Projekt *Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?* Hrsg.: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Berlin.
- Grüber, Katrin und Stefanie Ackermann (2014). Handlungsanleitung – Aktionsplan des BeB als Handlungsmuster für seine Mitgliedseinrichtungen. Beteiligung verändert. Hrsg.: Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. Berlin. http://imew.de/fileadmin/Dokumente/Volltexte/BeB_Bro-Handlungsleitfaden_UN-BRK_normaleSprache04_Druckversion_mit_tags__2_.pdf (Zugriff: 23.10.2017).
- Grüber, Katrin und Claudia Niehoff (2014). Leit-Faden. Beteiligung verändert. Leichte Sprache. Hrsg.: Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. Berlin. http://imew.de/fileadmin/Dokumente/Volltexte/Tagungen_2014/BeB_Bro-Handlungsleitfaden_UN-BRK__Leichte-Sprache.pdf (Zugriff: 23.10.2017).
- Heiden, H.-Günter (2014). «Nichts über uns ohne uns!» – Von der Alibi-Beteiligung zur Mitentscheidung! Eine Handreichung zur Umsetzung des Gebotes der «Partizipation» der UN-Behindertenrechtskonvention. Hrsg.: Netzwerk Artikel 3 e.V., Berlin.
- Helmkamp, Stefan (2000). Befragung schwerbehinderter Menschen in der Tagesförderstätte – und über das Verfahren der stellvertretenden Beantwortung. Unveröff. Vortrag. Alsterdorfer Fachforum am 06.04.2000. Hamburg.
- Hermes, Gisela (2011). Nutzerkontrolle durch Kompetenztransfer. In: Beck, Iris und Heinrich Greving (Hrsg.). *Gemeindeorientierte pädagogische Dienstleistungen*. Stuttgart: Kohlhammer, 178–184.
- Hofmann, Burghard und Ulrich Niehoff (2008). *Ideen- und Beschwerdemanagement. Ein Instrument in Leichter Sprache*. Marburg: Lebenshilfe-Verlag.
- Holst, Jesper (2000). Leben im Gemeinwesen und individuelle Hilfeplanung. Erfahrungen aus Dänemark. In: Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft e.V. (Hrsg.). *Individuelle Hilfeplanung*. Dokumentation der Fachtagung 1999. Bonn/Düren: Eigenverlag DHG, 57–64.
- Keupp, Heiner (2005). Empowerment statt «fürsorgliche Belagerung» für Menschen mit Behinderung! Zivilgesellschaftliche Impulse für den Sozialstaat. In: Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft e.V. (Hrsg.). *Chancen für Menschen mit Behinderung in der Krise des Sozialstaats?* Dokumentation der Fachtagung 2004. Bonn/Düren: Eigenverlag DHG, 35–44.
- Könnecke, Stefanie (2012). Einmischung erwünscht! Menschen mit und ohne Behinderung planen ihren Stadtteil. *Das Band*, 6: 16–17.
- Konrad, Martin und Martin Schützhoff (2010). Nueva – Nutzerinnen und Nutzer evaluieren. Qualitätsmessung und -beschreibung aus Nutzerinnen- und Nutzerperspektive. *Teilhabe*, 49(3): 135–141.

- mensch-zuerst schweiz (people first) (2016). Positionspapier. Rorschach. <http://mensch-zuerst.ch/userfiles/files/2016-05Positionspapier.pdf> (Zugriff: 23.10.2017).
- Menzl, Marcus (2007). Allgemeine Thesen zur Sozialen Stadtteilentwicklung. In: Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V (Hrsg.). *Ambulantisierung in der Behindertenhilfe und Stadtteilentwicklung. Wie sieht das ideale Quartier aus?* Dokumentation des Fachtags am 31. August 2006, 25–32.
- Niess, Meike (2016). *Partizipation aus Subjektperspektive. Zur Bedeutung von Interessenvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Oberholzer, Daniel und Regina Klemenz (2014). Subjekt- und teilhabebezogene Leistungsbemessung in der Behindertenhilfe. Schlussbericht im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds für praxisorientierte Forschung an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen (DORE), unter Mitarbeit von Matthias Widmer, Claudia Oberholzer, Marion Fleisch et al. Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Institut für Professionsforschung und kooperative Wissensbildung.
- Pankower Lieblings-Orte (2012). 2. Auflage. Berlin. https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Kiez-Atlas/Kiezatlas_Pankow.pdf (Zugriff: 25.10.2017).
- Reiser, Brigitte (2015). Bürger statt Klienten – mehr Selbst- und Mitbestimmung für Behinderte, *Forum Zivilgesellschaft*, Nr. 02.
- Reiser, Brigitte (2010): Participation revisited: Perspektiven für die Beteiligung von Bürger/innen auf lokaler Ebene. *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft*, Jg. 19, H. 01.10.2010, S. 1–17. http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_reiser_101001.pdf (Zugriff: 15.08.2018).
- Rüter, Doris (2016). Gemeinsam aktiv für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung – Handlungsansätze in Münster. In: Terfloth, Karin, Ulrich Niehoff, Theo Klauss und Sabrina Buckenmaier (Hrsg.). *Inklusion – Wohnen – Sozialraum. Grundlagen des Index für Inklusion zum Wohnen in der Gemeinde*. Marburg: Lebenshilfe-Verlag, 212–219.
- Schäfers, Markus (2008). *Lebensqualität aus Nutzersicht. Wie Menschen mit geistiger Behinderung ihre Lebenssituation beurteilen*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seifert, Monika (2015). Partizipation von Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen im Rahmen professioneller Dienstleistungen. In: Düber, Miriam, Albrecht Rohrmann und Marcus Windisch (Hrsg.). *Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsan-*

- sätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 364–376.
- Seifert, Monika (2010). «Kundenstudie» – Bedarf an Dienstleistungen zur Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung, Abschlussbericht. Berlin: Rhombos Verlag.
- Seifert, Monika (2002). Menschen mit schwerer Behinderung in Heimen. Ergebnisse der Kölner Lebensqualität-Studie. *Geistige Behinderung*, 41(3): 202–222.
- Wansing, Gudrun (2005). *Teilhabe an der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung zwischen Inklusion und Exklusion*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weber, Erik (2008). HIP – Hilfe bei der Hilfeplanung. In: Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft e. V (Hrsg.). Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe. Dokumentation der Fachtagung 2007. Bonn/Jülich: Eigenverlag DHG, 175–180.
- Windisch, Marcus, Albrecht Rohrmann und Miriam Düber (2015). Barrierefreie Partizipation – eine Quintessenz. In: Düber, Miriam, Albrecht Rohrmann und Marcus Windisch (Hrsg.). *Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 396–414.

Rémy Vuillème

Rémy Vuillème wurde 1994 geboren. Er lebt in Saint-Aubin und besucht das Atelier CREAHM seit Ende 2011 an einem Tag pro Woche.

Rémy verfügt immer über mehrere Kniffe, Tricks und Schlaumeiereien, um seine Werke zu fabrizieren, die sehr oft das vorgesehene Format sprengen. Alle Gerätschaften, die ihm in die Hände kommen, laufen Gefahr vereinnahmt zu werden. So verwandelt sich sein Arbeitsplatz, sein Tisch, die Wand oder der Fussboden zu einem Experimentierlaboratorium.

Total losgelöst und in seinem Element kombiniert Rémy Materialien und Techniken, benutzt erst grafische Formen, dann wieder ganz materialistische oder nur angedeutete. Dieselbe Energie zirkuliert zwischen seinen wackligen Häusern, seinen Autokarussells, den Clown-Porträts, den elektrischen Geräten, die seinen Aussagen nach alle ein wenig «trafiqués», frisiert sind. Durch sie verbreitet der Künstler unbewusst einige Krümel seiner unverwüstlichen guten Laune und seines täglichen entzückten Staunens.

Proqualis – Evaluationen im Bereich der Behindertenhilfe durch Peer-Befragende

Christiane Maurer und Birgit Peböck

Einleitung

Proqualis ist ein Projekt des «Kompetenznetzwerks Informationstechnologie zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen», kurz KI-I. Das KI-I ist ein ausseruniversitäres Forschungsinstitut, das im Jahr 2003 als Verein gegründet wurde. Ziel des KI-I ist es, durch «Erforschen, Entwickeln, Verbreiten und Anwenden von technischen und sozialen Innovationen die Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und älteren Menschen zu verbessern» (KI-I, 2017, 3). Um dieses Ziel zu verwirklichen, sind derzeit zwanzig Mitarbeitende am KI-I beschäftigt. Über die Hälfte davon sind Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen, wie etwa Sehbeeinträchtigungen und/oder motorischen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigungen (KI-I, 2017, 22).

Proqualis erhebt die Nutzenden-Sicht in Einrichtungen der Behindertenhilfe und arbeitet dabei nach der sogenannten nueva-Methode¹ in einem multiprofessionellen Team. Dazu gehören Menschen mit Lernschwierigkeiten² als qualifizierte Peer-Befragende, Sozialpädagoginnen, Sozialwissenschaftler und Technikerinnen. Es werden Befragungen mit dem Ansatz der *partizipativen Sozialforschung*³ durchgeführt, was hier bedeutet, dass im gesamten Befragungsprozess Menschen mit Lernschwierigkeiten in allen Schritten einbezogen werden. Durch diesen Einbezug geht auch bei der Instrumentenerstellung die Entscheidungsmacht von den Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern zur Zielgruppe der Befragten über. Den Befragten werden im Anschluss in einer für sie möglichst zugänglichen Art und Weise die Ergebnisse der Befragung vermittelt. Damit soll sichergestellt werden, dass sie auch

1 nueva ist eine Methode, in der Nutzende Wohn-, Arbeits- und Beschäftigungsangebote evaluieren. Das nueva-Konzept wurde vor über zehn Jahren vom Verein «atempo», einem Sozialunternehmen in Graz, gegründet. Heute besteht nueva aus einem Social Franchise-Netzwerk mit selbstständigen Partnerinnen und Partnern in Deutschland und Österreich. Proqualis ist einer dieser Partner im nueva-Netzwerk. Vgl. dazu: <http://www.nueva-network.eu/de/Referenzen/>.

2 Menschen mit Lernschwierigkeiten empfinden diese von ihnen selbstgewählte Bezeichnung für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung als wertschätzender.

3 Siehe ausführlicher zur partizipativen Sozialforschung weiter unten.

nach der Befragung in die Umsetzung von adäquaten Massnahmen einbezogen werden.

Damit wirkliche Partizipation möglich ist, ist *Leicht Lesen*⁴ für die Arbeit bei Proqualis Standard. Zum Beispiel sind Arbeitsverträge und Arbeitsanweisungen für die Befragenden oder die Fragebögen und die Ergebnisberichte in *Leicht Lesen* verfasst.

Die Peer-Befragenden eignen sich aufgrund von zwei Prinzipien für ihre Befragungstätigkeit. Auf der einen Seite beinhaltet das *Peer-Prinzip* eine Eignung über die Ähnlichkeit, und auf der anderen Seite das *Kompetenzprinzip* eine Eignung über die *Professionalität* (Fröhlich und Konrad, 2009, 28). Die nötigen Kompetenzen erhalten die Peer-Befragenden durch eine zweijährige Berufsausbildung mit «theoretischen und praxisorientierten Ausbildungsteilen, wie beispielsweise die Gestaltung des Interview-Settings, Techniken der Interviewführung, Verhalten während des Interviews, Umgang mit unerwarteten Störfaktoren usw.» (Fröhlich und Konrad, 2009, 41). Durch diese Ausbildung können Menschen mit Lernschwierigkeiten als Fachkräfte im ersten Arbeitsmarkt tätig werden.

Impact und Wirkungsziele von Proqualis

Die wirkungsorientierte Arbeit von Proqualis basiert auf dem Ansatz der «Phineo gAG» (vgl. Kurz und Kubek, 2013). Um den Impact *Empowerment für Menschen mit Lernschwierigkeiten* zu erreichen, wurden zwei Wirkungsziele, nämlich die Sicherung und Verbesserung der Wohn- und Arbeitsqualität sowie die Veränderung des Rollenbildes, mit den dazugehörigen Indikatoren definiert (siehe Abbildung 1).

Es gibt eine Menge an unterschiedlichen Evaluierungsprojekten, die miteinander verglichen und nach Beteiligung der Nutzenden kategorisiert werden können, sodass die nueva-Methode im internationalen Kontext auch eingeordnet werden kann (siehe Tabelle 1).

Nutzende werden in den verschiedenen Projekten in unterschiedlichen Rollen und auf unterschiedlichen Ebenen beteiligt. Tabelle 2 gibt einen Überblick, in welchen Projekten Nutzende als Peer-Befragende beziehungsweise als Befragte beteiligt werden.

Eine weitere Systematisierung der Nutzendenbeteiligung im Evaluationsprozess erfolgt durch die Einteilung in direkte beziehungsweise indirekte Beteiligung (siehe Tabelle 3). *Direkte Beteiligung* bedeutet, dass Nutzende einen unmittelbaren Beitrag leisten, und zwar aktiv, wenn zum Beispiel Nutzende

4 Nähere Erklärungen zu *Leicht Lesen* siehe weiter unten.

Abbildung 1: Impact und Wirkungsziele

Quelle: KI-I, 2017, 38.

eine Befragung durchführen und passiv, wenn Nutzende befragt werden. Wohingegen die *indirekte Beteiligung* meint, dass Nutzende das Objekt der teilnehmenden Beobachtung sind (Bernhart et al., 2008, 55).

Ebenso kann eine Einteilung nach dem aktiven und passiven Ansatz getroffen werden. Der *passive Ansatz* besagt, dass Nutzende als Befragte in den Evaluationsprozess eingebunden werden, wohingegen beim *aktiven Ansatz* Nutzende als Expertinnen und Experten und als Peer-Befragende beteiligt sind (Fröhlich und Konrad, 2009, 22).

Tabelle 1: Vergleich unterschiedlicher Evaluierungsprojekte

Bezeichnung des Evaluationsprojekts		Herkunft
AQUA-FUD	Arbeitshilfe zur Qualitätsentwicklung für Familienunterstützende und Familienentlastende Dienste	Deutschland
AQUA-NetOH	Arbeitshilfe zur Qualifizierung von örtlichen Netzwerken offener Hilfen für Menschen mit Behinderung	Deutschland
AQUA-UWO	Arbeitshilfe zur Qualitätsentwicklung in Diensten für Unterstütztes Wohnen von Menschen mit geistiger Behinderung	Deutschland
Ask Me!	Evaluierung der Lebensqualität aus Sicht der Nutzenden	USA
GBM/POB	G estaltung der B etreuung von M enschen mit B ehinderungen/ P lanung und O rganisation in der B etreuung	Deutschland
LEWO	L ebensqualität in W ohnstätten für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung Lebens- und Wohnqualität in wohnbezogenen Diensten	Deutschland
LOCO	L earning O pportunities C oordination Analyse koordinierter Lerngelegenheiten im Wohnstättenbereich für behinderte Menschen	England
nueva	N utzerinnen und Nutzer eval uieren	Österreich
PASSING	P rogram A nalysis of S ervice S ystems' I mplementation N ormalization G oals	USA
People First	Der Mensch zuerst (Nutzer-Nutzer-Befragung)	England
QUOFHI	Q ualitätssicherung o ffener H ilfen für Menschen mit Behinderungen	Deutschland
Schöner Wohnen	Bewohnenden-Befragung	Deutschland
SIVUS	S ocial I ndivid V ia U tveckling S amverkan Soziale und individuelle Entwicklung durch gemeinschaftliches Handeln bzw. Zusammenarbeit	Schweden

Quelle: Bernhart et al., 2008, 18.

Tabelle 2: Nutzendenbeteiligung

Projekt	Wer evaluiert?	Wer wird befragt?
AQUA-NetOH	Nutzende	Nutzende
AQUA-UWO	<i>Team von Evaluatorinnen und Evaluatoren:</i> Trägervertreterinnen und -vertreter, externe Beratende, Leitungskräfte, Mitarbeitende, Nutzende, Angehörige	Nutzende Mitarbeitende
Ask Me!	Nutzende	Nutzende oder Bevollmächtigtenteam, bestehend aus einer/einem Fürsprecherin oder Fürsprecher und einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin
LEWO	<i>Team von Evaluatorinnen und Evaluatoren:</i> Moderatorin oder Moderator (externe Beraterin oder externer Berater), Mitarbeitende (Fachkräfte, Leitende), Angehörige, Fürsprechende, gesetzliche Vertreterinnen und Vertreter, Nutzende (nach Möglichkeit)	Nutzende Mitarbeitende Angehörige
LOCO	Mitarbeitende	Mitarbeitende
PASSING	<i>Team von Evaluatorinnen und Evaluatoren:</i> Mitarbeitende, Nutzende, Fachleute aus Verbänden, Universitäten, Angehörige, andere Interessierte	Nutzende Mitarbeitende
People First	Nutzende	Nutzende
QUOFHI	<i>Fremdevaluation:</i> externe Expertinnen und Experten (Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Unternehmensberatungen usw.) <i>Selbstevaluation:</i> Leitende, Mitarbeitende, Nutzende	Mitarbeitende Nutzende Angehörige Institutionen
Schöner Wohnen	Bewohnende, Personen, die nicht unmittelbar in der Betreuung mitarbeiten (Praktikantinnen und Praktikanten, Zivildienstleistende, Studierende, Mitarbeitende anderer Wohneinrichtungen)	Nutzende (oder stellvertretend gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer, Angehörige, Bezugsbetreuerinnen und -betreuer)
SIVUS	Schülerinnen und Schüler nahe gelegener Ausbildungsstätten	Nutzende
nueva	Nutzende	Nutzende Einrichtungsleitende

Quelle: Bernhart et al., 2008, 48 ff.

Tabelle 3: Direkte und indirekte Beteiligung

Projekt	direkte Beteiligung		indirekte Beteiligung
	aktiv	passiv	
LOCO			✓
PASSING		✓	
SIVUS		✓	
LEWO	✓		
Ask me!	✓		
nueva	✓		

Quelle: Fröhlich und Konrad, 2009, 23.

Menschen mit Lernschwierigkeiten als Peer-Befragende

Bei der nueva-Methode gibt es keine Stellvertretenden-Befragungen. Es werden die Nutzenden selbst befragt. Neben Stimmen in der Fachliteratur, die Menschen mit Lernschwierigkeiten als Befragte skeptisch betrachten, gibt es auch Positionen, die die Befragbarkeit von Menschen mit Lernschwierigkeiten durchaus positiv einschätzen. Von diesen Positionen sei hier nur eine genannt:

Insgesamt zeigt die Forschung, dass die Verlässlichkeit von Befragungen geistig behinderter Menschen ebenso hoch zu veranschlagen ist, wie in der Normalbevölkerung. (Bernhart et al., 2008, 111)

Es geht im Wesentlichen also nicht darum, *ob* Menschen mit Lernschwierigkeiten befragt werden können, sondern *wie*. Wenn die Befragung auf Menschen mit Lernschwierigkeiten ausgerichtet ist, sind wertvolle Ergebnisse zu erwarten (Bernhart et al., 2008, 111 f.).

Im Zentrum der nueva-Methode stehen die Peer-Befragenden. Die Tatsache, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten diese Rolle einnehmen, trägt wesentlich zur *Social Role Valorisation* bei, was besagt, dass durch die Arbeit als Peer-Befragende insgesamt das soziale Image dieser Personengruppe verbessert wird, da die Peer-Befragenden eine sozial anerkannte Rolle einnehmen. Des Weiteren erzielt die Ausbildung zur Peer-Befragerin oder zum Peer-Befrager eine Steigerung der Kompetenzen von Menschen mit Lernschwierigkeiten, durch die sie ebenfalls in der Achtung der Gesellschaft steigen (Bernhart et al., 2008, 92). Dazu eine Aussage von Christiane Maurer⁵:

5 Christiane Maurer ist Peer-Befragerin bei Proqualis und Mitautorin dieses Beitrags.

Ich werde wieder mehr von anderen Menschen als Mensch geachtet. Es kommt mehr vor, dass ich mich durch die Schulungen besser weiterentwickeln kann. Mein geistiger Zustand wird mehr gefördert. Die Familie nimmt mich endlich wieder mehr wahr, als Mensch und nicht als Behinderte.

Für das Empowerment von Menschen mit Lernschwierigkeiten ist *die Übernahme der Rolle als Evaluierende* als *positiv* zu bewerten, da sie eine positive Vorbildwirkung auf die Zielgruppe hat (Bernhart et al., 2008, 96), was auch Maurer bestätigt:

Ich werde immer wieder gefragt, wie man so einen Job bekommt. Viele Leute in den Einrichtungen möchten auch eine Arbeit so wie ich.

Mehrere Studien zeigen, dass es durchaus möglich ist, Menschen mit Lernschwierigkeiten zu Interviewenden auszubilden und ihnen dadurch eine verantwortungsvolle Rolle im Forschungsprozess zu übergeben. In manchen Punkten erweist es sich darüber hinaus auch als vorteilhaft, wenn Menschen mit Lernschwierigkeiten die Interviews mit Nutzenden durchführen. Zum Beispiel kann damit das Befangenheitsproblem gelöst oder – durch die soziale Nähe und die gemeinsamen sozialen Kommunikationsformen – die Validität der Daten erhöht werden (Bernhart et al., 2008, 114 f.).

Aussagen von weiteren Peer-Befragenden, die bei Proqualis arbeiten:

Ich finde schon, dass die Leute viel entspannter sind, weil ich ein Peer bin.

Es kommt immer wieder vor, dass Personen in den Einrichtungen zuerst sagen, dass sie nicht mitmachen. Das sagen uns die Betreuer und Betreuerinnen. Wenn wir dann kommen und sie sehen, dass wir auch Menschen mit Beeinträchtigungen sind, dann machen sie doch mit bei der Befragung.

In einer Einrichtung war eine Person gar nicht bei der Vorstellung dabei, weil sie bei der Befragung nicht mitmachen wollte. Die Vorstellung ist immer, wenn wir neu in eine Einrichtung kommen. Ich bin dann später zu dieser Person hingegangen und habe eine Kurzvorstellung nur für diese Person gemacht. Dann habe ich die Person gefragt, ob sie bei der Befragung mitmachen will. Die Person hat kurz überlegt und dann gesagt, dass sie mitmachen möchte. Weil die Person bei der Kurzvorstellung gesehen hat, dass ich auch ein Mensch mit Lernschwierigkeiten bin, deshalb hat sie dann mitgemacht.

Bei nueva-Befragungen geht es immer um die Sicht der Nutzenden. Es geht darum, wie die Dienstleistung bei den Nutzenden ankommt, also um die *Output*

Quality (Fröhlich und Konrad, 2009, 13). Daher ist es eine hohe Anforderung an Befragende, dass sie die Antworten nicht durch eigene Urteile und Bewertungen beeinflussen. Es gibt Situationen, in denen eine Antwort der Befragten nach objektiver Faktenlage falsch erscheint: Zum Beispiel steht in einer Hausordnung, dass Haustiere erlaubt sind, der/die Befragte jedoch antwortet, dass er/sie kein Haustier haben darf. Nachdem die Nutzendensicht wichtig ist, darf diese objektiv gesehen *falsche* Antwort nicht durch Beeinflussung der Befragenden *korrigiert* werden (Fröhlich und Konrad, 2009, 43). Untersuchungen und Beobachtungen haben gezeigt, dass Befragende mit Lernschwierigkeiten «kaum versuchen, Antworten assoziativ aus verschiedenen vorher geäußerten Aussagen oder Beobachtungen abzuleiten beziehungsweise zu ergänzen. Sie korrigieren ihre Interviewpartnerinnen und -partner nicht und verzichten auf das Hinterfragen von Antworten» (Fröhlich und Konrad, 2009, 48). Die Einbindung von Menschen mit Behinderungen zum Zweck der Datenerhebung hat also ein grosses Potenzial:

Zusammenfassend ist zu betonen, dass in der Einbindung von Menschen mit Behinderung in die Evaluationsmethode zum Zweck der Datenerhebung ein grosses Potenzial gesehen werden kann. Die Vorgangsweise bietet eine gute Grundlage für die Herstellung einer zweckdienlichen Interviewsituation, weil sie die soziale Nähe zu den Befragten herstellt. Zugleich entspricht sie auch dem Prinzip der Förderung und Selbstermächtigung. Inwiefern dieses Potenzial in der Lage ist, auch die erforderliche Validität der Daten, die unter Beteiligung der Menschen mit Behinderung erhoben werden, herzustellen, hängt in hohem Ausmass von den verfügbaren Kompetenzen bei der Auswahl und bei der Ausbildung der Evaluatoren ab. (Bernhart et al., 2008, 118)

Aus dem Forschungsprojekt des Transferzentrums der Fachhochschule Joanneum Graz geht hervor, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten die Anforderungen, die an sie als Interviewende gestellt werden, durchaus erfüllen können (Fröhlich und Konrad, 2009, 42 ff.).

Vorteile der Fremdevaluation gegenüber der Selbstevaluation

Viele Behindertenorganisationen führen Selbstevaluationen durch, doch diese bieten Probleme hinsichtlich Abgrenzung und Professionalität. Die Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) beschreibt diese Probleme in der Selbstevaluation wie folgt:

- › Selbstevaluatorinnen und Selbstevaluatoren sind Mitglieder der Organisation und der Gegenstand der Evaluation ist die eigene Praxis. Dies kann zu Abgrenzungsproblemen führen.
- › Selbstevaluatorinnen und Selbstevaluatoren sind meist Personen, die kaum oder wenig in Theorie und Methoden der Evaluation ausgebildet sind. (DeGEval, 2004, 5 f.).

Menschen mit Behinderungen in Betreuungssituationen befinden sich zudem in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Betreuungspersonal (Kremsner, 2016, 71). Führt nun dieses Betreuungspersonal oder anderes Personal der Betreuungsinstitution Befragungen durch, so ist anzunehmen, dass sich die Befragten aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses scheuen, offen Kritik zu äussern. Dies kann sogenannte falsch-positive Ergebnisse bewirken (Schmidt, 2005, 15). All diese Probleme entstehen bei einer Fremdevaluation nicht, da es sich hier – wie in den Standards der DeGEval gefordert – um eine unparteiische Durchführung und Berichterstattung handelt (DeGEval, 2016, 16).

Die Fremdevaluationen durch Proqualis können bei der Befragung von Menschen mit Lernschwierigkeiten in Betreuungsverhältnissen die oben genannten Nachteile der Selbstevaluation abwenden.

Partizipative Sozialforschung

Die nueva-Methode, nach der Proqualis arbeitet, geht über den Peer-Aspekt in der Befragung hinaus. Wesentlich in der Methode ist denn auch die Partizipation der Zielgruppe der Befragten im gesamten Evaluationsablauf. Dies wird mit dem wissenschaftlichen Forschungsansatz der *partizipativen Sozialforschung*⁶ realisiert.

In der partizipativen Sozialforschung geht es darum, diejenigen Personen, deren soziale Wirklichkeit Gegenstand der Forschung ist, partnerschaftlich in den Forschungsprozess einzubeziehen, ihnen die Teilhabe am Forschungsprozess zu ermöglichen und dadurch auch die gesellschaftliche Teilhabe zu steigern (von Unger, 2014, 1 f.). So sollen Akteure zu echten Partnerinnen und Partnern im Forschungsprozess werden:

6 Im deutschsprachigen Raum wird in der Sozialforschung derzeit eine Debatte in Bezug auf Menschen mit Behinderungen über die Begriffe *partizipative*, *inklusive* und *emanzipatorische* Sozialforschung geführt. Es gibt hier noch keine klaren Definitionen und Abgrenzungen (Trautendorfer et al., 2016, 195 f.). Proqualis verwendet den Begriff der *partizipativen Sozialforschung*.

In der partizipativen Forschung sind Akteure aus den Lebens- und Arbeitswelten, die erforscht werden, auf besondere Weise beteiligt: Sie werden zu PartnerInnen im Forschungsprozess, das heisst sie forschen, bestimmen und verwerten aktiv mit. Als Co-Forscherinnen sind sie an allen Phasen des Forschungsprozesses (von der Zielsetzung über die Wahl des Studiendesigns, die Datenerhebung und Datenauswertung bis zur Verwertung) gleichberechtigt beteiligt. (von Unger, 2014, 35)

Partizipative Sozialforschung, deren Wurzeln in der Gesundheitsforschung liegen, ist, verglichen mit anderen Ansätzen in der Sozialforschung, eine relativ junge Wissenschaft. Die *International Collaboration of Participatory Health Research (ICPHR)* hat elf Kernmerkmale für die partizipative Gesundheitsforschung definiert, die für die partizipative Sozialforschung ebenfalls Gültigkeit haben (siehe Tabelle 4).

Aus den unterschiedlichen Modellen der Partizipation verwendet Proqualis das *Stufenmodell* nach Michael Wright, Hella von Unger und Martina Block (vgl. Abbildung 2), um die unterschiedlichen Stufen der Partizipation zu analysieren (vgl. von Unger, 2014, 40). Wirkliche Partizipation startet erst ab der Stufe 6 (Mitbestimmung), bei der Co-Forschende in den Entscheidungsprozess eingreifen können.

Abbildung 2: Stufenmodell der Partizipation

9 Selbstorganisation	geht über Partizipation hinaus
8 Entscheidungsmacht	Partizipation
7 teilweise Entscheidungskompetenz	
6 Mitbestimmung	
5 Einbeziehung	Vorstufen der Partizipation
4 Anhörung	
3 Information	
2 Anweisung	Nicht-Partizipation
1 Instrumentalisierung	

Quelle: von Unger, 2014, 40.

Tabelle 4: Elf Kernmerkmale der partizipativen Gesundheitsforschung

Kernmerkmale	Beschreibung
Partizipative Gesundheitsforschung (PGF) ist partizipativ.	Die Forschung wird nicht an, sondern mit Menschen betrieben.
PGF ist lokal situiert.	Die Forschung fokussiert auf den Alltag der Menschen, deren Leben und Arbeit beforscht wird und ist stark vom spezifischen Kontext abhängig.
PGF ist ein kollektiver Forschungsprozess.	Der Forschungsprozess wird von einem Forschungsteam gesteuert. In diesem sind zusätzlich zu den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch alle anderen Interessengruppen des Forschungsprozesses vertreten. Die Bezeichnung <i>Forscherin oder Forscher</i> meint alle Mitglieder des Forschungsteams.
PGF-Projekte sind Eigentum aller Beteiligten.	Der Prozess und die Ergebnisse gehören dem gesamten Forschungsteam. Entscheidungen über die Verwendung der Ergebnisse werden im Forschungsteam getroffen.
PGF fördert zivilgesellschaftliches Engagement, um Veränderungsprozesse zu unterstützen.	Alle Formen der partizipativen Sozialforschung sollen nachhaltige Veränderungsprozesse für die Beteiligten fördern, deren Alltag Gegenstand der Forschung ist.
PGF fördert kritische Reflexivität.	Im Forschungsprozess ist eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie Macht und Machtlosigkeit den Alltag der Menschen beeinflussen, nötig. Es soll sowohl das Machtverhältnis im Forschungsteam als auch das Machtverhältnis zwischen Fachkräften und Nutzenden reflektiert werden.
PGF generiert Wissen, das lokal, kollektiv, kooperativ, dialogisch und multiperspektivisch ist.	Das in einem partizipativen Forschungsprozess generierte Wissen unterscheidet sich vom Wissen aus traditionellen Forschungsprozessen durch die Art, wie es erzeugt wird. Das Wissen wird lokal, kollektiv, kooperativ, dialogisch und multiperspektivisch erzeugt und hat somit auch alle diese Attribute.
PGF zielt auf Breitenwirkung ab.	Das Ziel ist eine Verbesserung der Gesellschaft. Der partizipative Prozess bringt Lernerfahrungen seitens aller Beteiligten und somit neue Handlungsmöglichkeiten, die eine positive Wirkung auf die Arbeit oder Lebensverhältnisse der Beteiligten haben.
PGF erzeugt lokale Evidenz und neue Formen der Generalisierbarkeit.	Das Forschungsteam macht sich den Forschungsprozess zu eigen und identifiziert sich damit. Das ist eine Herausforderung für die Übertragung auf andere Forschungsprojekte und somit auf die Generalisierbarkeit. Man muss genau abwägen, was auf andere Kontexte übertragen werden kann.
PGF verfolgt spezifische Validitätskriterien.	Qualitative und quantitative Methoden werden dem partizipativen Forschungsprozess angepasst, was teilweise zu einer Abweichung von methodologischen Standards der nicht-partizipativen Sozialforschung führt.
PGF ist ein dialektischer Prozess, gekennzeichnet durch ein kreatives Chaos.	Dialektik meint einerseits das typische zyklische Muster der Reflexion, Planung, Handlung und Beobachtung und andererseits das Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Mitgliedern des Forschungsteams. Die Vielfalt an Perspektiven und Wissenswegen im Forschungsteam macht eine Einhaltung eines Forschungsplans meist nicht möglich und führt zu einem Bruch im Prozess und dadurch zu kreativem Chaos.

Quelle: Wright, 2013, 122 ff.; vgl. dazu auch ICPHR, 2013.

Umsetzung der partizipativen Sozialforschung bei Proqualis

Proqualis erforscht die Betreuungsqualität von Menschen mit Lernschwierigkeiten in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus Nutzendensicht. Davon abgesehen, dass immer wieder Personen aus diesen Einrichtungen aus ganz Oberösterreich eingeladen werden, um ihre Expertise abzugeben, arbeiten im Proqualis-Team acht Menschen mit Lernschwierigkeiten als Befragende und Co-Forschende fest mit. Sie befinden sich in einem sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsverhältnis, in dem sie als Fachkräfte entlohnt werden. Des Weiteren sind im Proqualis-Team Personen aus den Bereichen der Sozialwissenschaft, Pädagogik, Behindertenbetreuung und Informatik tätig.

Durch die Ausbildung einer Mitarbeiterin im Zertifikatskurs *Partizipative Sozialforschung* an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin⁷ (vgl. dazu KHSB, 2018) wurde die Verankerung des nötigen Know-hows und der nötigen Reflexionsfähigkeit aufseiten der Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sichergestellt. Die Befragenden haben eine Ausbildung zur *Qualitäts-evaluatorin/zum Qualitäts-evaluatoren* nach der nueva-Methode, wie oben beschrieben, absolviert und neben dem nötigen Befragungs-Know-how auch die nötige Standfestigkeit erworben, um auf Augenhöhe in einen diskursiven, reflexiven Prozess mit den anderen Forschungsteam-Mitgliedern gehen und konsequent ihre Perspektive in den Forschungsprozess einbringen zu können.

Bei Proqualis wurde in den Jahren 2015/2016 ein eigenes partizipatives Forschungsteam zur Weiterentwicklung von qualitativen Peer-Interviews bei Menschen mit Lernschwierigkeiten installiert. Die qualitativen Leitfaden-Interviews⁸ werden seitdem von Proqualis im Tandem (Peer-Befragerin oder -Befrager und Sozialwissenschaftlerin oder Sozialwissenschaftler) durchgeführt. Die Peer-Befragenden nehmen in diesem Tandem die aktive Befragungsrolle mithilfe eines Interviewleitfadens in Leicht Lesen ein. Die Sozialwissenschaftlerin oder der Sozialwissenschaftler mischt sich nur dann ein, wenn er/sie es für nötig empfindet, um alle wichtigen Informationen zu bekommen (siehe Kasten).

Ergebnis des Prozesses des partizipativen Forschungsteams sind Qualitätskriterien für ein qualitatives Interview im Tandem. Die konsequente Fortführung des partizipativen Prozesses mündet darin, dass bei allen Entwicklungs-

7 KHSB – Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (2018). Zertifikatskurs Partizipative Sozialforschung. <http://www.khsb-berlin.de/weiterbildung/zertifikatskurse/partizipative-sozialforschung/> (Zugriff: 01.08.2018).

8 Auch leitfadengestütztes Interview genannt. Das ist eine Befragungstechnik der qualitativen empirischen Sozialforschung. Es werden in einem Leitfaden Fragen festgelegt, die von der befragten Person sehr offen beantwortet werden können. Es können im Gespräch neue Gesichtspunkte auftauchen, auf die die Befragenden in der Folge näher eingehen. Somit wird das gesamte Interview erweitert.

Das folgende Transkript illustriert Einmischung, Mitbestimmung und partnerschaftliche Diskussion auf Augenhöhe im Tandem Peer-Befragerin/-befrager und Sozialwissenschaftlerin/Sozialwissenschaftler bei Proqualis. Die Diskussion fand am 27. Mai 2015 an der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich statt.

B1 (Peer-Befragende 1): Wir müssen wirklich stimmig zusammenarbeiten können. Das heisst jeder ... jeder muss wissen, was er tut. Aber angenommen, ich mache das [Anmerkung: Befragung] mit wem, was ich mir dann schon wünschen würde ist, dass jeder gleichberechtigt, doch irgendwie arbeiten kann und auch mal *switcht*. Weil man kann ja nie ...

S (Sozialwissenschaftlerin): Was heisst 'switcht'?

B1: Springt. Von einer Rolle in die andere. In dem Fall ... weil ... ich nehme eine Hausnummer ... ich nehme an, das Interview dauert zwei Stunden ... und man ist ja nicht zwei Stunden lang voll konzentriert ... vielleicht fällt dem Gegenüber einfach eine andere Frage ein ... die einfach trotzdem wichtig ist ... an die man selber vielleicht gar nicht denkt. Ich meine, man ist ja selber auch nur ein Mensch. Genau deswegen finde ich den Zweiten [Anmerkung: den zweiten Befrager] so wichtig; weil er einfach auch was einbringt und eben genau dadurch, dass er etwas einbringt, einfach auch zur Qualität beitragen kann.

B2 (Peer-Befragende 2): Da bin ich schon wieder bei dem Punkt: dem Thema [Anmerkung: der Befragung]. Das Thema muss ich auch wissen. Das ist unbedingt wichtig. Man muss ja auch wissen, was ist unbedingt wichtig.

B1: Das ist sowieso Grundvoraussetzung.

B2: Aber ich würde trotzdem im Hintergrund bleiben, wenn wir jetzt zu dritt wären.

S: Du meinst, *ich* müsste im Hintergrund bleiben.

B2: Ja, du kannst da sein, wenn etwas wäre. Aber trotzdem im Hintergrund bleiben.

S: Und genau *das* müssen wir uns anschauen. Denn wer entscheidet denn, dass etwas ist. Bisher war es so, ich habe gesagt, ich mische mich nur dann ein, wenn es sein muss. Aber entschieden habe ich es dann. Und du hast dir vielleicht gedacht «jetzt ist die schon wieder so lästig».

B2: Genau, das habe ich mir schon ein paarmal gedacht (Lachen).

B3 (Peer-Befragende 3): Ich finde das auch voll schwierig, wenn zwei Befrager sind. Weil man nie weiss, wann befragt wer. Das finde ich sehr schwierig. Und es ist wichtig, dass jeder von den zwei Befragern weiss, welche Aufgaben habe ich. Was mache ich und was macht der andere.

B2: Einer muss es steuern. Das ist ganz wichtig.

prozessen bei Proqualis die Entscheidungsmacht zu den Peer-Befragenden übergeht, das heisst Partizipation auf der Stufe 8 (siehe Abbildung 2). Eine

wichtige Aufgabe der Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ist es, Informationen, auch wissenschaftliche Informationen, zu liefern und diese so aufzubereiten, dass die Co-Forschenden diese Entscheidungsmacht auch ausüben können.

Leicht Lesen als Schlüssel

Für die Zielgruppe der Menschen mit Lernschwierigkeiten ist die Voraussetzung für eine Entscheidungsmacht im partizipativen Prozess, dass die Informationen mit Leicht Lesen zugänglich gemacht werden (Trautendorfer et al., 2016, 197). Die folgende Aussage einer Befragerin macht deutlich, wie sehr die Mitbestimmung von der Leichten Sprache oder wie hier vom Leicht Lesen abhängt:

Ich verstehe den Text in schwerer Sprache nicht sehr gut.
Bei Büchern in schwerer Sprache habe ich Mühe,
den Text zu verstehen.
Ich verliere das Interesse daran.
Mit Fremdwörtern und Fachbegriffen habe ich Probleme.
Wenn die Schrift zu klein ist, kann ich sie nicht lesen!
Ich muss wichtige Informationen verstehen können.

Schwere Sprache ist ein grosses Hindernis.
Ich kann nicht mitreden,
wenn die anderen Leute mit schwerer Sprache sprechen.
Ich kann auch nicht mitbestimmen,
wenn ich nicht verstehe, was andere Leute sagen.

Das Recht auf Teilhabe und Partizipation ist für diese Zielgruppe somit wesentlich vom Zugang zu Informationen abhängig (Gross, 2015, 81). Nur wenn Menschen verständliche Informationen erhalten, wissen sie über ihre Rechte und Möglichkeiten Bescheid und können ihre eigenen Ansprüche stellen. Texte in Leicht Lesen sind also ein Schlüsselfaktor für den Prozess des Empowerments. Mit Informationen in Leicht Lesen entwickeln sich Menschen mit Lernschwierigkeiten von sprachlosen Objekten zu aktiven Subjekten, worauf letztlich auch

die Anerkennung als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft basiert (Flieger, 2015, 147 ff.).⁹

Die capito-Methode

Das Kompetenznetzwerk KI-I, zu dem auch Proqualis gehört, ist Mitglied im capito-Netzwerk, deren Mitglieder nach der capito-Methode arbeiten. Hinter der capito-Methode steht ein öffentlich zugänglicher, TÜV-zertifizierter Qualitätsstandard, der auf der Webseite des capito-Netzwerks zur Verfügung gestellt wird (capito, 2018a).

Die capito-Methode verfügt über einen eigenen Kriterienkatalog, der circa 160 Kriterien umfasst. Diese sind nach Informationsbarrieren für bestimmte Zielgruppen kategorisiert. Es handelt sich um Kriterien für Sprache, Gestaltung und die barrierefreie Verwendung verschiedener Medien. Dieser Kriterienkatalog ist nicht öffentlich, sondern nur für capito-Partnerinnen und -partner zugänglich. Die Kriterien für Sprache werden in drei Verständlichkeitsstufen, A1, A2, B1 unterteilt. A1 steht für eine besonders leichte Verständlichkeit (Gross, 2015, 94 f.). In der capito-Methode inkludiert ist ein standardisierter Prüfprozess der Information durch Vertretende der Zielgruppe, die repräsentativ ausgewählt werden. Der Prüfprozess wird immer von einer Person ausserhalb der Zielgruppe moderiert (Gross, 2015, 96). Wird der capito Qualitätsstandard eingehalten, so kann das Leicht Lesen-Gütesiegel vergeben werden (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Leicht Lesen-Gütesiegel von capito

Quelle: capito, 2018b.

⁹ Um das Erstellen von Texten in Leicht Lesen zu unterstützen, gibt es eine Reihe von Kriteriensammlungen, zum Beispiel den *Ratgeber für Leichte Sprache* vom Netzwerk Leichte Sprache, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales Deutschland (BMAS, 2014) sowie *Sag es einfach!* von der International League of Societies for Persons with Mental Handicaps (ILSMH, 1998) oder *Informationen für alle* von Inclusion Europe (2009).

Ablauf einer Proqualis-Evaluation

Proqualis-Evaluationen haben einen standardisierten Ablauf (siehe Abbildung 4). Die eigentliche Befragung beziehungsweise Evaluierung läuft dabei wie folgt ab:

Qualitätszirkel: Die von Proqualis durchgeführten Nutzendenbefragungen können wertvolle Daten für das trägerinterne Qualitätsmanagement liefern. Zur leichteren Einordnung der Befragungsergebnisse werden im Vorfeld der Befragung trägerinterne Qualitätsstandards im Rahmen eines Qualitätszirkels festgelegt. Der Qualitätszirkel wird durch zwei Proqualis-Mitarbeitende in leicht verständlicher Sprache moderiert und dient der partizipativen Festlegung von trägerinternen Qualitätsstandards. Diese Qualitätsstandards werden anhand des standardisierten Fragebogens von Proqualis erarbeitet. Weiter nehmen an den Qualitätszirkeln Mitarbeitende aus der zu evaluierenden Einrichtung teil, und zwar je zur Hälfte Bewohnende oder Mitarbeitende mit Beeinträchtigung und Mitarbeitende in verschiedenen Funktionen (zum Beispiel Geschäftsführung, Verantwortliche im Qualitätsmanagement und Betreuungspersonen). Im Anschluss an die Befragung können die Befragungsergebnisse mit den im Vorfeld festgelegten Standards abgeglichen werden. Damit wird die Weiterarbeit mit den Ergebnissen der Befragung für die Einrichtung wesentlich vereinfacht und der Qualitätsentwicklungsprozess deutlich intensiviert.

Verbale Befragungen: Ein Teil der Erhebung ist die verbale Befragung mittels standardisiertem Fragebogen in Einzelinterviews. Durch die Abfrage möglichst objektiver Kriterien gelingt eine weitgehend wertungsfreie Darstellung aus der Sicht der Nutzenden. Diese Einzelinterviews werden direkt im Wohn- oder Arbeitsbereich durch die Peer-Befragenden durchgeführt. Ausschliesslich aus Gründen der Qualitätssicherung von Proqualis oder zur Arbeitsassistenz der Peer-Befragenden dürfen Dritte anwesend sein. Das Interview dauert im Durchschnitt dreissig Minuten. Das Setting für die Interviews benötigt einen ruhigen, ungestörten Raum mit Sitzgelegenheiten für zwei Personen sowie einem Tisch.

Die durch Proqualis gestellten Fragen sollen für die Nutzenden aus den Erfahrungen ihres Alltags heraus einfach beantwortet werden können. Die Art der Fragestellung verlangt den Nutzenden nicht ab, etwas oder jemanden als gut oder schlecht zu bewerten. Die Fragen beschäftigen sich mit jenen Aspekten von Qualität, die aus Sicht der Nutzenden für ihre Lebensqualität von Bedeutung sind. Um diese Aspekte herauszufinden, wird jeder Fragebogen bei Proqualis in einem partizipativen Prozess gemeinsam erarbeitet.

Teilnehmende Beobachtung: Um Personen mit hohem Unterstützungsbedarf, die an einer Befragung aufgrund ihres Textverständnisses nicht teilnehmen

können, ebenfalls in den Evaluierungsprozess einzubeziehen, wendet Proqualis die Methode der teilnehmenden Beobachtung an. Die qualitativ teilnehmende Beobachtung ist ein Instrument, um Abläufe zu dokumentieren, die in einer Einrichtung rund um eine Person mit hohem Unterstützungsbedarf gemacht werden. Es geht dabei nicht um die Erhebung der subjektiven Wohn-, Arbeits- oder gar Lebenszufriedenheit der Personen. Es werden zwar vorrangig Elemente beobachtet, die einen Rückschluss auf das Wohlbefinden der Person mit hohem Unterstützungsbedarf nahelegen. Primär geht es jedoch um eine qualifizierte Rückmeldung zu den Abläufen rund um eine Person mit hohem Unterstützungsbedarf. Der Beobachtungsbogen ist teilstrukturiert. Die Auswahl der zu beobachtenden Kriterien erfolgt unter Einbeziehung von

- › Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf,
- › Angehörigen,
- › Mitarbeitende der Einrichtungen,
- › Betreuungspersonen,
- › nueva Graz (Netzwerkpartnerin von Proqualis, die seit 2002 Nutzendenbefragungen und teilnehmende Beobachtung durchführt) und
- › allgemeinen agogischen Grundsätzen.

Die Auswertung erfolgt in Textform in Leicht Lesen. Die Erstellung des Auswertungsberichts einer teilnehmenden Beobachtung ist bereits soweit standardisiert, dass diesen auch die Peer-Befragenden schreiben können. Die Auftraggeberin oder der Auftraggeber erhält eine sehr detaillierte Rückmeldung zu den beobachteten Kriterien. Proqualis wertet nicht, die Interpretation der Daten erfolgt im Anschluss durch die Auftraggebenden. Die teilnehmende Beobachtung wird an zwei unterschiedlichen Terminen jeweils zwei Stunden lang durch zwei Mitarbeitende des Proqualis-Teams durchgeführt. Es ist auf jeden Fall mindestens eine Peer-Befragerin oder ein Peer-Befrager im Beobachtungsteam.

Rollstuhl-Check: Bei einem Rollstuhl-Check werden die verschiedenen Bereiche des Wohn- oder Arbeitsangebotes auf Rollstuhltauglichkeit aus Nutzendensicht überprüft. Der Rollstuhl-Check wird von einer Peer-Befragerin oder einem Peer-Befrager durchgeführt, die selbst Rollstuhl-Fahrerin oder Rollstuhl-Fahrer ist beziehungsweise von diesen geschult wurde. Die Ergebnisse werden textuell in Leicht Lesen aufbereitet und ergänzen die Ergebnisse der verbalen Befragung und der teilnehmenden Beobachtung.

Abbildung 4: Ablauf einer Proqualis-Evaluation

Quelle: Eigene Erarbeitung.

Grenzen der Peer-Befragung

Die Erfahrung bei Proqualis hat gezeigt, dass qualitative Leitfaden-Interviews schwer durch eine reine Peer-Befragung abzudecken sind. In einem qualitativen Leitfaden-Interview ist es nötig, einen komplexen Hintergrund beim gesamten Interview mitzudenken. Qualitative Leitfaden-Interviews werden

von Proqualis im Einzelfall durchgeführt, wenn eine Einrichtung oder ein Angebot aufgrund von Beschwerdefällen zu evaluieren ist. Die Befragenden müssen wissen, was der Grund der Befragung ist und mitdenken, welche Informationen benötigt werden, auch im Hinblick auf den Auswertungsbericht. Sie müssen einen Überblick darüber haben, welche Informationen bereits vorhanden sind und welche noch fehlen. Es ist in der Interviewsituation oft nötig, vom Ablauf im Leitfaden abzuweichen und Zwischenfragen zu stellen, die vorher nicht abzusehen waren. Ausserdem muss ein Aufnahmegerät bedient werden, um die Aussagen festzuhalten. Der Auswertungsbericht erfolgt in textueller Form und kann nicht standardisiert werden, daher ist dieser für Peer-Befragende sehr schwer zu verfassen.

Mit folgenden Lösungsansätzen versucht Proqualis die Vorteile der Peer-Befragung in die komplexe Situation eines qualitativen Leitfaden-Interviews zu integrieren. Die qualitativen Leitfaden-Interviews werden immer im Tandem durchgeführt. Die Gesprächsführung liegt grundsätzlich bei der Peer-Befragerin, dem Peer-Befrager, die oder der sehr gut über die Situation und den Grund der Befragung informiert ist. Die Sozialwissenschaftlerin oder der Sozialwissenschaftler übernimmt das Aufnahmegerät und kann sich in das Interview einmischen, wenn Zwischenfragen nötig sind, die von der Peer-Befragerin oder dem Peer-Befrager nicht gestellt werden. Die genaue Ausgestaltung des Settings und der Rollen wird im oben erwähnten partizipativen Forschungsteam ausgearbeitet und mittels Qualitätskriterien (siehe Tabelle 4) festgehalten.

Die Aufnahmen der qualitativen Leitfaden-Interviews werden von Peer-Befragenden transkribiert. Der Auswertungsbericht wird von der Sozialwissenschaftlerin oder dem Sozialwissenschaftler geschrieben und präsentiert. Hier wird in Zukunft eine höhere Partizipation der Peer-Befragenden angestrebt.

Es werden bei der Vorstellung von Proqualis alle Personen ermuntert und aufgefordert, bei der Befragung mitzumachen. Falls die Befragenden feststellen, dass die verbale Befragung nicht passt, wird ein vorgegebener Prozessablauf eingeleitet, der möglicherweise zu einem Befragungsabbruch führt, sodass die Daten nicht in die Auswertung einfließen. Hier ist es wichtig, dass der befragten Person nicht das Gefühl des Scheiterns mitgegeben wird. Der Ablauf ist so gestaltet, dass die befragte Person die Erfahrung eines gelungenen Interviews mitnehmen kann.

Tabelle 4: Auszug aus den von Proqualis partizipativ erarbeiteten Qualitätskriterien in Leicht Lesen^{a)}

Kriterien	Wie garantieren wir das?	Wie merken oder messen wir das?
Befragerin/ Befrager 1^{b)} ist schon vor der Befragung Haupt-Ansprech- person für die Nutzenden.	Befragerin/Befrager 1 macht die ganze Begrüßung und fragt die Person, ob sie/er bei der Befragung mitmachen will. Befragerin/Befrager 1 führt sie/ihn in den Befragungsraum . Befragerin/Befrager 2 hält sich im Hintergrund.	Die befragte Person schaut vor allem zu Befragerin/Be- frager 1.
Klare Absprache zwischen den Befragenden	Es ist klar, wer was bei der Befragung macht. Beide Befragenden sind gleichberechtigt. Befragerin/ Befrager 1 ist zuständig für die Gesprächsführung. Befragerin/Befrager 2 ist zuständig für die Datenqua- lität . Wir schreiben auf, wer welche Aufgaben hat . Zum Beispiel: Befragerin/Befrager 1 macht die Begrüßung, Einleitung und Danke. Befragerin/Befrager 2 kümmert sich um das Aufnahmegerät.	Beide Befragenden wissen, welche Aufgaben sie haben. Die Rollenver- teilung ist allen Befragenden klar.
Befragerin/ Befrager 2 fragt nach , wenn es für die Datenqualität notwendig ist.	Befragerin/Befrager 2 fragt nach, wenn es notwendig ist. Zum Beispiel: «Da möchte ich kurz nachfragen: ...». Oder: «Darf ich da kurz nachfragen?». Man muss es aber nicht immer ankündigen. Befragerin/Befrager 2 darf auch einfach eine Frage stellen. Befragerin/Befrager 1 weiß dann, dass nachgefragt wird und wartet. Wenn Befragerin/Befrager 2 fertig ist, gibt sie der/dem Befragerin/Befrager 1 Bescheid. Wenn die Befragung normal weitergeht , also mit der nächsten Frage, dann reichen ein Nicken und Blickkontakt mit der/ dem Befragerin/Befrager 1. Wenn es bei einer anderen Frage weitergeht, dann sagt Befragerin/Befrager 2: «Danke, dann machen wir jetzt mit der Frage XX weiter.» Es muss so sein, dass sich Befragerin oder Befrager 1 auskennt.	

Quelle: eigene Darstellung.

a) Die fett hervorgehobenen Aussagen sind eine Unterstützung für die Befragenden mit Lernschwierigkeiten. Hier handelt es sich um das Originaldokument, das auch die Peer-Befragenden verwenden.

b) Befragerin/Befrager 1 steht für die Peer-Befragende, Befragerin/Befrager 2 für die Sozialwissenschaftlerin beziehungsweise den Sozialwissenschaftler.

Schlussbemerkung

Der im Qualitätsmanagement von vielen Einrichtungen der Behindertenhilfe fehlende Baustein der Nutzenden-Befragung kann mit der Peer-Befragung von Proqualis sehr gut abgedeckt werden. Durch die konsequente Partizipation der Betroffenen auf allen Ebenen der Evaluation werden beide von Proqualis angestrebten Wirkungsziele, wie die Sicherung und Verbesserung der Wohn- und Arbeitsqualität sowie die Veränderung des Rollenbildes von Menschen mit Lernschwierigkeiten, erreicht und deren Empowerment erheblich gesteigert. Die Evaluation durch Peer-Befragende bringt ausserdem die Möglichkeit von qualifizierten Arbeitsplätzen für Menschen mit Lernschwierigkeiten im ersten Arbeitsmarkt.

Literatur

- Bernhart, Joseph, Wolfgang Obwexer und Kurt Promberger (Hrsg.) (2008). *Schlüssel zum selbstbestimmten Wohnen. Nutzerorientierte Ansätze zur Evaluation sozialer Dienstleistungen*. Innsbruck: Studienverlag.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2014). Ratgeber für Leichte Sprache. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a752-ratgeber-leichte-sprache.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 08.02.2018).
- capito (2018a). capito Qualitäts-Standard. http://www.capito.eu/de/Angebote/Barrierefreie_Information/capito_Qualitaets-Standard/ (Zugriff: 14.02.2018).
- capito (2018b). Leicht Lesen-Gütesiegel von capito. http://www.capito.eu/de/ueber_uns/capito_Qualitaets-Standard/Guetesiegel_fuer_Leicht_Lesen/ (Zugriff: 14.02.2018).
- DeGEval – Deutsche Gesellschaft für Evaluation (2016). *Standards für Evaluation. Erste Revision 2016*. Mainz: Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme. DeGEval – Gesellschaft für Evaluationen e.V.
- DeGEval – Deutsche Gesellschaft für Evaluation (2004). *Empfehlungen zur Anwendung der Standards für Evaluation im Handlungsfeld der Selbstevaluation*. Alfter: Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme. Geschäftsstelle DeGEval.
- Flieger, Petra (2015). Verteilt Leicht Lesen die Macht neu? In: Candussi, Klaus und Walburga Fröhlich (Hrsg.). *Leicht Lesen. Der Schlüssel zur Welt*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, 143–153.
- Fröhlich, Walburga und Martin Konrad (2009). *Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderung als Interviewerinnen und Interviewer. Ergebnisse*

- eines Forschungsprojektes mit nueva. Graz: atempo Betriebsgesellschaft mbH.
- Gross, Susanne (2015). Regeln und Standards für leicht verständliche Sprache. Ein Rundblick. In: Candussi, Klaus und Walburga Fröhlich (Hrsg.). *Leicht Lesen. Der Schlüssel zur Welt*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, 81–105.
- ICPHR – International Collaboration for Participatory Health Research (2013). *What is Participatory Health Research?* Position Paper No. 1; Version February 2013. Berlin: ICPHR. <http://www.icphr.org> (Zugriff: 14.08.2018).
- ILSMH, Europäische Vereinigung der (1998). Sag es einfach. http://www.webforall.info/wp-content/uploads/2012/12/EURichtlinie_sag_es_einfach.pdf (Zugriff: 08.02.2018).
- Inclusion Europe (2009). Informationen für alle. Europäische Regeln, wie man Informationen leicht lesbar und leicht verständlich macht. http://easy-to-read.eu/wp-content/uploads/2014/12/DE_Information_for_all.pdf (Zugriff: 08.02.2018).
- KHSB – Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (2018). Zertifikatskurs Partizipative Sozialforschung. <http://www.khsb-berlin.de/weiterbildung/zertifikatskurse/partizipative-sozialforschung/> (Zugriff: 01.08.2018).
- Kurz, Bettina und Doreen Kubek (2013). *Kursbuch Wirkung. Das Praxishandbuch für alle, die Gutes noch besser tun wollen*. Berlin: Phineo gAG. <https://www.phineo.org/fuer-organisationen/kursbuch-wirkung> (Zugriff: 01.08.2018).
- KI-I, Kompetenznetzwerk (2017). Wirkungsorientierter Jahresbericht des KI-I 2016–2017. http://www.ki-i.at/fileadmin/pdf/Wirkungsbericht%20KI-I-%202016-2017_bf.pdf (Zugriff: 16.02.2018).
- Kremsner, Gertraud (2016). *Vom Einschluss der Ausgeschlossenen zum Ausschluss der Eingeschlossenen. Biographische Erfahrungen von so genannten Menschen mit Lernschwierigkeiten*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- nueva, Nutzerinnen und Nutzer evaluieren. <http://www.nueva-network.eu/de/Referenzen/> (Zugriff: 03.07.2018).
- Schmidt, Simone (2005). *Das QM-Handbuch: Qualitätsmanagement für die ambulante Pflege*. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
- Trautendorfer, Gabriele, Myriam Karlinger, Birgit Peböck und Franz Pühretmair (2016). Easy-to-Read enables Participatory Social Research. In: Info-exclusion, DSAI 2016 Proceedings of the 7th International Conference on Software Development and Technologies für Enhancing Accessibility and Fighting (Hrsg.). New York: ACM Digital Library, 194–199. <https://dl.acm.org/citation.cfm?id=3019972> (Zugriff: 25.01.2018).
- Unger, Hella von (2014). *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Wright, Michael T. (2013). Was ist Partizipative Gesundheitsforschung. *Prävention und Gesundheitsförderung*, 8(3): 122–131. <https://doi.org/10.1007/s11553-013-0395-0>.

Silvia von Niederhäusern

Silvia von Niederhäusern wurde 1976 geboren. Sie lebt in Tafers und besucht das Atelier CREAHM seit 2011 an einem Tag pro Woche.

Ihre Feinfühligkeit ermöglicht Silvia von Niederhäusern, der Welt mit Interesse und Neugier zu begegnen. Jeder Wechsel in ihrer räumlichen oder zeitlichen Umgebung verwirrt sie und doch gelingt es ihr, ihre Werke sehr frei mit vielen Techniken zu gestalten.

Die kleinen kreisförmigen Formen in ihrem Wortschatz, Bälle, Lichtflecken ohne jede Dreidimensionalität, ergeben Werke von verführerischer Frische. Unterschiedlich in Dichte und Vielfarbigkeit, manchmal verbunden mit Strichen, Halmen, Stängeln oder Ästen entsprechen diese einfachen Zeichen ganz besonders den grossen Formaten.

Autorinnen und Autoren

Gion Capeder (Jg. 1971) ist Master of Arts (Philosophie und Kunstgeschichte), Co-Festivalleiter Belluard Bollwerk International (2001–2007), Co-Leiter des CREAHM (2013–heute), Illustrator und Comic-Autor (www.gioncapeder.ch).

Eric Fassin ist Professor für Soziologie am Departement für Politikwissenschaft an der Universität Paris 8 und in der Abteilung für Gender Studies (Co-Leiter). Er ist auch Forscher am Labor für Gender- und Sexualstudien (LEGS, CNRS / Paris 8 / Paris 10). Als engagierter Soziologe forscht und referiert er zur Politisierung von sexuellen und rassistischen Fragen und deren Kreuzungspunkten, insbesondere in Bezug auf nationale Identität und Einwanderung – in Frankreich, Europa und in den USA (eric.fassin@gmail.com).

Ingeborg Hedderich studierte Erziehungswissenschaft und Sonderpädagogik an den Universitäten zu Köln und Frankfurt am Main. Nach Professuren an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, der Hochschule Magdeburg-Stendal und der Universität Leipzig ist sie seit 2011 Inhaberin des Lehrstuhls für Sonderpädagogik mit den Schwerpunkten Gesellschaft, Partizipation und Behinderung an der Universität Zürich. Zudem ist sie Präsidentin der Kommission Studium und Behinderung/UZH, im Vorstand und Forschungsbeirat des Marie Meierhofer Instituts für das Kind sowie im Beirat der Stiftung Schweizer Zentrum für Heilpädagogik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Inklusion und Migration, Partizipative Forschung und Internationale Sonderpädagogik, die sie in internationalen Kooperationen mit südamerikanischen Ländern (Chile, Argentinien), Südafrika und Namibia realisiert (ihedderich@ife.uzh.ch).

Christiane Maurer ist 43 Jahre alt und hat einen Grundschul-Abschluss. Danach hat sie drei Jahre lang versucht, am 1. Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Das scheiterte und ein geschützter Arbeitsplatz im FAB pro.work Linz kam für sie zustande. Dort durfte sie 17 Jahre lang arbeiten. Die Ausbildung zur Peer-Befragerin begann 2009 und dauerte drei Jahre. Seit 2012 arbeitet sie bei Proqualis als Peer-Befragerin im 1. Arbeitsmarkt. Ihre Aufgaben sind sehr vielseitig. Sie arbeitet bei der Entwicklung neuer Befragungsinstrumente mit, befragt Kunden und Kundinnen in Einrichtungen der Behindertenhilfe über die Qualität der Leistung, arbeitet in der Berichterstellung für die Ergebnisse mit, präsentiert die Befragungsergebnisse bei den Kunden und Kundinnen und hält auch immer wieder Vorträge (christiane.maurer@proqualis.at).

Birgit Peböck, Diplomingenieurin, hat Pädagogik und Informatik studiert und arbeitet am Kompetenznetzwerk KI-I. Seit über zehn Jahren ist sie im Bereich barrierefreie Informationsaufbereitung tätig. Sie ist Expertin für technische Barrierefreiheit (barrierefreie PDF-Dokumente, barrierefreie Webseiten) und inhaltliche Barrierefreiheit (Leicht Lesen), worauf sich auch ihre hauptsächliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit fokussiert. Seit 2012 leitet sie das Evaluierungsprojekt Proqualis (birgit.peboeck@ki-i.at).

Dominique Rast ist seit 1997 Geschäftsführer von Orif (Organisation romande d'intégration et de formation). Er hat ein Diplom als spezialisierter Ausbilder der Ecole Pédagogique et Sociale de Sion (CFPS) sowie ein Diplom Vertiefungskurs in Sozialpolitik der Universität Genf. Des Weiteren verfügt er über einen Abschluss in Management des Centre romand pour la promotion du management und ein Zertifikat in Management der Association romande pour la formation des responsables d'institution d'utilité publique (ASFORI) (dominique.rast@orif.ch).

Monika Seifert ist Diplom-Pädagogin, M.A., freie Sozialwissenschaftlerin, Fachreferentin und Autorin. Bis 2010 forschte und lehrte sie an den Universitäten Berlin und Köln im Bereich Heilpädagogik/Geistigbehindertenpädagogik. Zuletzt war sie Gastprofessorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind aktuelle Entwicklungen der Behindertenhilfe, insbesondere im Bereich des Wohnens und der Einbindung von Menschen mit Behinderung in das Gemeinwesen; Lebensqualität; Sozialraumorientierung; Lebenslagen von Menschen mit (schwerer) Behinderung und die Situation ihrer Familie. Monika Seifert ist Vorsitzende der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft e.V. (DHG), eines Fachverbandes, der sich seit 1991 insbesondere für die Verbesserung der Lebenssituation und Lebensqualität von Menschen mit geistiger Behinderung und hohem Unterstützungsbedarf engagiert (Mehrfachbehinderung, herausforderndes Verhalten, psychische Erkrankungen) (monikaseifert@gmx.de).

Elisabeth Wacker studierte an der Universität Tübingen unter anderem Theologie, Philosophie und Soziologie (Dr. rer. soc.). Nach Aufbau und Geschäftsführung der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung der Universität Tübingen «Zentrum zur interdisziplinären Erforschung der Lebenswelten behinderter Menschen» folgte sie 1996 einem Ruf an den Lehrstuhl Rehabilitationssoziologie der Technischen Universität Dortmund. Gastprofessuren führten sie 2008/2009 nach Wien und 2011 nach Pingtung und Taipei (Taiwan). Seit Januar 2013 ist sie Inhaberin der W3-Professur für Diversitätssoziologie an der Technischen Universität Tübingen. Professorin Wacker forscht im Bereich Umgang

mit sozialer Ungleichheit, Vielfalt und Verschiedenheit bei Beeinträchtigungen und Behinderung in der Gesellschaft. Ihr Fokus liegt dabei auf dem Wandel der Versorgungssysteme (Prävention, Rehabilitation) und der Sozialpolitik (Inklusion, Partizipation, Disability Mainstreaming) (elisabeth.wacker@tum.de).

Bildnachweis: © CREAHM

- S. 13 Géraldine Piller, Fleurs, 70 x 50 cm, 2017
- S. 21 Léonard Périès, Sans titre, 100 x 70 cm, 2017
- S. 29 Margot Gillard, Alors on danse, 42 x 30 cm, 2015
- S. 41 Elmar Schafer, Samouraïs, 40 x 50 cm, 2016
- S. 55 Rosalina Aleixo, Bern, 140 x 200 cm, 2017
- S. 89 Maude Vonlanthen, La nuit, 100 x 80 cm, 2018
- S. 107 Emilie Frosio, Emilie à la plage, 100 x 70 cm, 2016
- S. 119 Pascal Vonlanthen, Aerness, 70 x 100 cm, 2014
- S. 141 Rémy Vuillème, Paysage bientôt en vacances, 50 x 70 cm, 2017
- S. 167 Silvia von Niederhäusern, Sans titre, 100 x 70 cm, 2016

Sabine Schäper, Dagmar Domenig und Urs Schäfer (Hrsg.)

Hin- und herschieben?

An der Schnittstelle von Psychiatrie und sozialen Institutionen

Immer wieder werden Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung, die in sozialen Institutionen leben und/oder arbeiten, von diesen Institutionen in die Psychiatrie eingewiesen, wenn sie stark herausfordernde Verhaltensauffälligkeiten oder Anzeichen psychiatrischer Erkrankungen zeigen, obwohl eine ambulante Begleitung ohne Ortswechsel sinnvoller wäre. Die Psychiatrie ist jedoch meist nicht auf eine längere Unterbringung dieser Klientel vorbereitet. Dies führt zu einem Hin- und Herschieben dieser Menschen zwischen den verschiedenen Institutionen und Angeboten.

Die Schnittstelle Psychiatrie und Behinderteninstitution beziehungsweise psychische und kognitive Beeinträchtigung fordert Fachpersonen aufgrund unterschiedlicher Herangehensweisen, beruflicher Kompetenzen sowie entsprechender Erfahrungen heraus. Die Autorinnen und Autoren dieser Publikation setzen sich mit folgenden Fragen auseinander: Wie kann eine interdisziplinäre Zusammenarbeit gelingen? Wo bergen diese Schnittstellen Gefahren aber auch Potenziale? Wie können Menschen mit einer kognitiven und psychischen Beeinträchtigung besser begleitet werden?

Sabine Schäper ist Diplom-Theologin und Diplom-Sozialpädagogin sowie Professorin für das Lehrgebiet Heilpädagogische Methoden und Intervention an der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Münster.

2021, 172 Seiten, CHF 29.—

Dagmar Domenig, Juristin, Sozialanthropologin und Pflegefachfrau ist Direktorin der Stiftung Arkadis in Olten. Ihre Schwerpunktthemen sind Migration und Gesundheit, transkulturelle und transkategoriale Kompetenz, Umgang mit Verschiedenheit im Gesundheits- und Sozialwesen.

Urs Schäfer ist Leiter der Abteilung Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Arkadis in Olten.

Mit Beiträgen von Luigi Bertoli, Karl Diethelm, Franziska Gaese, Alois Grüter, Gesa Müller, Rüdiger Nübling, Katrin Schwibinger.

Daniele Zullino, Sandro Cattacin, Dagmar Domenig
und Urs Schäfer (Hrsg.)

Leben lassen!

**Kognitive Beeinträchtigung, psychoaktive Substanzen
und suchtbedingte Verhaltensweisen**

Psychoaktive Substanzen, aber auch suchtbedingte Verhaltensweisen von Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung, werden im Behindertenbereich noch kaum thematisiert. Dies obschon die Öffnung der Institutionen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention durch den leichten Zugang zu psychoaktiven Substanzen auch Risiken für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung birgt. Weiter fördert der leichtere Zugang zur digitalisierten Welt einerseits die Inklusion, andererseits suchtbedingte Verhaltensweisen, insbesondere wenn keine digitale Kompetenz vermittelt wird. In der Suchthilfe fehlen dann meist auf Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung angepasste Instrumente für die Früherkennung, für die Vermittlung eines risikoarmen Umgangs und für therapeutische Interventionen. Diese Aspekte werden von den Autorinnen und Autoren in dieser Publikation vertieft.

Daniele Zullino ist Facharzt Psychiatrie und Psychotherapie mit Schwerpunkt Abhängigkeitserkrankungen. Er ist Chefarzt der Suchtkliniken am Universitätsspital Genf und Professor für Psychiatrie an der Medizinischen Fakultät der Universität Genf.

Prof. Dr. Sandro Cattacin ist Soziologieprofessor an der Universität Genf und arbeitet zu Dynamiken des Einschlusses und Ausschlusses.

2020, 136 Seiten, CHF 29.—

Dr. Dagmar Domenig ist Juristin, Sozialanthropologin und Pflegefachfrau. Seit 2011 ist sie Direktorin der Stiftung Arkadis in Olten.

Urs Schäfer ist Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Arkadis in Olten.

Mit Beiträgen von Gion Capeder, Eric Fassin, Ingeborg Hedderich, Christiane Maurer, Birgit Peböck, Dominique Rast, Monika Seifert, Elisabeth Wacker.

Dagmar Domenig und Urs Schäfer (Hrsg.)

Auffallend herausfordernd!

Begleitung zwischen Selbstbestimmung und Überforderung

In der Praxis beschäftigt das Thema «Herausforderndes Verhalten» in Bezug auf die Begleitung und Betreuung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen die Fachpersonen in grossem Ausmass. Wie können Menschen begleitet werden, die ihre Betreuungspersonen bis an deren Grenzen herausfordern? Wie können die Zeichen eines herausfordernden Verhaltens richtig gedeutet und verstanden werden? Und vor allem, welche Handlungsansätze stehen zur Verfügung, um die Situation für alle Beteiligten zu verbessern und zukunftsorientierte Lösungen zu finden?

Neben übergreifenden Gedanken zu herausfordernden Verhaltensweisen, deren Entstehung, Äusserungsformen und Möglichkeiten, damit umzugehen, beleuchten die Beiträge in diesem Buch verschiedene Aspekte herausfordernden Verhaltens. Dabei liegt der Fokus auf Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung, Demenz, Autismus oder Prader-Willi-Syndrom.

Das Buch präsentiert auch die Resultate einer qualitativen Studie zu herausfordernden Verhaltensweisen von Menschen mit schweren, teilweise auch mit mehrfachen Beeinträchtigungen.

Das Comic «Besuch im Zoo» von *Daniela Schreiter* lässt uns die schwierigen Herausforderungen miterleben, aber auch die Freude an einer gefundenen Lösung.

Dr. Dagmar Domenig ist Juristin, Sozial-

2018, 168 Seiten, CHF 29.—

anthropologin und Pflegefachfrau. Seit 2011 ist sie Direktorin der Stiftung Arkadis in Olten.

Urs Schäfer ist Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Arkadis in Olten.

Mit Beiträgen von Theo Klauss, Eva Büschi, Stefania Calabrese, Wolfgang Praschak, Norbert Hödebeck-Stuntebeck, Anna Weber, Georg Theunissen, Martina Schäufole.

Franziska Hänsenberger-Aebi und Urs Schäfer (Hrsg.)

Eltern sein plus!

Begleitung von Kindern mit Unterstützungsbedarf

Eltern sein bedeutet immer eine Herausforderung, dennoch unterscheidet sich «Eltern sein von sich unauffällig entwickelnden Kindern» und «Eltern sein von Kindern mit Unterstützungsbedarf» wesentlich. Die Beiträge in diesem Buch behandeln das Thema aus verschiedenen Perspektiven. Was ist bei der Begleitung von Eltern, die vor, während oder nach der Geburt von einer (möglichen) Beeinträchtigung ihres Kindes erfahren, zu beachten? Wie läuft der Beziehungs- und Bindungsaufbau zwischen Eltern und ihrem besonderen Kind ab und wie kann Frühförderung dabei unterstützend wirken?

Das Buch stellt das Konzept der Familienorientierung vor und geht der Frage nach, wie sich Familienorientierung in professioneller Unterstützung und Begleitung umsetzen lässt. Abschliessend wird nicht nur die Wichtigkeit der Frühförderung an sich als wichtigstes Interventionsfeld der Prävention begründet, sondern auch ein all diese Themen aufgreifendes Projekt vorgestellt.

Franziska Hänsenberger-Aebi ist Logopädin und Heilpädagogische Früherzieherin. Sie leitet den Heilpädagogischen Dienst der Stiftung Arkadis in Olten.

Urs Schäfer ist Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Arkadis in Olten.

2017, 172 Seiten, CHF 29.—

Mit Beiträgen von Remo Ankli, Elisabeth Beck-Gernsheim, Martin Hafen, Klaus Sarimski, Manfred Pretis, Isabella Bertschi, Claudia Ermert, Diana Sahrai, Suzana Braga.

Dagmar Domenig und Urs Schäfer (Hrsg.)

Mediale Welt inklusive!

**Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit
Behinderungen in den Medien**

Die Beiträge in diesem Buch beleuchten die Sichtbarkeit, die Repräsentation und die Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den Medien. Dabei liegt der Fokus einerseits auf der Darstellung von Behinderung in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien ganz allgemein, andererseits auf den typischen kommunikativen und gestalterischen Ausprägungen in der Fotografie und im Film sowie in der Spendenwerbung von Nonprofit-Organisationen. Ein weiteres Thema dieses Buches ist der barrierefreie Zugang zum Internet für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung. Die zentrale Forderung der Beiträge ist, den Menschen mit Behinderungen ihren Platz in der medialen Welt zuzugestehen, ohne sie damit zusätzlich zu stigmatisieren, zu erniedrigen, zu verniedlichen, zu verfremden oder zu romanisieren. Die ganzseitigen Fotos stammen vom Fotografen Peter Dammann, der auch einen der Beiträge verfasst hat.

2015, 184 Seiten, CHF 29.—

Dr. Dagmar Domenig ist Juristin, Sozialanthropologin und Pflegefachfrau. Seit 2011 ist sie Direktorin der Stiftung Arkadis in Olten.

Urs Schäfer ist Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Arkadis in Olten.

Mit Beiträgen von Manuele Bertoli, Markus Dederich, Cornelia Renggli, Rebecca Maskos, Lorenz Spinaz, Peter Dammann, Alex Oberholzer, Gabriela Antener, Luzia Aregger.

Dagmar Domenig, Sandro Cattacin und Irina Radu (Hrsg.)

Vielfältig anders sein – Migration und Behinderung

(mit dem Film «Dort ist hier» auf DVD)

Kategorien der Vielfalt können zu Diskriminierungen und sozialem Ausschluss führen. Die Analyse der Merkmale des Andersseins bedingt auch die Auseinandersetzung mit Ungleichheiten. Solche werden im Buch am Beispiel von Migration und Behinderung interdisziplinär diskutiert.

Das Buch leistet einen Beitrag zur praktischen Arbeit mit Menschen mit Behinderungen, die eine Migrationserfahrung aufweisen. Darüber hinaus wird mit diesem Buch die konzeptuelle Diskussion zu Intersektionalität und erweiterten Identitäten angestossen.

Der zugehörige Film «Dort ist hier» veranschaulicht die Buchbeiträge mit Einblicken in den Alltag von drei Personen mit einer kognitiven Beeinträchtigung und Migrationserfahrung.

2015, 172 Seiten, CHF 29.—

Dr. Dagmar Domenig ist Juristin, Sozialanthropologin und Pflegefachfrau. Seit 2011 ist sie Direktorin der Stiftung Arkadis in Olten.

Sandro Cattacin ist Professor der Soziologie an der Universität Genf. Er ist Stadtsoziologe und setzt sich unter anderem mit Fragen des Ein- und Ausschlusses vulnerabler Gruppen auseinander.

Irina Radu ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Institut der Universität Genf und spezialisiert in audiovisuellen Methoden.

Mit Beiträgen von Michele Galizia, Andreas Rieder, Bill Hughes, Dan Goodley, Barbara Jeltsch-Schudel, Kerstin Rathgeb, Judy Gummich.

Mitbestimmung kann auf verschiedene Art und Weise konzeptualisiert werden. Im vorliegenden Buch wird Mitbestimmung im Sinne eines multi-dimensionalen Zugangs auf alle Bereiche bezogen, die zur Inklusion von Verschiedenheit relevant sind, nämlich: Autonomie und Mitbestimmung an der Gestaltung des eigenen Lebensbereichs, Recht auf Arbeit und politische Rechte. Emanzipation umfasst dabei immer individuelle, kollektive und strukturelle Prozesse, die grundsätzlich politischer Natur sind.

Die Autorinnen und Autoren behandeln die soziale Konstruktion von Anderssein und Verschiedenheit, Teilhabe und Vielfalt im Kontext der UN-Behindertenrechtskonvention, Beteiligungschancen am Erwerbsleben, Teilhabe und Selbstbestimmung beim Zugang zu Arbeit, Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung ihrer Lebenssituation sowie Evaluationen im Bereich der Behindertenhilfe durch Peer-Befragungen.

Das Buch ist mit Bildern von Künstlerinnen und Künstlern des Ateliers CREAHM (CREAtivité et Handicap Mental) in Villars-sur-Glâne illustriert.

Prof. Dr. Sandro Cattacin ist Soziologieprofessor an der Universität Genf und arbeitet zu Dynamiken des Einschlusses und Ausschlusses. Themen der organisierten Differenz und der Innovation im städtischen Kontext sowie der Beziehung zwischen Institutionen und Marginalität im städtischen Kontext stehen im Zentrum seiner wissenschaftlichen Tätigkeit.

Dr. Dagmar Domenig ist Juristin, Sozialanthropologin und Pflegefachfrau. Ihre Schwerpunktthemen sind Migration und Gesundheit, transkulturelle Kompetenz, Umgang mit Verschiedenheit im Gesundheits- und Sozialwesen. Seit 2011 ist sie Direktorin der Stiftung Arkadis in Olten.

Urs Schäfer ist seit bald 30 Jahren im Nonprofit-Marketing tätig und hat bei diversen lokalen, nationalen und internationalen Nonprofit-Organisationen gearbeitet. Zurzeit ist er Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Arkadis in Olten und in dieser Rolle auch für die Herausgabe der Fachpublikationen verantwortlich.